### **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

**Plenarprotokoll** 11. Sitzung 24.04.12

**11. Sitzung** am Dienstag, dem 24. April 2012

### Inhalt

	gänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	
Fra	gestunde	
1.	Bearbeitungsstau Hilfe zur Pflege beim Amt für Soziale Dienste Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. März 2012	. 439
2.	"Paten-Großeltern-Projekte" in der Stadtgemeinde Bremen Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. März 2012	. 440
3.	Stärkung des Carsharing-Marktes Anfrage der Abgeordneten Kottisch, Gottschalk, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. März 2012	. 441
4.	Förderung von Elektromobilität Anfrage der Abgeordneten Gottschalk, Kottisch, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. März 2012	. 442
5.	Bezug von Wiesenhof-Produkten an Bremer Krankenhäusern Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2012	. 444
6.	Frauen bei der Polizei Bremen Anfrage der Abgeordneten Senkal, Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. März 2012	. 445
7.	Hortplatzmangel in Huchting Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. März 2012	. 446

8.	Beschulung in sanierungsfälligen Räumlichkeiten im Bremer Westen Anfrage der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2012	147
9.	Praktikumsklassen in der beruflichen Bildung Anfrage der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2012	448
10.	Unisee als Naherholungsgebiet erhalten und pflegen Anfrage der Abgeordneten Werner, Frau Dr. Schierenbeck, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. April 2012	449
11.	Raumnot an der Grundschule Carl-Schurz-Straße Anfrage der Abgeordneten Dr. vom Bruch, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. April 2012	450
12.	Wohnbebauung im Bereich der stadtbremischen Häfen Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Imhoff, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. April 2012	451
13.	Fällen von Pappeln an der A 27 in der Nist- und Brutzeit Anfrage der Abgeordneten Rupp, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 17. April 2012	451
Aktı	uelle Stunde	454
der Kurv Bürg Antra vom	atung und Entscheidung der Stadtbürgerschaft zum Thema "Kein Verkauf bremischen Grundstücke an die DB Netze für den Bau der Oldenburger ve ohne umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und ger" ag des Beirats Mitte 23. April 2012 acksache 18/119 S)	
Abg. Abg. Abg. Abg. Sena	Dr. Rüppel, Sprecher des Beirats Mitte . Gottschalk (SPD) . Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) . Strohmann (CDU) . Rupp (DIE LINKE) . Gottschalk (SPD) ator Dr. Lohse	456 457 458 459 460 461
Abst	timmung	464

# Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung - Ortsgesetz zum Verbot von Rauchen, Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum auf bremischen Spielplätzen

Antrag der Fraktion der CDU vom 13. März 2012 (Drucksache 18/106 S)

Abg. Frau Ahrens (CDU)	464
Abg. Möhle (SPD)	
Abg. Tuncel (DIE LINKE)	466
Abg. Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen)	467
Abg. Frau Ahrens (CDU)	467
Abg. Möhle (SPD)	469
Senator Mäurer	469
Abstimmung	470
Bebauungsplan 2321 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Eisenbahnstrecke Bremen - Hannover, Mahndorfer Bahnhof, Mahndorfer Heerstraße und Hemslinger Weg Mitteilung des Senats vom 3. April 2012 (Drucksache 18/113 S)	470
Bebauungsplan 2326 für Gebiete im Stadtteil Bremen-Huchting (Aufhebung von Staffelbau- und Gewerbeplänen) Mitteilung des Senats vom 3. April 2012 (Drucksache 18/114 S)	

### Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangswohnheime

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. April 2012 (Drucksache 18/116 S)

Dazu

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 24. April 2012

(Neufassung der Drucksache 18/121 S vom 23. April 2012) (Drucksache 18/126 S)

### Wohnsituation von Flüchtlingen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. April 2012 (Drucksache 18/120 S)

Abg. Senkal (SPD)	471
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	472
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	473
Abg. Frau Grönert (CDU)	475
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	
Abg. Senkal (SPD)	
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	
Senatorin Stahmann	
Abstimmung	481
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 18. April 2012 (Drucksache 18/117 S)	482
Keine Standortnachteile für das GVZ Antrag der Fraktion der CDU vom 23. April 2012 (Drucksache 18/118 S)	
Abg. Strohmann (CDU)	482
Abg. Pohlmann (SPD)	484
Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	
Abg. Rupp (DIE LINKE)	
Abg. Kastendiek (CDU)	
Abg. Pohlmann (SPD)	488
Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	
Senator Dr. Lohse	490
Abstimmung	491

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Garling, Frau Grotheer, Frau Möbius, Frau Wendland.

#### Präsident Weber

Vizepräsident Ravens Vizepräsidentin Schön

Schriftführerin Hiller Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

\_\_\_\_\_

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Jürgens-Pieper (SPD)

Senator für Inneres und Sport Mäurer (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat Frehe (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Münch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat Othmer (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die elfte Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

(Beifall) 2

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können. Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen<sup>3</sup>. interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 7, Petitionsbericht Nummer 8, den Tagesordnungspunkt 8, Keine Standortnachteile für das GVZ, Dringlichkeitsantrag der CDU, den Tagesordnungspunkt 9, Beratung und Entscheidung der Stadtbürgerschaft zum Thema "Kein Verkauf der bremischen Grundstücke an die DB Netze für den Bau der Oldenburger Kurve ohne umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Dringlichkeitsantrag des Beirats Mitte, und den Tagesordnungspunkt 10. Wohnsituation von Flüchtlingen verbessern, Dringlichkeitsantrag der CDU.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

#### Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

 Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2012 (Drucksache 18/103 S)

> hier: Veränderungsnotwendigkeiten gegenüber den von der Stadtbürgerschaft bereits in erster Lesung beratenen Haushaltsgesetzen und Haushaltsentwürfen 2012/2013 (einschließlich Produktgruppenhaushalt)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Mai-Sitzung.

Verwaltungsvorschrift über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) hier: Auflistung der Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen für das Jahr 2011

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Überseestadt weiter zum lebendigen Quartier entwickeln

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2012

Bisherige Angebote für Freizeit und außerschulische Bildung mit Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen verknüpfen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Februar 2012

Dazu

Antwort des Senats vom 3. April 2012 (Drucksache 18/115 S)

Jugendbeteiligung in den Stadtteilen Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. März 2012 Dazu Antwort des Senats vom 24. April 2012 (Drucksache 18/125 S)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 9, Dringlichkeitsantrag des Beirats Mitte, im Anschluss an die Aktuelle Stunde aufzurufen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### **Fragestunde**

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Bearbeitungsstau Hilfe zur Pflege beim Amt für Soziale Dienste". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Bearbeitungszeit haben momentan Anträge auf Hilfe zur Pflege nach Sozialgesetzbuch XII in der Stadtgemeinde Bremen?

Welche Gründe hat der Bearbeitungsstau für diese Anträge beim Amt für Soziale Dienste der Stadtgemeinde Bremen?

Welche Maßnahmen hat der Senat zur Bearbeitungszeitverkürzung bisher unternommen, und welche Maßnahmen sind geplant, um pflegebedürftige Menschen schneller zu unterstützen und Pflegedienste finanziell zu entlasten?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Rohmeyer! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem siebten Kapitel des SGB XII ist von einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von zwei bis vier Wochen auszugehen. Dies setzt voraus, dass die antragsrelevanten Unterlagen vorliegen, also Unterlagen insbesondere zu Einkommen, Vermögen und Belastungen sowie die Entscheidung der vorrangig zuständigen Pflegekasse über Leistungen der Pflegeversicherung. Sofern die Unterlagen nicht vollständig vorliegen, kann die Bearbeitung vier bis acht Wochen in Anspruch nehmen. Gleichwohl werden Anträge in eiligen Fällen im Rahmen einer vorläufigen Bescheiderteilung unverzüglich bearbeitet, um die Versorgung der pflegebedürftigen Personen sicherzustellen.

Zu Frage 2: Von einem generellen Bearbeitungsstau kann nicht gesprochen werden. Rückstände sind jedoch während der Urlaubszeiten und bei längerfristigen Erkrankungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trotz sichergestellter Abwesenheitsvertretung nicht vollständig auszuschließen. In Einzelfällen haben sich aufgrund von personellen Engpässen im Gesundheitsamt Bremen Verzögerungen bei den Begutachtungen ergeben. In eiligen Fällen wird durch den Sozialdienst Erwachsene des Amtes für Soziale Dienste unverzüglich eine vorläufige Begutachtung vorgenommen.

Zu Frage 3: In den Sozialzentren des Amtes für Soziale Dienste wurden und werden keine allgemeinen Maßnahmen zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten unternommen. Sofern notwendig, steuern die Vorgesetzten die Bearbeitung der Anträge und veranlassen gegebenenfalls eine vorläufige Bescheiderteilung sowie die direkte Begleichung von Rechnungen der Pflegedienste.

Im Gesundheitsamt Bremen werden seit dem 1. Januar 2012 drei Pflegefachkräfte fest und nicht mehr wie bisher auf Honorarbasis beschäftigt, um die Bearbeitungszeiten bei der Bedarfsfeststellung zu reduzieren. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Im Moment nicht, vielen Dank!)

Frau Senatorin, Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die "Paten-Großeltern-Projekte" in der Stadtgemeinde Bremen. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU. Bitte, Frau Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat: Wie beurteilt der Senat "Paten-Großeltern-Projekte", die in zahlreichen deutschen Großstädten durchgeführt werden, um die Betreuung von Kindern zu verbessern?

Welche "Paten-Großeltern-Projekte" gibt es derzeit in der Stadtgemeinde Bremen?

Welche Maßnahmen hat der Senat bisher unternommen, um "Paten-Großeltern-Projekte" in der Stadtgemeinde Bremen zu unterstützen und mögliche Träger zu fördern?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In Bremen gibt es unterschiedliche "Paten-Großeltern-Projekte". Ihr Fokus liegt aber nicht auf der Ergänzung der Kinderbetreuung, sondern auf der Verbesserung der Sozialkontakte zwischen den Generationen. Der Senat begrüßt die Gründung von "Paten-Großeltern-Projekten".

Zu Frage 2: Es gibt die Projekte "Opa, spiel mit mir", "Doppeldenker", "Lesezeit", "Huckepack" sowie den Oma-Opa-Hilfsdienst. "Opa, spiel mit mir" ist eine Kooperation zwischen dem Hort des Mütterzentrums Huchting und der Begegnungsstätte Aktive Menschen Bremen. Hortkinder und ältere Menschen kommen zusammen, spielen, bauen nachhaltige Sozialkontakte auf und üben gegenseitiges Verständnis ein. 43 sogenannte

Doppeldenker sind an 23 Bremer Grundschulen tätig und entdecken dort mit Schulkindern der ersten und zweiten Klasse die Welt der Zahlen und den Spaß an der Mathematik. Die Mehrzahl der Doppeldenker sind Rentnerinnen und Rentner.

Weit mehr als 300 Lesepatinnen und Lesepaten, die meisten ebenfalls im Rentenalter, engagieren sich an 40 Schulen im Projekt "Lesezeit". Seit dem Jahr 1981 gibt es zudem den Oma-Opa-Hilfsdienst, der gegen Honorar bei Betreuungslücken in Familien einspringt. Falls kein Geld und kein Kostenträger vorhanden ist - das kann zum Beispiel die Krankenkasse bei Krankenhausaufenthalt sein -, hilft der Oma-Opa-Hilfsdienst auch ehrenamtlich.

Zu Frage 3: Mit 89 000 Euro fördert der Senat im Bereich der Engagementförderung und Etablierung neuer Patenprojekte die Freiwilligen-Agentur Bremen, die viele der oben genannten Projekte organisiert. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Ahrens, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Es gibt an einer Universität in größerer Nähe ein Paten-Großeltern-Modell, bei dem Personen gerade Akademikerinnen, die Beruf - sprich Studium - und Familie vereinbaren wollen, hilfreich zur Seite stehen und die Kinder mit unterstützen. Können Sie sich vorstellen, dass man das vielleicht auch noch einmal als Idee an die Gremien der Universität und der Hochschulen herantragen könnte, um dort vielleicht auch noch etwas zustande zu bringen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Ja, Frau Ahrens, ich halte das für eine gute Idee. Das kann man sicherlich noch einmal in die Gespräche mit aufnehmen, und man kann auch noch einmal die Freiwilligen-Agentur bitten, das vielleicht in die Strukturen mit aufzunehmen, die sie ohnehin fördern.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Dann würde ich Ihnen die Unterlagen zur Verfügung stellen! Danke!)

Ja, gern!

**Präsident Weber:** Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Stärkung des Carsharing-Marktes". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kottisch, Gottschalk, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kottisch!

Abg. Kottisch (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wer hat die Errichtung der Mobilitätsstützpunkte für Carsharing in welcher Höhe finanziert, und was zahlen die Carsharing-Anbieter für die Nutzung?

Zweitens: Welche Mieten beziehungsweise Nutzungsgebühren zahlen Carsharing-Anbieter für die Mobilitätsstützpunkte in den beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg?

Drittens: Wo und in welcher Höhe zahlen Carsharing-Anbieter Gebühren an die BREPARK für das exklusive Vorhalten von Parkplätzen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die "mobil.punkte" mit ihren Carsharing-Fahrzeugen dienen der Entlastung des Parkraums. Bremen hat mit diesem Ansatz eines innovativen Parkraummanagements eine Pilotfunktion übernommen, weshalb hierfür auch europäische Fördermittel akquiriert werden konnten. Bei der Einrichtung der "mobil.punkte" wird besonderer Wert auf gute Gestaltung und Wahrnehmbarkeit gelegt. Auch deshalb wurden bei einigen mobil.punkten - Hohenlohestraße, Leibnizplatz, Georg-Gröning-Straße, Rembertiring - ergänzende stadtgestalterische Maßnahmen wie zum Beispiel eine geänderte Bordsteinführung vorgenommen, die rechnerisch jedoch nicht getrennt erfasst werden können.

Die überwiegende Zahl der mobil.punkte konnte in einfacher Gestaltung ausgeführt werden. Die investiven Aufwendungen für die bislang zehn "mobil.punkte" betrugen insgesamt circa 271 000 Euro, wovon 50 Prozent aus verschiedenen EU-Projekten finanziert werden konnten. Insgesamt stehen derzeit etwa 50 Carsharing-Fahrzeuge in Bremen an den "mobil.punkten", wodurch 400 bis 500 Pkw ersetzt werden. Für einen vergleichbaren Parkraum-Entlastungseffekt mit Hoch- oder Tiefgaragen wären hingegen Investitionen in Höhe von zehn bis elf Millionen Euro erforderlich gewesen.

Für die Nutzung der mittlerweile etwa 50 Stellplätze wird vom Carsharing-Anbieter an die BREPARK für die Wartung und Unterhaltung ein jährliches Entgelt von 27 540 Euro gezahlt.

Zu Frage 2: In Berlin erfolgt die Nutzung der Carsharing-Stationen im öffentlichen Straßenraum derzeit ohne Gebühr. Hamburg verfügt über keine vergleichbaren Stationen im öffentlichen Straßenraum.

Zu Frage 3: Außerhalb der "mobil.punkte" hat der Carsharing-Anbieter cambio bei der BREPARK Stellplätze für Carsharing-Stationen in den Parkhäusern Am Brill und Lübecker Straße angemietet und zahlt dort die monatlichen Parkentgelte in Höhe von derzeit 107,10 Euro pro Stellplatz Am Brill beziehungsweise 41,82 Euro pro Stellplatz an der Lübecker Straße. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kottisch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kottisch** (SPD): Zunächst einmal möchte ich unsere Freude über die Entwicklung zum Ausdruck bringen, sie ist in Bremen wunderbar. Insbesondere als Wirtschaftspolitiker freut mich die Tatsache, dass mit cambio ein Bremer Unternehmen überregional aktiv und auch erfolgreich ist. Wie stellt sich Ihrer Ansicht nach der Markt hier in Bremen in Zukunft dar. Wird es neben dem einen Anbieter weitere geben, oder gibt es dort, in Bremen zumindest, eine eher monopolistische Stellung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Lohse:** Ich selbst würde keine monopolistischen Strukturen fördern. Ich vermag die Entwicklung nicht vorherzusehen, ob weitere Anbieter hier anfragen werden.

Unser Ziel ist es, das Carsharing weiter auszubauen. Wir haben das Ziel formuliert, das Ganze von derzeit circa 7 200 Nutzern auf 20 000 Nutzer bis zum Jahr 2020 zu steigern. Möglicherweise wird uns der Wettbewerb da guttun, möglicherweise kann auch der Anbieter cambio CarSharing selbst dieses Wachstum bewältigen, das müssen wir einmal beobachten. Man muss aber auch sagen, dass wir bundesweit wirklich eine Vorreiterrolle haben.

Wir hatten vor drei Wochen zusammen mit dem Bundesverband CarSharing einen parlamentarischen Abend in unserer Landesvertretung in Berlin. Da ist sehr deutlich geworden - wie auch mehrfach in den letzten Wochen -, dass andere Städte auf Bremen schauen und versuchen, von Bremen zu lernen, gerade in der schwierigen Situation, die wir haben, in der die Bundesregierung im Grunde zu langsam ist, die straßenverkehrsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, um die Stell-

plätze auch gut im öffentlichen Straßenraum ausweisen zu können.

**Präsident Weber:** Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kottisch** (SPD): Wäre es aus Ihrer Sicht sinnvoll, auch im Bereich des Carsharings auf Elektromobilität zu setzen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich denke, ja! Es ist bereits versucht worden - auch von dem Anbieter, der in Bremen tätig ist, allerdings in Hamburg -, mit Elektrofahrzeugen in den Markt zu kommen. Im Moment ist noch die Schwierigkeit, dass auf der einen Seite die Fahrzeuge in der Anschaffung teurer sind und dass sie auf der anderen Seite unter Umständen in der Performance, zumindest hat man die subjektive Befürchtung, je nachdem, wie viele Strecken man fahren will, nicht so weit kommen. Das heißt, es ist bei den Nutzern noch eine Vertrauensfrage.

Es gibt auch noch gewisse Eintrittsbarrieren bei den Nutzern. Man muss sich beim ersten Mal mit einem solchen Fahrzeug vertraut gemacht haben, bevor man es auch wirklich nimmt. Bisher hat cambio die Erfahrung gemacht, wenn beide Fahrzeugtypen im Angebot sind, dann nehmen die meisten Nutzer doch das konventionelle Fahrzeug. Das heißt, da muss man noch schauen, wie man diese Barrieren absenken kann, damit die Fahrzeuge auch genommen werden. Für die innerstädtische Luftqualität würde es uns natürlich guttun.

**Präsident Weber:** Herr Kottisch, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Kottisch [SPD]: Nein, vielen Dank!) Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Förderung von Elektromobilität.** Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Gottschalk, Kottisch, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Gottschalk!

Abg. **Gottschalk** (SPD): Wir fragen den Senat: Erstens: Wer sind die Nutzer der Sonderparkflächen für Stromladestationen im Zuge des Aufbaus der Infrastruktur für Elektromobilität? Zweitens: Wird für die Nutzung dieser Sonderparkflächen eine Miete, eine Konzessionsabgabe oder Ähnliches erhoben?

Drittens: Wird in den beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg eine vergleichbare Miete oder Konzessionsabgabe erhoben?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gottschalk! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In Bremen sind bislang Sonderparkflächen für Stromladestationen weder eingerichtet noch beantragt worden, daher können zu den möglichen Nutzern keine Aussagen gemacht werden.

Zu Frage 2: Eine Parkgebühr für die Dauer des Ladevorgangs soll in Bremen zunächst nicht erhoben werden, um einen Anreiz für die Nutzung der Ladestation zu erzielen. Nach einem Erlass der Obersten Landesstraßenverkehrsbehörde vom 13. Juli 2011 würde nach derzeitigem Stand vom Betreiber eine jährliche pauschale Sondernutzungsgebühr in Höhe von 1 000 Euro erhoben, um den Einnahmeausfall für die im Rahmen der Sondernutzung verlorene Bewirtschaftungsfläche auszugleichen. Bei der Gebührenhöhe ist ein Einnahmeausfall von drei Euro pro Tag zugrunde gelegt worden.

Zu Frage 3: Im Rahmen des in Berlin laufenden Modellversuchs zur Entwicklung einer öffentlichen Ladeinfrastruktur gibt es keine Sondernutzungsgebühr. In Hamburg wird abhängig von der Größe der beanspruchten Fläche vom Betreiber der Ladestation eine Sondernutzungsgebühr in Höhe von circa 250 bis 300 Euro jährlich erhoben. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Gottschalk, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Gottschalk** (SPD): Herr Senator, gibt es denn Pläne, solche Sonderparkflächen für Stromladestationen in Bremen im Zuge des Ausbaus einzurichten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Mir sind im Moment solche konkreten Pläne nicht bekannt. Es gab Gespräche - es gab ja die Modellregionen Elektromobilität -, in denen ich auch einmal mit dem Leiter des Fraunhofer-Instituts für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung, IFAM, über diese Dinge gesprochen habe. Ich sage es einmal so:

Ich sehe jetzt von mir aus keine Veranlassung, aktiv tätig zu werden und Stationen auszuweisen, wenn ich keinen Antragsteller habe. In dem Moment, in dem wir gefragt werden würden, würden wir uns sicher konstruktiv zusammensetzen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass man dann noch einmal schauen muss, welches Ziel man konkret verfolgt.

Ich denke, dass der Ausbau der Elektromobilität im Wesentlichen ein innovatives und ein industriepolitisches Thema ist, das die Zuständigkeit meines Ressorts - im Wesentlichen die verkehrspolitischen und umweltpolitischen Fragen mit dem derzeitigen Strom-Mix in Deutschland - betrifft. Ich würde jetzt aus diesen beiden Motiven heraus keine, ich sage einmal, überproportionalen Anreize oder Anstöße sehen, hier tätig zu werden, weil wir bei den Elektrofahrzeugen nicht wie beim Carsharing - was wir ja eben besprochen haben von einem Eins-zu-acht- bis Eins-zu-zehn-Ersatz, also einem städtebaulichen und verkehrlichen Nutzen, sondern eher von einem Eins-zu-eins-Ersatz von konventionellen Fahrzeugen oder zusätzlichen Zweitwagen ausgehen. Das heißt, der Parkdruck würde eigentlich durch Elektrofahrzeuge nicht reduziert werden.

Ich kann mir aber durchaus vorstellen, weil wir auch als Standort Bremen, auch wenn wir jetzt bei dem Wettbewerb der Schaufensterregionen leer ausgegangen sind - -. Ich war in der letzten Woche auf der Verkehrsministerkonferenz in Kassel. Dort hat Herr Staatssekretär Bomba für das Verkehrsministerium noch einmal gesagt, dass man gleichwohl vonseiten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch mit den unterlegenen Modellregionen noch einmal sprechen möchte. Ich weiß nicht, ob hier in den letzten Tagen solche Kontakte auch schon mit dem Wirtschaftsressort stattgefunden haben, aber wir würden uns auf jeden Fall konstruktiv zeigen, wenn man schauen will, wie man auch mit der bisherigen Modellregion Bremen/Oldenburg mit diesem Thema weiter im Spiel bleibt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Saffe!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, es geht bei dem Umstieg auf E-Mobility auch um den Klimaschutz und die Energiewende. Wo sehen Sie das größere ökologische Potenzial, wenn man von einem herkömmlichen, fossil betriebenen Auto umsteigt auf E-Mobility oder wenn man sein herkömmliches Auto abschafft, zu cambio CarSharing wechselt - ich nenne jetzt dieses Unternehmen, weil es ja nur dieses gibt - und den Schlüssel eins zu acht hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es hängt dann davon ab, wie oft Sie das Carsharing-Auto selbst nutzen. Ich sage einmal so: Den größten Fortschritt würde ich dann sehen, wenn man auf Carsharing wechselt, diese Fahrzeuge mit Elektromobilität betrieben werden und der Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Das wäre das Szenario, auf das wir hinarbeiten, aber das sind noch ein paar Tage bis dahin.

**Präsident Weber:** Herr Saffe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie garantieren, dass diese E-Autos auch mit erneuerbaren Energien betrieben werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich kann das nicht garantieren. Das hängt jeweils davon ab, welche Stromlieferverträge man abschließt. Das ist nicht viel anders als im privaten Haushalt, wo ich auch die Wahl habe, von einem konventionellen zu einem Ökostromanbieter zu wechseln.

**Präsident Weber:** Herr Saffe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Wäre es denn möglich, dass an diesen Stromsäulen auch andere Energieanbieter als die swb zum Zuge kommen können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das hängt von den vertraglichen Konstruktionen ab, die man dort wählt. Ich bin sicher, man kann auch mit der swb über Ökostrom reden. Wir haben das Weserkraftwerk, das 17 000 Haushalte mit Ökostrom versorgen kann. Das ist alles eine Frage der Gestaltung.

**Präsident Weber:** Herr Saffe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich sichergehen will, muss ich bei mir vor der Haustür halten, ein Verlängerungskabel durch das Fenster legen und mein Auto selbst auftanken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Dann sind Sie ganz sicher!

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Saffe?

(Abg. Saffe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage betrifft den Bezug von Wiesenhof-Produkten an Bremer Krankenhäusern. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Bernhard!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Umfang und Zeitraum haben kommunale Krankenhäuser in Bremen Geflügelprodukte der Marke Wiesenhof bezogen?

Zweitens: Ist ein Bezugsstopp vorgenommen worden oder geplant?

Drittens: Welche Kenntnisse hat der Senat darüber, in welchem Umfang und Zeitraum andere Krankenhäuser in Bremen Geflügelprodukte der Marke Wiesenhof beziehen oder bezogen haben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

**Staatsrat Dr. Schuster:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In allen vier Küchen der Gesundheit Nord wird kein Geflügelfleisch des Unternehmens Wiesenhof eingesetzt. Von der Marke Eipro des Unternehmens Wiesenhof werden seit 2007 zwei Volleiprodukte eingesetzt.

Zu Frage 2: Wie in Frage 1 ausgeführt, wird kein Geflügelfleisch der genannten Marke eingesetzt. Ein Bezugsstopp der Eiprodukte ist nicht vorgenommen worden und nach aktuellem Stand auch nicht geplant. Diese Eiprodukte haben sich in einem Test Anfang 2010 in Preis und Qualität gegenüber vergleichbaren Produkten anderer Anbieter durchgesetzt. Eine Notwendigkeit, diese nach einem erforderlichen Testlauf durch andere Produkte zu ersetzen, wird derzeit nicht gesehen.

Zu Frage 3: Eine Umfrage unter den Krankenhäusern hat ergeben, dass fünf keine Geflügelprodukte des Unternehmens Wiesenhof verwenden. Eine Klinik davon verwendet ein Volleiprodukt, circa acht Liter wöchentlich, von Wiesenhof. Von zwei Krankenhäusern gab es keine Rückmeldung. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Bernhard, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Bernhard [DIE LINKE]: Nein, habe ich nicht, herzlichen Dank!)

Herr Staatsrat, Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Frauen bei der Polizei Bremen". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Senkal, Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Senkal!

Abg. Senkal (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie erklärt sich der Senat den deutlichen Rückgang weiblicher Polizeianwärter im Einstellungsjahrgang 2011 im Verhältnis zu den Vorjahren, und wie wird der Senat dafür Sorge tragen, den Anteil weiblicher Polizeibeamter wieder zu erhöhen?

Zweitens: Warum ist der Anteil weiblicher Polizeibeamter bei den Beförderungen unverhältnismäßig gering, und wie wird der Senat dafür Sorge tragen, den Anteil weiblicher Polizeibeamter an den Beförderungen weiter zu erhöhen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

**Senator Mäurer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2007 haben sich circa 48 Prozent Frauen bei der Polizei beworben. Seitdem sind die Zahlen rückläufig. Im Jahr 2011 lag die Frauenquote bei den Bewerbungen nur noch bei 36 Prozent. Dementsprechend hat sich auch die Zahl der Einstellungen verändert. Für das Jahr 2012 gibt es bei den Einstellungen wieder eine positive Entwicklung. Der Frauenanteil liegt derzeit bei 40 Prozent.

Die Polizeibehörden werden auch weiterhin gezielt Nachwuchswerbung für Frauen durchführen.

Zu Frage 2: Der Frauenanteil bei den Beförderungen ist so gering, weil Frauen erst seit 1987 in der Polizei eingestellt werden. Nur wenige Frauen haben bisher die Deutsche Hochschule der Polizei besucht und befinden sich daher im höheren Dienst. Erstmals in diesem Jahr konnte die stellvertretende Leitung der Kriminalpolizei mit einer Frau besetzt werden.

Aufgrund des kontinuierlich steigenden Frauenanteils wird sich die personelle Zusammensetzung der Leitungsfunktionen verändern. Der Senator für Inneres und Sport prüft außerdem mit den Polizeien des Landes Bremen, ob der Anteil durch Förderkonzepte erhöht werden kann. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Senkal, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Vielleicht eine kleine Feststellung! Herr Senator, hätten wir früher angefangen, hätten wir jetzt mehr Polizeibeamtinnen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

**Senator Mäurer:** Ja, das ist die ganz einfache Antwort! Schauen Sie sich nur den Bereich der Justiz an, dort ist es heute keine Überraschung mehr,

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Wer war denn 1987 an der Macht?)

dort finden Sie eine Präsidentin beim Hanseatischen Oberlandgericht und eine Präsidentin beim Landgericht. Das ist einfach dem Umstand geschuldet, dass in der Justiz Frauen zehn Jahre früher angefangen haben. Wie gesagt, es ist notwendig, die Hochschule zu absolvieren, dann ist man auch in der Lage, Leitungsfunktionen mit Frauen zu besetzen, und dort sind wir daran, das fördern wir, und seien Sie sicher, in zehn Jahren wird der nächste Polizeipräsident eine Frau sein!

**Präsident Weber:** Herr Senkal, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Wissen Sie denn, wie sie heißt?

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

**Senator Mäurer:** Und wenn, dann würde ich es Ihnen nicht sagen!

(Heiterkeit)

**Präsident Weber:** Herr Senkal, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Senkal [SPD]: Nein, danke!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Hortplatzmangel in Huchting". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Ahrens!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist dem Senat bekannt, dass in Huchting ein aktueller Mangel an Hortplätzen besteht, und auf wie viele Plätze wird dieser beziffert?

In welchen übrigen Stadtteilen besteht ein Mangel an Hortplätzen?

Welche Maßnahmen hat der Senat bisher unternommen, um den Hortplatzmangel zu beseitigen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Dem Senat ist bekannt, dass in einigen Stadtteilen, so auch in Huchting, die Nachfrage das Angebot, insbesondere im jetzigen Stadium des Anmeldeverfahrens, übersteigt. Die tatsächliche Nachfrage kann erst zu einem späteren Zeitpunkt zuverlässig beurteilt werden, weil die Anmeldungen und Zusagen an Ganztagsgrundschulen mit den Hortanmeldungen abgeglichen werden müssen. Zum Sachstand des Anmelde- und Vergabeverfahrens werden der Jugendhilfeausschuss und die Deputation Ende Mai unterrichtet.

Zu Frage 3: In Kenntnis der großen Nachfrage nach ganztägiger Betreuung hat der Senat beschlossen, das Ganztagsangebot an Grundschulen auszubauen. Die Zahl der Grundschulkinder, die auch am Nachmittag an einem Lern- und Betreuungsangebot teilnehmen, ist dadurch erheblich gestiegen. Im Laufe der Legislaturperiode ist ein weiterer Ausbau der Ganztagsschulen vorgesehen. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Ahrens, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Frau Senatorin, wenn erst Ende Mai tatsächlich feststeht, wer eine Ganztagsbetreuung, egal ob nun an einer Ganztagsgrundschule oder in einem Hort, erhält und wer nicht, finde ich das für Eltern, Kinder und Arbeitgeber ziemlich spät. Ich meine auch, dass wir verabredet hatten, dass das etwas früher der Fall

sein sollte. Wie kommt es jetzt zu diesem späten Abgleich?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Frau Abgeordnete, das ist der Ablaufplan, den wir gemeinsam im Jugendhilfeausschuss beschlossen haben. In der zweiten Sitzung ist ein gemeinsamer Ablaufplan für die Kindergarten- und Hortanmeldung von den Abgeordneten beschlossen worden. Es ist vorgesehen, dass wir uns in der Deputationssitzung im Mai mit den Anmeldezahlen befassen und jetzt der Abgleich läuft.

Dann hat es eine Diskussion darum gegeben, welche Standorte Ganztagsschulen werden. Auch das hat Auswirkungen auf das Anmeldeverfahren gehabt. Wir haben ja die Anmeldezeit verlängert, und ich finde, wir weiten das Platzangebot erheblich aus.

Ich kann für Huchting einmal Zahlen nennen, Frau Ahrens: Wir haben in Huchting laut Einwohnermeldeamt insgesamt 1 144 Grundschulkinder, und das Angebot, das wir jetzt schon an Betreuungsplätzen haben - also dort ist noch nichts Neues hinzugekommen -, beträgt 477 Plätze für Grundschulkinder. Das heißt, wir haben jetzt eine Versorgungsquote - vor zehn Jahren lagen wir bei 15 Prozent - von 41,7 Prozent bei den Grundschulkindern. Das ist ein Wert, der für viele sicherlich nicht ausreichend ist oder nicht ausreichend erscheinen mag, aber es ist eine deutliche Steigerung.

Wie gesagt, im nächsten Jahr werden noch neue Standorte an Ganztagsschulen im Grundschulbereich hinzukommen. Ich bin optimistisch, dass wir auch weiterhin die Versorgungsquote verbessern. Sie müssen sich leider bis zum Mai mit einer klaren Antwort gedulden.

**Präsident Weber:** Frau Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ebenfalls gab es im Jugendhilfeausschuss eine schriftliche Vorlage, in der stand, dass die Eltern, die eine Zusage für eine Ganztagsgrundschule bekommen haben, gebeten werden, ihre Zusage, die sie gegebenenfalls von einem Hort erhalten haben, zurückzunehmen, damit man dann auch Hortplätze abbauen kann. Wird von Ihrem Haus aus weiterhin aufrechterhalten, dass die Eltern so umorientiert werden sollen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Wir denken, dass es gut ist, wenn eine Ganztagsgrundschule an einem Standort öffnet und wir dort ein gutes Angebot an Bildung, Betreuung und Erziehung mit Früh- und Spätbetreuung und auch mit Mittagessen machen, so soll es ja sein. Das ist eine Alternative, wenn wir für den Hort nur fünf Anmeldungen haben, es ist Unsinn, eine Hortgruppe mit fünf Kindern zu betreiben. Da orientieren wir die Familien natürlich aus Haushaltsgründen, aber auch aus pädagogischen Gründen um, und ich finde das auch in Ordnung.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wenn Sie selbst sagen, dass es einen Mangel an Hortplätzen gibt, glaube ich, werden Sie tatsächlich wenige Gruppen mit fünf Anmeldungen in Huchting vorfinden, sodass die Umorientierung da etwas schwer wird. Der Hort ist jetzt nur für ein Jahr gesichert. Wird uns denn Ende Mai, wie Sie es uns angekündigt haben, auch vorgelegt, wie der Hortabbau nächstes Jahr voranschreiten wird und was mit den Kindern, die sieben Jahre alt sind und auch noch einen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung haben, passieren soll, weil sie ja nicht so einfach an die Ganztagsschulen kommen können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Wir legen im Mai die Anmeldezahlen vor, dann wissen wir mehr. Verabredet ist auch - das war Teil des Pakets! -, dass wir im Herbst Bilanz ziehen und dann sagen, wie das Angebot in den Schulen angenommen worden ist und an welchen Standorten wir noch nachsteuern müssen. Da haben die Parlamentarier noch alle Möglichkeiten der Welt, auch Vorschläge zu machen und zu sagen, dieser Standort ist wichtig für den Stadtteil. Da möchte ich auch als Senatorin mit den Beiräten im Gespräch sein, denn dort gibt es sicherlich auch in den Stadtteilen ganz unterschiedliche Interessen.

Man kann eine Haushaltssituation auch nicht einfach wegreden. Wir haben einen bestimmten Topf, mit dem wir auskommen müssen, und dann müssen wir schauen, wie wir damit auch möglichst eine gute Kinderbetreuung für die Schulkinder sicherstellen. Das ist unsere Aufgabe, und das, denke ich, bekomme ich mit der Kollegin Frau Jürgens-Pieper auch gut hin.

**Präsident Weber:** Frau Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Nein, danke!) Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff "Beschulung in sanierungsfälligen Räumlichkeiten im Bremer Westen". Die Anfrage ist unterzeichnet von der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Abgeordnete Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie groß ist der Sanierungsbedarf an den Schulstandorten Pestalozzistraße, Neue Oberschule Gröpelingen, und im Halmerweg, Grundschule Halmerweg und Oberschule Ohlenhof, und wie viele Klassenverbände werden im kommenden Schuljahr in zur Sanierung vorgesehenen Räume beschult?

Zweitens: Wie wurde der ursprüngliche Sanierungspfad an beiden Standorten geändert, um den fehlenden Schulplätzen im Bremer Westen zu begegnen, verschiebt sich der voraussichtliche Abschluss der Sanierungsarbeiten, und wenn ja, auf wann?

Drittens: Welche Probleme sieht der Senat darin, Schülerinnen und Schüler in Räumlichkeiten zu unterrichten, die aufgrund erheblicher Baufälligkeit zur Grundsanierung vorgesehen waren beziehungsweise an denen gleichzeitig massive Bauarbeiten mit einhergehenden Emissionen vorgenommen werden?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Strehl.

**Staatsrat Strehl:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Sanierungsbedarf am Standort Neue Oberschule Gröpelingen beträgt 13,9 Millionen Euro, bei der Grundschule am Halmerweg ist noch der dritte Bauabschnitt, Pavillon 3, in Höhe von 1,6 Millionen Euro offen. Im kommenden Schuljahr werden voraussichtlich drei Klassen im Pavillon 3 beschult, eine Klasse der Grundschule am Halmerweg und zwei Klassen der Oberschule Ohlenhof. An der Neuen Oberschule Gröpelingen werden im kommenden Schuljahr vier Klassen in zur Sanierung vorgesehenen Räumen beschult.

Zu Frage 2: Geändert wurde nur der Sanierungspfad der Grundschule am Halmerweg. Der letzte Bauabschnitt, die Sanierung des Pavillons 3, wird zurückgestellt bis zur Fertigstellung des ersten Bauabschnitts der Oberschule Ohlenhof. Mit der Fertigstellung wird frühestens im Jahr 2015 gerechnet, die Restsanierung der Grundschule am

Halmerweg wird danach noch circa ein Jahr in Anspruch nehmen. Der Sanierungspfad für die Neue Oberschule Gröpelingen verschiebt sich nicht.

Zu Frage 3: Es ist nicht ungewöhnlich, dass Sanierungen, die bereits im Sanierungsprogramm aufgenommen werden sollten, sich verzögern. Die Räume am Schulstandort Halmerweg werden in den Sommerferien überarbeitet, sodass sie zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 uneingeschränkt ohne Baumaßnahmen zu Unterrichtszwecken zur Verfügung stehen. Schulgebäude in Bremen werden grundsätzlich auch während des laufenden Schulbetriebs saniert. Um möglichst Störungen und Emissionen im Schulbetrieb zu vermeiden, erfolgt die Sanierung in direkter Absprache mit Schulleitungen, Eltern und Immobilien Bremen. Die Hauptbauzeiten werden aber möglichst in die Schulferien gelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Die Zusatzfrage betrifft die Neue Oberschule Gröpelingen. Frau Lüking hat nun selbst darauf hingewiesen, dass die Sanierung nicht in dem Rahmen erfolgt, wie sie eigentlich vorgesehen war, unter anderem mit der Begründung, dass der erste Bauabschnitt vor allem aus den Mitteln des Konjunkturpakets erfolgt ist. Insbesondere geht es dort um die Fertigstellung der Mensa, die nicht, wie vorgesehen, nächstes Jahr fertiggestellt wird. Sie hatten eben gesagt, dass der Sanierungsbeginn sich nicht verzögert. Was sagen Sie dann zu der Aussage von Frau Lüking, die definitiv etwas anderes gesagt

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Strehl: Ich bitte um Verständnis, ich kenne die Aussage von Frau Lüking nicht! Unsere Information ist, dass sich die Sanierung nicht verschiebt. Ich werde Ihnen aber schriftlich Auskunft darüber geben, wie der Stand ist und ob es dort tatsächlich Differenzen gibt. Aus meiner Sicht ist es so, wie beantwortet, richtig.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Sie hat es so in der Zeitung gesagt!)

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Nein, wir warten auf die schriftliche Antwort!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift "**Prakti-kumsklassen in der beruflichen Bildung**". Die Anfrage ist unterzeichnet von der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Abgeordnete Vogt!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Schülerinnen und Schüler sollen in sogenannten Praktikumsklassen untergebracht werden, und wie lange soll der durchschnittliche Aufenthalt im Praktikumsbetrieb dauern?

Zweitens: Wie soll die sich ergebende Nachfrage nach geeigneten Praktikumsplätzen bedient werden, und welche Institutionen sind an dieser Umsetzung beteiligt?

Drittens: Wie will der Senat mit Schülerinnen und Schülern umgehen, die bei der vorgesehenen Praktikumssuche keinen Erfolg hatten?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Othmer.

**Staatsrat Othmer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Praktikumsklassen werden im Rahmen der Umstrukturierung des sogenannten Übergangssystems zum Schuljahr 2012/2013 mit einer Frequenz von 16 Schülern und einer Höchstzulassung von plus zehn Prozent eingerichtet. Begonnen wird mit vier Klassenverbänden mit bis zu 72 Schülerinnen und Schülern. Der durchschnittliche Aufenthalt je Praktikumsbetrieb soll fünf Wochen dauern; die Schülerinnen und Schüler sollen im Laufe des Schuljahres verschiedene Betriebe kennenlernen.

Zu Frage 2: Die Schülerinnen und Schüler haben die Aufgabe, sich selbst um Praktikumsplätze zu bemühen. Bei Bedarf werden sie von den Lehrerinnen und Lehrern dabei unterstützt. Die berufsbildenden Schulen mit ihren ohnehin bestehenden Kontakten zu den Ausbildungsbetrieben sind gehalten, einen Pool von Praktikumsbetrieben aufzubauen. Außerdem ist von den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013 geplant, eine systematische Praktikumsvermittlung aufzubauen.

Zu Frage 3: Schülerinnen und Schüler, die Probleme bei der selbstständigen Praktikumssuche haben, werden von den Lehrkräften bei der Suche unterstützt und verpflichtet, ihre Aktivitäten zur Praktikumssuche nachzuweisen. Sollten sie auch mit den weiteren Hilfestellungen zeitweise ohne Praktikumsplatz bleiben, nehmen sie an einem zusätzlichen Berufsschultag teil. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Ich habe zwei Zusatzfragen! Erstens: Wäre es möglich, unabhängig von der Beteiligung an der Bremer Vereinbarung Vereinbarungen mit den zuständigen Kammern zu treffen, was die Praktikumssuche erleichtern würde? In anderen Städten wird dies gemacht. Zweitens: Kann die durchschnittliche Verweildauer von fünf Wochen in den Praktikumsklassen verlängert werden, wenn Aussicht darauf besteht, dass die betreffende Schülerin oder der betreffende Schüler vielleicht von dem Betrieb übernommen werden würde?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Ich fange gern mit der letzten Frage an, Frau Vogt, weil genau das die Idee ist! Insbesondere dann, wenn Betriebe signalisieren, manchmal sogar schriftlich erklären, dass sie beabsichtigen, den Schüler übernehmen zu wollen, sind solche Verlängerungen sinnvoll, möglich und auch vorgesehen.

Zum ersten Teil Ihrer Frage: Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Bremer Vereinbarung sind die Kammern.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das weiß ich!)

Sie sind mit eingebunden und auch sehr bemüht, an dem Aufbau dieses Pools mitzuwirken.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Dass die Kammern daran beteiligt sind, ist mir klar. Die Frage zielte eher darauf ab, ob es möglich wäre, Zielvereinbarungen zu treffen. Wie ich aber Ihrer Antwort entnommen habe, muss man das dann abwarten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Ich glaube, dass die Kammern von sich aus sehr daran interessiert sind. Ob es wirklich Sinn macht, Zielvereinbarungen zu haben, ist immer so eine Frage. Ich glaube, dadurch, dass wir inzwischen auch den Wunsch haben, in allen Betrieben Auszubildende zu haben, werden wir mit diesem Modell erfolgreich sein.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema "Unisee als Naherholungsgebiet erhalten und pflegen". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Frau Dr. Schierenbeck, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Werner!

Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurde der Kontrakt zur Pflege und Unterhaltung der Badestrände und Liegewiesen am Unisee nicht verlängert?

Zweitens: In welcher Weise stellt der Senat sicher, dass die Sport- und Badeflächen des Unisees wieder in angemessener Art und Weise unterhalten und gepflegt werden?

Drittens: Hält der Senat die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Pflege, Gestaltung, Unterhaltung und Nutzung des Unisees für sinnvoll, und welche Schritte werden dafür eingeleitet?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

**Senator Mäurer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Der Kontrakt mit dem Umweltbetrieb zur Pflege der Badestrände und Liegewiesen am Unisee wurde im März 2012 vom Sportamt um ein weiteres Jahr verlängert. Dieser sieht eine angemessene Unterhaltung, Pflege sowie Reinigung der Badeflächen, Liegewiesen, Wege und Gehölzflächen am Unisee vor. Unterstützt wird die Reinigung finanziell durch die Leitstelle "Saubere Stadt" beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

Zu Frage 3: Der Senat ist der Auffassung, dass eine Zusammenführung der genannten Zuständigkeiten für die Pflege, Gestaltung, Unterhaltung und Nutzung des Unisees wie auch der anderen städtischen Badeseen in Bezug auf Verwaltungsstrukturen und als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger eine Vereinfachung darstellen würde. Dies sowie die finanziellen Auswirkungen und das weitere Vorgehen werden derzeit zwischen den beteiligten Ressorts geprüft. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie sagen, warum der Vertrag zur Pflege erst nicht und dann doch verlängert wurde? Halten Sie die Pflege und die Bewirtschaftung des Unisees derzeit und im vergangenen Jahr für angemessen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Im letzten Jahr ist es in Ordnung gewesen. Der Vertrag ist zu Beginn des Jahres nicht verlängert worden, weil das Sportamt zunächst einige Angebote eingeholt hat, die deutlich günstiger waren als die des Umweltbetriebs. Das hat dazu geführt, dass wir inzwischen einen Vertrag haben, der über eine Summe von 110 000 Euro abgeschlossen ist. Insofern war es richtig zu warten, auszuschreiben und sich dann auf einen fairen Preis zu verständigen. Das ist der Hintergrund.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie sagen, ob aus der Verpachtung oder Vermietung von Flächen am Unisee Einnahmen entstehen und wozu sie gegebenenfalls verwendet werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Da zeigt sich wieder, wie kompliziert es ist, dass wir für solch einen Bereich zuständig sind! Ich glaube, für das Wasser ist das Umweltressort und für den Sand das Sportamt zuständig, und wenn da noch irgendwelche Wiesen vermietet werden, weiß ich nicht, ob das zu unserem Haushalt gehört. Ich bin aber gern bereit, einmal nachzuschauen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich freue mich dann auf die schriftliche Antwort!) Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die Raumnot an der Grundschule Carl-Schurz-Straße. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. vom Bruch, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Dr. vom Bruch!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Raumsituation an der Grundschule Carl-Schurz-Straße im Hinblick auf eine durchgängige Dreizügigkeit in allen vier Jahrgängen zum kommenden Schuljahr 2012/2013?

Weshalb hat der Senat die Behebung des spätestens mit Verabschiedung des Schulstandortplanes, in dem die Dreizügigkeit der Schule festgelegt ist, absehbaren Raummangels bisher nicht in Angriff genommen?

Welche Maßnahme wird der Senat ergreifen, um kurzfristig zum nächsten Schuljahr einen fehlenden Klassenraum zur Verfügung zu stellen und mittelfristig den von der Schule bereits vor Jahren beantragten Ausbau durchzuführen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Othmer.

**Staatsrat Othmer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Schule ist als dreizügige Grundschule erbaut worden. In der Vergangenheit war jedoch nicht immer eine durchgängige Dreizügigkeit gegeben, sodass ein Klassenraum zu einem Fachraum Musik durch die Schule umgenutzt wurde. Der Raumbedarf für eine durchgängige Dreizügigkeit kann im Raumbestand der Schule zum Schuljahr 2012/2013 kurzfristig hergestellt werden.

Zu Frage 3: Es ist beabsichtigt, aus drei Räumen-zwei Klassenräumen und einem weiteren Fachraum - unterschiedlicher Größe, 64 Quadratmeter, 52 Quadratmeter und 77 Quadratmeter - durch Versetzen von Wänden drei gleich große Räume herzustellen, sodass nunmehr wieder zwölf Klassenräume zur Verfügung stehen. Dadurch kann der für das Musikprofil genutzte zwölfte Klassenraum weiter erhalten bleiben. Im darauf folgenden Schuljahr ist geplant, einen Fachraum für das Musikprofil im Dachgeschoss auszubauen, um das Raumangebot zu verbessern. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Staatsrat, Sie werden wahrscheinlich wissen, dass diesbezüglich auch im örtlichen Beirat, ähnlich wie an der Schule selbst, eine erhebliche Unruhe besteht. Glauben Sie, dass die entsprechenden Maßnah-

men bis zum Schuljahresbeginn tatsächlich realisiert werden können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Die Maßnahmen sind eingeleitet, und ich glaube nicht nur, ich bin sicher, dass diese Maßnahmen umgesetzt werden können, weil es kleine Maßnahmen sind. Sie sind in der Vorbereitung und mit den Eltern besprochen, die gern eine andere Lösung hätten. Mit der von mir hier auch noch einmal erklärten Ansage, dass sich der Musikraum zukünftig durch die Teilung der Hausmeisterwohnung realisieren lässt, glaube ich, dass wir dort eine gute Lösung hinbekommen. Zum Schuljahresbeginn am 1. September wird alles fertig sein.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU): Herr Staatsrat, Sie haben zutreffend angedeutet, dass die Eltern eine andere Vorstellung haben. Inwieweit wird nicht nur mit dem Beirat, ich glaube, am kommenden Donnerstag, sondern auch mit den Eltern und den Beteiligten an der Schule kommuniziert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Mit den Eltern und den Beteiligten an der Schule haben wir schon im Vorfeld gesprochen, bevor der Beirat dieses Thema überhaupt aufgegriffen hat. Es sind drei verschiedene Varianten mit den Eltern besprochen worden, unter anderem auch ein Neubau, der aber bei der Möglichkeit, wie wir jetzt eine Lösung finden, unverhältnismäßig wäre. Daher bin ich sicher, dass man eine dreizügige Schule, die so konzipiert ist, auch so nutzen kann. Ich glaube, es war richtig, wenn sie vorher nur zweizügig genutzt werden musste, dass man die Räume auch anders sinnvoll nutzt. Das ist in Ordnung. Mit dem kleinen Rückbau an dieser Stelle wird aber diese dreizügige Schule künftig so genutzt, wie sie konzipiert war. Sie ist voll ausgestattet, und das Musikprofil kann auch erhalten bleiben. Ich glaube, damit können die Eltern zufrieden sein.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Nein, danke! Wir werden das aber im Auge behalten!)

Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift "Wohnbebauung im Bereich der stadtbremischen Häfen". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kastendiek, Imhoff, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Kastendiek!

Abg. Kastendiek (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Vorschlag, zur Aufwertung des Stadtteils Gröpelingen zurzeit von der Hafenwirtschaft genutzte Flächen der stadtbremischen Häfen, insbesondere im Bereich des Industriehafens, zu revitalisieren und für Wohnen am Wasser zu nutzen sowie die Gröpelinger Heerstraße und Strecken der Hafeneisenbahn in diesem Bereich zurückzubauen?

Seit wann und aus welchen Mitgliedern besteht dazu eine Arbeitsgruppe beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, und welche Überlegungen zur Revitalisierung des Hafens im oben genannten Bereich hat diese mit welchem Ergebnis angestellt?

Welche Konsequenzen hatte nach Einschätzung des Senats die Realisierung von Wohnbebauung im beschriebenen Areal für die dort ansässigen Betriebe und Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

**Staatsrat Dr. Heseler:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Dem Senat sind keine konkreten Vorschläge zur Realisierung von Wohnbebauung im Bereich der stadtbremischen Häfen bekannt. Zu keiner Zeit hat eine in der Frage angesprochene Arbeitsgruppe beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bestanden. Ebenso wenig ist die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe geplant. Der Senat lehnt eine Wohnbebauung im Bereich der aktiven stadtbremischen Hafenareale ab. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf das **Fällen von Pappeln an der A 27 in der Nist- und Brutzeit.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rupp, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE. Bitte, Herr Abgeordneter Rupp!

Abg. Rupp (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass bis zu 50 Pappeln an der A 27 während der Brutzeit gefällt werden sollen?

Zweitens: Wenn die Pappeln eine Gefahr für den Verkehr darstellen, warum werden sie dann erst jetzt gefällt?

Drittens: Zu welchem Zeitpunkt wurden Fachleute für Vogelkunde und Umweltschutzverbände hinzugezogen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Autobahnmeisterei hat Ende 2011 von einem vereidigten Sachverständigen die an der Autobahn A 27 stehenden Bäume untersuchen lassen. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass eine Vielzahl von Bäumen, überwiegend Pappeln, aufgrund akuter unzureichender Verkehrssicherheit zu fällen sind. In einer freihändig vergebenen Sofortmaßnahme, mit der vor Beginn der Brutzeit insbesondere Saatkrähen die Möglichkeit gegeben werden sollte, andere Nistplätze aufzusuchen, wurden circa 100 Bäume gefällt.

Die weiteren notwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen wurden öffentlich ausgeschrieben. Aufgrund der einzuhaltenden vergaberechtlichen Vorgaben war eine Erteilung des Zuschlags nicht vor Ende März 2012 möglich. Im Rahmen der vergebenen Leistungen werden jetzt noch weitere nicht aufschiebbare Verkehrssicherungsarbeiten durchgeführt.

Zu Frage 3: Die aktuellen Arbeiten werden von Beginn an von einem Baumsachverständigen und einem Ornithologen begleitet. Dadurch wird sichergestellt, dass Bäume, in denen Vögel brüten oder ein Brutgeschäft aufnehmen wollen, nur so weit zurückgeschnitten oder gefällt werden, wie es die Verkehrssicherungspflicht unbedingt erfordert. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Ich gehe davon aus, dass solch eine Situation möglicherweise noch einmal eintritt. Vielleicht können Sie mir sagen, wie man eine solche Situation vermeidet, denn trotz der Gefährdung durch die Pappeln ist es für die Vögel natürlich nicht besonders gut, wenn jetzt

Bäume gefällt werden. Ich meine, das sollte man vermeiden.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Rupp, dass man das vermeiden sollte. Ich sage hier an dieser Stelle auch, dass es mir selbst auch unangenehm ist, dass diese Fällungen zum jetzigen Zeitpunkt vorgenommen werden müssen. So, wie der Zustand dieser Bäume ist, kann ich mir vorstellen, dass man auch schon vor zwei, drei oder fünf Jahren hätte handeln können, wenn man genau hingesehen hätte, denn einige dieser Pappeln sind schon 70, 80 Jahre alt, und das ist für Pappeln ein sehr hohes Alter, in dem sie dann auch zu Windbruch neigen. Man muss dann natürlich versuchen, früher im Jahr diese Sache zu beginnen.

Es ist aber auch so - ich möchte das hier auch noch einmal deutlich machen, ich hatte vorhin vorgetragen, dass ein Teil der Bäume in einer freihändigen Vergabe gefällt worden ist -, das war eine akute Notmaßnahme, die vergleichsweise teuer war. Wir haben dann gesagt, in dem Stil, zu den Kosten können wir das nicht freihändig fortsetzen, wir kommen über Vergabeschwellen, müssen jetzt ausschreiben und sind damit in einem förmlichen Verfahren.

Die Ausschreibung muss dann so aufbereitet werden, damit auch überregional verständlich ist, wie eigentlich die Aufgabenstellung ist. Das heißt, man sitzt noch einmal daran - ein bremisches Unternehmen wüsste sofort, was zu tun ist -, um die Teilnahme dann auch anderen Wettbewerbern zu ermöglichen. Am Ende hat sich gezeigt, dass wir durch die Ausschreibung eine Einsparung von 800 000 Euro für den bremischen Haushalt erzielt haben.

Trotzdem ist es eine unangenehme Sache, und wir müssen versuchen, in anderen Fällen früher in die Schadenserhebung einzusteigen, um dann die Fällung in der Winterperiode auch wirklich vorzunehmen. Ich versichere aber auch, dass hier wirklich alles getan wird.

Es gibt noch 20 Bäume - ich habe mir das berichten lassen - unter denen, die jetzt eigentlich noch gefällt werden müssen, in denen im Moment noch ein Brutgeschäft stattfindet oder vorbereitet wird. Die Fällung dieser Bäume wird jetzt zurückgestellt. Dort wird vermieden, dass die Vögel gestört werden. Es werden jetzt nur solche Bäume gefällt, in denen kein Brutgeschäft stattfindet. Dafür ist der Ornithologe vor Ort, der hier in der Bremer Ornithologenszene auch sehr renommiert ist, das heißt, er achtet mit seinem Berufsethos auch dar-

auf, dass wir jetzt hier nicht maßlos oder hemdsärmlig, sondern sehr behutsam vorgehen. Wir werden dann die restlichen Arbeiten nach Abschluss der Brutperiode vornehmen müssen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie jetzt die Kontrollmaßnahmen und Ausschreibungsfristen so koordinieren wollen, dass man solch eine Situation möglichst nicht noch einmal hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Im Grundsatz ja! Es ist so, dass wir in Bremen bisher kein lückenloses Baumkataster haben. Wir hatten so etwas in Kassel, wo ich zuletzt tätig war, aufgebaut. Wir müssten uns einmal ansehen, ob wir so etwas hier in Bremen aufbauen können. Das ist aufwendig, das kostet, dafür hat man den Baumzustand dann auf einer rechnerbasierten Basis kontinuierlich erfasst. Ich werde diesen Punkt einmal mitnehmen, denn das ist das, was wir bräuchten, um das, was Sie mit Ihrer Frage insinuieren, auch systematisch machen zu können. Wir müssen dann in der Haushalts- und Personalsituation, in der wir sind, schauen, wie wir das möglicherweise auf den Weg bringen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Gibt es Ärger mit der Baumschutzverordnung und der Tatsache, dass man jetzt Bäume fällen muss, in denen schon gebrütet wird? Ich bin mir da jetzt nicht völlig sicher, deswegen muss ich Sie als Fachmann fragen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir müssen hier eine Einzelfallabwägung vornehmen. Die Baumschutzverordnung gilt für mein Ressort und für die nachgeordneten Ämter und Dienststellen genauso wie für jeden anderen Bürger auch. Deswegen ist es mir unangenehm, dass wir es jetzt in der Brutperiode machen, denn wir müssen vor der Öffentlichkeit erklären können, warum die Behörde etwas macht, wofür sich auch der private Gartenbesitzer umfangreich rechfertigen müsste.

Es ist auf der anderen Seite so, dass die Verkehrssicherungspflicht ein ausgesprochen hohes Gut ist, besonders an der Autobahn. Die Pappeln, um die es hier geht, stehen unmittelbar an der A 27, und deswegen ist in diesem Fall nach Einzelfallprüfung des einzelnen Baumes die Verkehrssicherungspflicht das übergeordnete Ziel. Wenn aber ein Brutgeschäft stattfindet, versuchen wir, es mit dem minimal möglichen Eingriff zu machen, das heißt, unter Umständen auch nur zurückzuschneiden, ohne den Baum ganz zu fällen. Das heißt, wir tun wirklich das, was wir können, aber die Regeln gelten für uns natürlich genauso wie für alle anderen auch.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich finde es richtig, dass die Verkehrssicherheit vorgeht. Trotzdem noch einmal eine Nachfrage: Es sind entlang der A 27 mehr als nur diese 50 Pappeln gefällt worden. Denkt man darüber nach, dort auch wieder Bäume anzupflanzen, vielleicht nicht gerade Pappeln, aber andere Bäume? Werden die Pappeln in irgendeiner Art und Weise kompensiert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir wollen dort Kompensationsmaßnahmen leisten, allerdings nicht exakt an derselben Stelle, denn solche Bäume in unmittelbarer Nähe der Autobahn findet man praktisch in der ganzen Bundesrepublik nicht, und wenn man sie finden würde, hätte man dort auch mit ähnlichen Problemen zu rechnen. Ich kann es nicht genau sagen. Es wird im Bereich eines Parkplatzes an einer Autobahnraststätte ein Teil dieser Bäume ersetzt werden. Wir werden uns bemühen, einen möglichst umfangreichen Ersatz zu leisten.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Imhoff!

Abg. Imhoff (CDU): Herr Senator, vor dem Hintergrund, dass die Baumschutzverordnung in den letzten Jahren sukzessive verschärft worden ist, stelle ich mir doch die Frage, ob Sie sich denn in den künftigen Jahren an Ihre eigene Baumschutzverordnung halten wollen oder ob das nur der Bürger machen muss!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich meine, ich habe die Antwort bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, ich sage es aber gern noch einmal: Natürlich wollen wir uns genauso an die Baumschutzverordnung halten wie alle anderen auch, aber wir müssen auch die Verkehrssicherungspflicht garantieren.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Imhoff (CDU): Nachdem der Herr Senator ausführlich erklärt hat, was auch vor ein paar Jahren schon klar war, dass durch diese Bäume die Verkehrssicherungspflicht wohl nicht eingehalten werden kann, jedenfalls habe ich das so verstanden, frage ich mich jetzt aber trotzdem - auch wenn Sie es anscheinend eben noch einmal deutlich gesagt haben, ich habe es aber nicht verstanden -: Halten Sie sich in den nächsten Jahren an die Baumschutzverordnung des Staates, oder erteilen Sie weiter Ausnahmegenehmigungen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Lohse:** Ich habe meinen bisherigen Antworten nichts hinzuzufügen.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

#### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Beratung und Entscheidung der Stadtbürgerschaft zum Thema "Kein Verkauf der bremischen Grundstücke an die DB Netze für den Bau der Oldenburger Kurve ohne umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger"

> Antrag des Beirats Mitte vom 23. April 2012 (Drucksache 18/119 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne den Ortsamtsleiter Herrn Bücking sowie Mitglieder des Beirats ganz herzlich begrüßen. - Herzlich willkommen!

#### (Beifall)

Begründen wird diesen Antrag der Beiratssprecher Herr Dr. Rüppel.

Die Beratung ist eröffnet.

Bitte, Herr Dr. Rüppel!

Herr **Dr. Rüppel**, Sprecher des Beirats Mitte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung steht heute ein Thema, das viele Menschen in dieser Stadt betrifft: der Lärm! Maßnahmen gegen den Bahnlärm hat der Beirat Mitte, insbesondere in seiner Sitzung am 26. September 2011, ausführlich beraten und damals auch schon Forderungen gestellt. Hätte man diesen Forderungen frühzeitig Gehör geschenkt und gleich mit der Bahn verhandelt, hätte ich hier vielleicht nicht zu Ihnen sprechen müssen. Dafür, dass ich dies nun darf, bedanke ich mich!

#### (Beifall)

Ihnen liegt ein Antrag vor, der unsere Zustimmung für den Verkauf von Grundstücken für die Oldenburger Kurve von einem umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger abhängig macht. Das möchte ich mit Folgendem begründen: Wir haben unser Vorgehen und unsere im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner getroffenen Forderungen sehr gründlich erwogen, und die Beschlüsse des Beirats - das möchte ich ausdrücklich hervorheben - wurden von allen dort vertretenden Fraktionen einstimmig unterstützt. Außerdem muss ich dazu sagen, dass wir mit unseren Forderungen nach Lärmschutz nicht allein dastehen. Es gibt weitere Beschlüsse der Fraktion der Grünen, einen Unterbezirksbeschluss der SPD, die große Beachtung des Themas durch die Presse, die Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerinitiativen und nicht zuletzt auch einen Ausschuss zahlreicher betroffener Beiräte, und diese zeigen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen gegen den Bahnlärm.

Ich bin mir außerdem sicher, dass die Debatte auch weit über Bremen hinaus Beachtung findet, sind wir doch mit unserem Problem nicht allein. An vielen Orten haben sich Betroffene für verbesserten Lärmschutz eingesetzt, und sie waren dabei, wie das Beispiel an der Rheinschiene zeigt, erfolgreich. Ein möglichst lückenloser Lärmschutz wird im Grunde von niemandem mehr bestritten.

Es liegen Berechnungen und Lärmgutachten vor, die zeigen, dass es leiser geht, angefangen von der Umrüstung der Güterzugwaggons bis hin zum Lärmschutz am Gleis durch Schallschutzwände und andere Maßnahmen. Immerhin - darauf möchte ich auch noch hinweisen - gebietet auch der von der EU beschlossene Lärmaktionsplan, nicht nur den Lärm zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) Vom Lärm Betroffene interessiert es herzlich wenig, nach welchen Paragrafen Lärm an welcher Stelle gesetzlich erlaubt ist oder nicht. Es ist in der Tat auch nicht nachvollziehbar, dass eine Neubaustrecke mit Schallschutz nach dem Stand der Technik ausgerüstet werden muss und der darauffolgende Abschnitt, auf dem die gleichen Züge fahren, nicht.

In Bremen haben wir es nicht einfach, verläuft doch die Hauptachse des Schienenverkehrs mitten durch die Bremer Innenstadt durch die Bahnhofshalle Richtung Hannover, eine historische Altlast. Versäumt wurde der rechtzeitige Bau von Güterumgehungsstrecken. Während neue Logistikzentren entstehen und ein neuer Hafen mit den weltgrößten Containerbrücken gebaut wird, poltern die Waren auf veralteten Güterzugwagen mitten durch das Zentrum der Stadt.

Die uns vorliegenden Pläne beheben dieses grundsätzliche Problem nicht. Gleis 1 wird zusätzliches Güterverkehrsgleis, und es wird die Oldenburger Kurve gebaut. Der gesetzlich vorgeschriebene Lärmschutz findet sich ausschließlich an diesen zwei Abschnitten, das ist unzureichend. Besonders laut wird es an der Brücke über den Breitenweg, um nur ein Beispiel zu nennen. Weitere Bespiele möchte ich hier gar nicht erst ansprechen, zum Beispiel ist die Weserbrücke ein Problem, das noch einmal gesondert betrachtet werden muss. Gerade aber am Breitenweg wäre ein Lärmschutz besonders nötig.

Die geplante Kapazitätssteigerung auf den Gleisen hat zur Folge, dass der Verkehr um ein Drittel, nachts sogar um das Doppelte ansteigen wird. Bis zu 600 oder 700 Meter lange Containerzüge werden dann auf der gesamten Strecke die dort wohnenden Menschen in gleichmäßigen Abständen um den Schlaf bringen.

Lärm macht krank. In besonderen Gebieten wie dem Doventor leiden alle unter dem Bahnlärm. Es sind Wohngebiete, die nicht gerade zu den privilegierten Wohngebieten in Bremen gehören. Lärm macht aber nicht nur krank, er ist auch im Stadtbild sichtbar und behindert eine angemessene Entwicklung. Grundstücke lassen dort kaum mehr innerstädtisches Wohnen zu, dort, wo mitten im Zentrum eine Entwicklung des städtischen Raums geboten wäre. Mehr Wohnen in der Innenstadt ist ein Ziel, das auch vom Beirat unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Güterzüge immer noch mit veralteter Technik durch das Land rollen, so ist es eine der wich-

tigsten Forderungen, den Lärm an der Quelle zu bekämpfen.

(Beifall)

Das Land Bremen muss alles daran setzen, hier beim Bund tätig zu werden.

Es ist nach wie vor richtig, dass Güter auf die Schiene gehören. Die Bahn ist in die Pflicht zu nehmen, dass dies in Zukunft leiser geschieht.

#### (Beifall)

Das Land Bremen trägt aber auch selbst Verantwortung. Der Ausbau des Bremer Knotens ist im Interesse der Hafenwirtschaft, die am JadeWeserPort beteiligt ist. Für den neuen Tiefwasserhafen hat Bremen 44 Millionen Euro investiert. Wird der Hafen ein Erfolg, wird auch die Bremer Wirtschaft profitieren. Profitieren werden allerdings nicht die Menschen entlang der Bahnstrecken. Sie werden, wenn hier nichts geschieht, allein die Zunahme des Lärms spüren.

Wenn die Bremer Landesregierung die neuen Gleise befürwortet, muss sie auch zu der Verantwortung stehen, sie kann diese nicht auf den Bund abschieben. Sie muss eigene Maßnahmen gegen den Lärm ergreifen und weiter mit der Bahn verhandeln. Wir wissen, dass wir mit dieser Forderung, die ja auch die Forderung nach einer Finanzierung beinhaltet, dem Senat einiges zumuten und so wissen wir auch, dass die Bahn kein einfacher Verhandlungspartner ist. Die Chancen, hier zu Ergebnissen zu kommen, sind aber nicht so schlecht. Bremen kann bei Verhandlungen mit der Bahn darauf bauen, dass die Gerichte die Rechtsauffassung immer stärker in Zweifel ziehen. Selbst das Eisenbahnbundesamt sagt, dass das von der DB Netze so geliebte Baugrubenmodell nicht anwendbar sei. Die übrigen Bahnverkehre müssen durchaus bei den Berechnungen einbezogen werden.

Es geht darum, den lückhaften und quasi durch Gnadenerlass der Bahn hier und dort gewährten Lärmschutz durch ein Gesamtkonzept zu ersetzen.

### (Beifall)

Wie das aussehen kann, dafür haben wir die Fachleute, die sich mit der Technik, den notwendigen Bauten und den Kosten auskennen. Die Forderungen sind bekannt und liegen vor.

Die Menschen erwarten von der Bremer Landesregierung, dass sie sich ihrer Verantwortung stellt. Sie erwarten, dass das Lärmproblem mit einem Programm und klaren Zusagen in Angriff genommen wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

#### (Beifall)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Rüppel, Sie haben noch einmal eindrucksvoll geschildert, wie es um die Probleme des Lärms an der Oldenburger Kurve bestellt ist, und Sie haben begründet, warum die bislang zugesagten Lärmschutzmaßnahmen nicht ausreichen werden. Diese Begründungen des Beirats sind unschwer nachzuvollziehen.

Wer sich das Lärmgutachten einmal angeschaut hat, das zu den bislang vorgesehenen Maßnahmen und ihren Auswirkungen erstellt wurde, der kann unschwer ersehen, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, um insbesondere den nächtlichen Schallpegel unter die wichtige 60-Dezibel-Grenze zu drücken, geschweige denn zu wirklich gesundheitlich unbedenklichen Werten zu kommen. Niemand von uns wird deshalb bestreiten, dass weitergehende Schutzmaßnahmen an der Oldenburger Kurve erforderlich sind. Gleichwohl kann die Bürgerschaft dem Antrag des Beirats Mitte, so wie er uns vorliegt, heute nicht zustimmen!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Wir schon!)

Wir werden den Antrag an die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und an die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie zur weiteren Beratung überweisen. Das sind die zuständigen Fach- und Entscheidungsdeputationen. Es ist für uns nicht zuletzt auch ein Akt der Wertschätzung, dass dort noch einmal eingehend über die von Ihnen vorgetragenen Argumente im parlamentarischen Raum diskutiert wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Redlichkeit halber, lieber Herr Dr. Rüppel, müssen wir aber sagen, die Forderungen, die der Beirat aufgestellt hat, werden in dem geforderten Umfang wohl kaum zu erfüllen sein.

Die Entscheidung über den Verkauf des Grundstücks muss jetzt zeitnah gefällt werden, denn sonst wird es Probleme geben, die Maßnahmen an der Oldenburger Kurve aus dem infrage kommenden Programm zu finanzieren. Eine Ablehnung des Verkaufs kommt unseres Erachtens nicht in Betracht. Auch wenn die jetzt zugesagten Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Olden-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

burger Kurve unzureichend sind, so ist eines aber auch klar: Es beim jetzigen Status zu belassen, wäre noch unzureichender und noch schlimmer.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist für uns keine Alternative. Die zuständige Deputation - ich denke, dieser Auffassung sind im Grunde eigentlich auch alle - wird deshalb dem Verkauf dieses Grundstücks zustimmen müssen.

Wir wissen gleichzeitig, dass die Verhandlungsmöglichkeiten mit der Bahn zumindest fürs Erste ausgeschöpft sind. Weitergehende Zusagen, die Sie auch im Auge haben, werden wir nach den Erfahrungen von Herrn Staatsrat Golasowski und Herrn Staatsrat Dr. Heseler vorerst nicht erreichen, zumindest und sicherlich nicht in dem Umfang, der im Antrag des Beirats aufgelistet wird.

Gleichzeitig ist aber auch klar, Bremen kann nicht alle Lärmschutzmaßnahmen übernehmen, die die Bahn verweigert. Als Haushaltsnotlageland können wir uns das finanziell und auch politisch nicht leisten. Es würde massives Unverständnis und massive Kritik geben, wenn ausgerechnet das hoch verschuldete Bundesland Bremen aus dem Kreis derer ausscheidet, die bislang zu Recht die Position vertreten, die Bekämpfung des Bahnlärms sei in erster Linie die Aufgabe der Bahn und der Bundesregierung. Das, lieber Herr Dr. Rüppel, ist kein Verstecken hinter den Zuständigkeiten, sondern die notwendige Klarstellung der Zuständigkeiten.

Wir alle wissen, der Lärm muss an der Quelle bekämpft werden. Dies muss - darauf haben Sie auch hingewiesen - über Umrüstung und Modernisierung der Güterwaggons und auch der Gleise geschehen, flankiert von schärferen Vorschriften für den zulässigen Lärm. Die Entscheidungsmacht für diese Kernaufgabe liegt bei der Bundesregierung, und von ihr müssen auch die finanziellen Mittel bereitgestellt oder, um es besser zu sagen, freigegeben werden, denn das Geld für umfangreichere Lärmschutzmaßnahmen ist, anders als hier in Bremen, grundsätzlich vorhanden. Der Großaktionär Bund lässt sich von der Bahn aber lieber Jahr für Jahr 500 Millionen Euro als Dividende auszahlen. Dieser Punkt ist im Grunde genommen ein Skandal, denn das ist eine Dividende, die auf Kosten der Gesundheit vieler Tausend Menschen in diesem Land verdient wird.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

An der Zuständigkeit des Bundes und der Bundesregierung ist deshalb unseres Erachtens auf

jeden Fall grundsätzlich und uneingeschränkt festzuhalten.

Wir sind allerdings - und so weit stimmen wir auch mit Ihnen überein - nicht der Meinung, dass Bremen in Sachen Lärmbekämpfung gar nichts machen kann oder machen sollte. Es gibt bereits ein Kapitel für Lärmschutzmaßnahmen im städtischen Haushalt. Wir werden - und das ist die erklärte Absicht dieser Regierungskoalition - diese Mittel ab dem kommenden Jahr deutlich aufstocken und ein kommunales Lärmschutzprogramm auflegen.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Ergebnis der jüngsten Diskussionen über das Problem Bahnlärm und speziell auch die Oldenburger Kurve. Dieses Ergebnis ist somit auch ein Verdienst der Bürgerinitiative gegen Bahnlärm und des Engagements des Beirats Mitte und anderer Beiräte.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Programm wird sich nicht auf eine einmalige Maßnahme zugunsten der Oldenburger Kurve beschränken. Es ist ein Programm über die Jahre hinaus. Wir wissen aber zudem, dass die Bahnlärmprobleme nicht nur in der Nähe des Hauptbahnhofs zu suchen und zu finden sind, sondern auch in anderen Stadtteilen. Wir wissen auch, das Problem des innerstädtischen Lärms beschränkt sich nicht allein auf den Bahnlärm. Deshalb wird dieses kommunale Schutzprogramm von Anfang an auch weiter angelegt. Im Rahmen dieses Programms wird dann nach der Maßgabe besonders hoher Lernbelastungen und besonderer Dringlichkeit zu prüfen und entscheiden sein, welche Maßnahmen an der Oldenburger Kurve aus Bremer Mitteln finanziert werden sollen. Mehr können wir derzeit nicht versprechen, aber auch nicht weniger. - Danke schön!

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin tief beeindruckt davon, was ein hartnäckiger Beirat so alles erreichen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Danke an den Beirat und an die umtriebigen Anwohner der Struckmannstraße und des Stephaniviertels!

Mindestens vier Dinge hat Ihr Beirat, lieber Herr Dr. Rüppel, schon längst erreicht: erstens, eine Sensibilisierung für das Thema Lärm, wie wir es in Bremen noch nicht erlebt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist bitter nötig!

In Ihrem ersten Bericht zur Abschätzung der Krankheitslast durch Umgebungslärm kommt die WHO zu der Schlussfolgerung, dass Verkehrslärm im Westen der europäischen Region zum Verlust von über einer Million gesunden Lebensjahren durch Erkrankungen, Behinderungen und vorzeitigem Tod führt. Umweltlärm steht nach Luftverschmutzung an zweiter Stelle auf der Liste der krankheitsverursachenden Umweltfaktoren. Lärmreduzierung bedeutet nachhaltige und aktive Gesundheitsvorsorge.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zweitens haben Sie substanzielle Verbesserungen für den Lärmschutz im Bereich der Oldenburger Kurve erreicht. Das genügt zwar noch nicht, aber ich bin mir sicher und gespannt, was die Bahn im Rahmen der Planfeststellung und etwaiger gerichtlicher Auseinandersetzungen noch nachbessern muss. Das Baugrubenmodell beispielsweise taumelt empfindlich.

Drittens ist erreicht worden, dass Bremen verstärkt Verantwortung für den Gesundheitsschutz seiner Bürgerinnen und Bürger wegen Lärm übernehmen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es war längst Zeit, dass auch wir Schluss machen mit dem Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bahn, Bund und Land.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir sind auch in der Pflicht, denn an den Verkehren vom JadeWeserPort ist Bremen ursächlich beteiligt. Es soll ein kommunales Lärmaktionsprogramm geben, und in den jetzt anstehenden

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Haushaltsberatungen werden wir dessen Höhe beraten, dazu gibt es schon Vorstellungen.

Klar ist auch, das hat Herr Gottschalk schon gesagt, dass es schlecht und unsinnig wäre, ein solches Programm nur einmalig aufzulegen. Das muss man über einen längeren Zeitraum planen. Das kann man auch nicht als eine lex mitior für die Oldenburger Kurve planen, niemand in der Stadt würde das verstehen. Alle, die vom Bahnlärm geplagt werden, werden ansonsten zu Recht auf uns schimpfen. Es gibt nicht nur den Bahnlärm, das wissen wir alle auch, sondern auch noch anderen Lärm, wie Fluglärm oder gewerblichen Lärm, der die Leute in ihrem Lebensgefühl beeinträchtigt. Mittel für Lärmschutz an der Oldenburger Kurve kann es dann ergänzend geben, wenn feststeht, was die Bahn noch machen muss.

Es ehrt den Beirat übrigens sehr, dass er sich in seinem Antrag auch für die Belange Findorffs einsetzt. Mit einem solchen Programm kann ebenfalls Betroffenen aus Walle geholfen werden, dann vielleicht aus Hemelingen.

Viertens hat der Beirat Werbung in eigener Sache für unser bremisches Beiratswesen betrieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das war eine frische und manchmal sogar steife Brise, die uns aber gut getan und ein bisschen getragen hat.

Wie geht es nun weiter? Es wird wahrscheinlich dazu kommen, dass dieses Stück Land irgendwann verkauft werden wird. Wir werden uns aber fachlich damit noch einmal in den Deputationen beschäftigen.

Ich finde, es war ein Akt der Wertschätzung, dass wir hier dem Beirat sagen, wir beschäftigen uns noch einmal richtig fachlich damit, auch mit den Forderungen, die der Beirat dabei hat. Sollten wir vielleicht dem ersten Punkt nicht zustimmen können, werden wir die ganzen Forderungen nach konkretem Lärmschutz sozusagen auf Vorrat aufnehmen und einmal schauen, wenn eine Menge davon abgearbeitet ist, was man im Rahmen dieses kommunalen Lärmaktionsprogramms dann noch wird umsetzen können.

Apropos Bahn: Wir müssen uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass der Schienenbonus so schnell wie möglich abgeschafft wird und wirksame lärmabhängige Trassenpreise erhoben werden, damit dieser Lärm dort gemindert wird, wo er entsteht.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann ist da noch das Thema mit den Tempobegrenzungen, die vor allem auch Lärmschutz bedeuten: Weder der Bund noch die Länder können die Bahn dazu verpflichten, das ist ein Unding!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie sehen also, das Thema Lärm - nicht nur der Bahnlärm! - wird uns noch länger als ein notwendiger Schwerpunkt in unserer politischen Arbeit begleiten. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Rüppel, ich freue mich immer ganz besonders, wenn Beiräte nach dem neuen Beirätegesetz in der Stadtbürgerschaft sprechen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Ausdruck unserer Demokratie.

Ich kann aber auf den kleinen Seitenhieb natürlich nicht verzichten, warum es eigentlich erst immer so weit kommen muss, dass die Beiräte hier sprechen! So schön das auch ist, man hätte vielleicht viel früher mit diesem Problem umgehen müssen. Umso mehr begrüßen wir aber diesen Antrag des Beirats und haben auch großes Verständnis dafür. Ich kann es sehr gut nachvollziehen, dass Bahnlärm für die Menschen vor Ort eine große Belastung ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Falschmeldung! Es wäre schön, wenn es so wäre!)

Dank der Initiativen vieler Bürger ist schon in den letzten Monaten und Jahren ein anderes Bewusstsein in unserer Gesellschaft entstanden, gerade was Straßenlärm und Bahnlärm angeht. So gab es auch schon Reaktionen, zum Beispiel hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten die richtigen Weichen gestellt. Sie hat zum Beispiel ein lärmabhängiges Trassenpreissystem beschlossen und wird den Schienenbonus abschaffen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da wissen Sie mehr als der Rest der Republik!)

Ja, vielleicht weiß ich ja mehr!

Eines ist aber auch klar, die Bahn als Unternehmen leistet immer nur so viel Lärmschutz, wie sie gesetzlich verpflichtet ist. Jede Art von Lärmschutz, der über die gesetzlichen Vorgaben hinausgeht, muss von Bremen oder von anderen aus eigener Kraft geleistet werden. Aus unserer Sicht wäre es daher sinnvoll, ein stadtteilübergreifendes Konzept zu erarbeiten und festzulegen, wo welcher Lärmschutz sinnvoll ist. Den Vorschlag der Grünen, ein kommunales Aktionsprogramm zu initiieren, halten wir für den richtigen Schritt und werden dies auch unterstützen,

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

denn nur so - das haben meine Vorredner ja auch schon gesagt - kann es eine gerechte Lösung für alle Stadtteile geben.

Wir werden der Überweisung des vorliegenden Antrags des Beirats Mitte zustimmen. Wir begrüßen es, dass wir dies in den Deputationen auch noch einmal diskutieren, denn nach wie vor - ich will es nicht noch einmal wiederholen - haben wir großes Verständnis dafür. Als Abgeordnete und als Deputierte haben wir aber natürlich dann auch immer die Verpflichtung, die ganze Stadt und das ganze Land im Blick zu haben. Wir müssen natürlich eine Ungleichbehandlung mit Stadtteilen, die ähnliche Probleme mit Bahnlärm beziehungsweise auch mit Lkw-Lärm haben, verhindern. Es muss eine Entscheidung nach den Belastungen geben und nicht nach den Wahlergebnissen.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist auch, wir sind ein notleidendes Land, und die Mittel, die wir zur Verfügung haben, können wir nur einmal ausgeben. Die Mittel, die wir an der einen Stelle ausgegeben haben, fehlen dann irgendwo an der anderen Stelle. Wir sehen aber dieses Problem und wollen es gemeinsam lösen, denn eines ist entscheidend: Wir müssen etwas für die Lebensqualität der Menschen vor Ort tun. Bevor wir aber das Geld, wie gesagt, in Einzelmaßnahmen stecken, sollten wir erst einmal schauen, wo es benötigt wird.

Herr Dr. Rüppel, Sie haben einen Satz oder ein Thema angesprochen, das ich sehr spannend fand und das wir auch alle gemeinsam leisten müssten: Der beste Lärmschutz ist der Lärmschutz an der Quelle, an der Ursache, und das ist der aktive Lärmschutz an den Waggons. Ich glau-

be, da müssen wir alle uns auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und natürlich auch auf Bundesebene für ein europaweites Umrüstungsprogramm einsetzen und aktiv stark machen.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Es gibt sehr viele Züge im Eigentum der Kommunen!)

Das mag ja möglich sein, aber anscheinend interessiert Sie das Thema nicht!

(Abg. Tschöpe [SPD]: Doch!)

Ich glaube schon - das ist auch unser Ansatz -, dass wir mit einem Anreizprogramm arbeiten können, so einer Art Abwrackprämie, dass wir aber auch mit Strafen und mit einer Veränderung wie eines verschärften Trassenpreissystems einiges schaffen können. Wenn man sich überlegt, wir haben 400 000 Güterwaggons in Europa, die man umrüsten könnte, und sich einmal die Gesamtkosten anschaut, ist es eine hohe Summe, aber sie ist, glaube ich, leistbar. Es nützt uns nichts, dass wir in Deutschland und hier in Bremen Lärmschutzmaßnahmen durchführen, und dann fährt so ein schrottreifer Waggon guer durch Europa. Das bringt nichts, und deswegen ist dies das Problem. Dafür müssen wir uns stark einsetzen. und da kann ich Ihnen die Gewissheit geben, dass wir unsere Möglichkeiten auch nutzen werden, gerade in Berlin, um dieses Thema zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Besonders gefreut hat mich die Aussage des Kollegen Saxe, der gesagt hat, wir müssen jetzt endlich aufhören mit dem Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bahn, Bund und Land. Ich glaube, dies ist ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt. Ich finde es gut, dass Sie es so gesagt haben, das kann ich nur unterstützen. Vielleicht wird das der Kollege Gottschalk auch noch verstehen, der ja in einigen Passagen eine Rede gehalten hat, die man auf einem Unterbezirksparteitag halten kann, die aber hier im Parlament, glaube ich, falsch ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)\*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Rüppel, liebe Kolleginnen und Kollegen und ehemalige Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Beiräten, ich habe jetzt keinen Honig-

-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

topf dabei, um sozusagen noch ein bisschen mehr davon zu verteilen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Den haben Herr Saxe und Herr Gottschalk auch schon aufgebraucht!)

Der Honig ist schon genug verteilt!

Ich finde es gut und richtig, dass so etwas in Bremen funktioniert, es ist sozusagen der Rechtslage geschuldet. Offensichtlich muss man sich auch gar nicht darüber aufregen, denn es wird dort, wo die Menschen wohnen und leben, immer Situationen geben, in denen sie ein tieferes Verständnis und möglicherweise auch einen höheren Leidensdruck haben, bestimmte Dinge zu verändern. Somit haben sie zumindest die Möglichkeit, sich in die Aufmerksamkeit dieses Hauses nicht zu klagen, sondern sie haben das Recht, hier zu sprechen, und das ist gut!

Wir haben jetzt zwei Ebenen: Erstens müssen wir uns noch einmal vergegenwärtigen - das, finde ich, machen wir manchmal gar nicht, wenn wir darüber reden, ich habe es zumindest getan -, was es denn eigentlich heißt, dass wir die Lärmbelastung nachts unter 60 Dezibel haben wollen. Ich habe mir überlegt, was das heißt. Ist es so, als wenn irgendwo ein Trafo summt, oder ist es so, als wenn ein Ventilator summt? Nein, es ist ungefähr so, als wenn ein Fernseher auf Zimmerlautstärke läuft, und dabei müssen die Leute schlafen. Da kann sich jeder ausrechnen, dass das nicht besonders gesund ist und nicht besonders einen erholsamen Schlaf fördert.

Zweitens haben wir eine Situation, in der klar ist, dass es statt 35 Zügen pro Nacht ungefähr doppelt so viele sein werden. Ich weiß jetzt nicht genau, wann Nacht ist, aber wenn man einmal von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr rechnet, dann sind das acht Stunden geteilt durch 77, dann fährt ungefähr alle sechs Minuten ein Zug. Da gibt es überhaupt keine Pause. Das ist quasi ein einziger Güterzug, der dann über diesen Streckenabschnitt fährt mit einem Lärm, den man nicht erträgt, wenn man auch nur halbwegs danebensteht.

Wer einmal am Bahnhof an einem normalen Personengleis gestanden und gesehen hat, wie sie dort vorbeifahren, der weiß, man kann nicht sprechen und ist geneigt, sich die Ohren zuzuhalten. Das ist eine Tatsache. Dieser Lärm tut weh und macht krank. Deswegen ist es, gelinde gesagt, nicht der richtige Weg, heute hier zu sagen, das alles wird nicht gehen, wir müssen noch einmal darüber reden, vielleicht geht noch etwas, und möglicherweise haben wir ja ein bisschen Geld für eine andere Maßnahme.

Im Übrigen wurde argumentiert, wir könnten dort keinen Lärmschutz machen, weil wir an anderer Stelle auch keinen machen können. Das ist eine Logik, die ich nun gar nicht verstehe! Ich finde, man muss dort anfangen, wo es den Leuten am meisten unter den Nägeln brennt. Jede zusätzliche Maßnahme, die man trifft und mit der man den Menschen schützt, ist eine sinnvolle Maßnahme. Wenn es so ist, dass innerhalb der nächsten zwei Wochen nicht überall Lärmschutz installiert werden kann, ist das aber doch kein Grund, heute auf Lärmschutz zu verzichten, weil man morgen noch nicht den anderen bauen kann. Diese Logik verstehe ich nicht!

Ich verstehe auch die Logik nicht zu sagen, deswegen geht es noch einmal um dieses Schwarzer-Peter-Spiel. Ich bin relativ sicher, dass die Menschen, die von diesem Lärm betroffen sind, von uns verlangen, dass dieses Schwarzer-Peter-Spiel nicht so aufgelöst wird, dass wir sagen, wir alle können nichts machen, sondern es muss so aufgelöst werden, dass dieser Lärmschutz installiert wird.

Das ist eine Situation, in der man der Bahn sagen kann, möglicherweise hätte sie ihre gesetzlichen Auflagen, aber wir sind hier in einer Situation, in der sie selbst ganz genau weiß, dass der Lärmschutz nicht ausreicht, und in der es eigentlich gar keinen Grund gibt, nicht mehr Lärmschutz zu machen. In einer solchen Situation zu sagen, die Grundstücke bekäme sie erst, wenn wir die eine oder andere freiwillige Leistung hinterstellen, finde ich in Ordnung. Das ist ein Geschäft, das gehört zum Verhandeln.

Ich denke, wenn die Bahn und der Güterverkehr auf lange Sicht akzeptiert werden wollen, dann muss die Bahn so etwas eingestehen. Ich denke, wenn wir die Grundstücke verkaufen, ohne noch einmal nachzuverhandeln, dann geben wir die Möglichkeit aus der Hand. Deswegen finde ich es zu kurz gedacht, heute zu sagen, wir überweisen den Antrag an die Wirtschaftsdeputation und schauen noch einmal. Eigentlich hätte ich von diesem Haus ein klareres Signal erwartet. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern noch etwas zu zwei Punkten sagen! Das Erste sind die Ausführungen von Ihnen, Herr Strohmann, das wird

\_

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Sie nicht wundern. Sich hier hinzustellen und diesem Haus zu erzählen, dass diese Bundesregierung beschlossen habe, den Bahnbonus abzuschaffen, grenzt an Unwahrheit.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sich hier hinzustellen und zu sagen, wir haben das trassenabhängige System aufgebracht, ohne der Wahrheit die Ehre zu geben und zu sagen, das greift einmal im Jahr 2020 folgende und jetzt gar nicht, grenzt auch an Unwahrheit.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, die Deutsche Bahn müsse sich an das Gesetz halten, ohne sich vielleicht daran erinnern zu können, dass Sie die Bundesregierung und die Mehrheit im Bundestag stellen und damit den Gesetzgeber, das grenzt auch an Unwahrheit und übersieht den wesentlichen Punkt!

### (Abg. Strohmann [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Wenn Sie jetzt in diesem Bereich begrüßen, dass etwas auf kommunaler Ebene getan wird, und dazu aufrufen, dass sich Kommunen, Länder und Bund gemeinsam dieses großen Problems annehmen, dann ist es genau das Problem, das wir befürchten müssen und angesprochen haben. Diejenigen, die wirklich in der Verantwortung stehen, die den Aufsichtsrat, die Aktionäre bei der Deutschen Bahn stellen, die die Entscheidungsmacht haben, hier gesetzliche Rahmenbedingungen zu ändern, die hier als Kritik angesprochen wurden, stehlen sich aus der Verantwortung und werfen im Grunde genommen denjenigen, die nur einen kleinen Handlungsspielraum und wenige Mittel haben, die Sachen vor die Füße und sagen, macht es doch selbst. Das kann es nicht sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das war ja nicht Ihre Idee! - Abg. Strohmann [CDU]: Machen Sie weiter! - Abg. Rupp [DIE LINKE]: Maßgeblich waren Zahlen!)

Das ist im Grunde genommen meines Erachtens ein dreistes Vorgehen, das davon ablenkt, wer hier eigentlich was machen müsste.

Der andere Punkt geht jetzt darum, was hier zu machen ist. Herr Rupp, Sie haben es mit angesprochen: Für uns ist klar, im Rahmen dieser Mittel, die wir im Rahmen dieses Programms anstreben, bereitstellen wollen, wird man sich diesen Punkt anschauen und fragen: Wo drückt es am schlimmsten? Wo sind die Belastungen am höchsten? Hier sind sehr viele Argumente zusammengetragen worden, dass dieser Ort die Oldenburger Kurve sein kann. Wenn es dieser Ort ist, dann wird sich das selbstverständlich auch anbieten. Wenn wir aber in diesem ganzen Verfahren tatsächlich feststellen sollten, dass es in Bremen noch Stellen gibt, denen es den Menschen noch weitaus schlechter geht, dann sind wir eben auch in der Verantwortung.

Nach diesem Maßstab werden wir handeln, nach dem, was wir hier in Bremen machen können. Sie können uns dafür mitnehmen, dass wir aus diesem ganzen Prozess und den Diskussionen um diesen Bahnlärm eine Menge gelernt haben, sehr sensibel geworden sind und da mit Sicherheit auch am Ball bleiben werden. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir hier heute diese Debatte führen, und es ist gut, dass der Beirat Mitte und die Bahnlärminitiativen bei diesem Thema so hartnäckig geblieben sind, damit wir heute diese Debatte in dieser Ernsthaftigkeit führen. Ich freue mich über die große Einigkeit und darüber, dass eigentlich alle Fraktionen dieses Hauses, vielleicht mit kleinen graduellen Nuancen, die Dringlichkeit dieses Themas doch erkannt haben.

Ich habe Verständnis, nicht nur für den Beirat und die Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur des Stadtteils Mitte, sondern auch für die anderen Stadtteile, die von Lärm und besonders von Bahnlärm betroffen sind. Der Lärm macht krank, Herr Saxe hat einige Zahlen genannt. Das Thema wurde auch zu lange vernachlässigt, und zwar überall in Deutschland, nicht nur hier in Bremen.

Die rechtlichen Grundlagen sind überarbeitungsbedürftig, auch das wurde gesagt. Bremen setzt sich seit Langem dafür ein, dass wir zu niedrigeren Beurteilungswerten kommen, dass die Sanierungswerte für den Lärmschutz vielfach nicht ausreichen, dass wir versuchen müssen, häufiger in den Bereich der Vorsorgewerte zu kommen, der Schienenbonus ist nicht mehr zu rechtfertigen, dass man den Bahnlärm als weniger gesundheitsschädlich ansieht als den Lärm aus anderen Quellen.

Es wurde eben auch angesprochen, dass das sogenannte Baugrubenmodell, nach dem nur eine Baustelle in ihren begrenzten Abmessungen zu betrachten ist und nicht der vermehrte Zugverkehr und dadurch der hervorgerufene Lärm, der dann auf den angrenzenden Streckenabschnitten stattfindet, auch zunehmend infrage gestellt wird. Da werden wir in der nächsten Zeit möglicherweise auch noch rechtliche Entwicklungen erleben.

Das Thema Lärm ist auch der Verkehrsminister-konferenz der Länder in der letzten Woche ein Thema gewesen. Wir haben länger über das Thema Fluglärm am Beispiel des Frankfurter Urteils bezüglich der Nachtflüge gesprochen, wir haben aber auch ausführlich über den Bahnlärm gesprochen. Das heißt, das Thema ist jetzt auch beim Bundesverkehrsministerium angekommen, und es gibt eine verbreitete Besorgnis. Viele Länder sind durch den Lärm betroffen. Mehrere Bundesländer haben die Güterbahn im Rheintal mit den gewaltigen Auswirkungen thematisiert, die der Lärm dort hat.

Bundesverkehrsminister Ramsauer hat darauf hingewiesen, dass es begrenzte Mittel im Bundesverkehrsetat gibt. Auf die Dividende der Deutschen Bahn ist dort nicht eingegangen worden, man hat nur darauf verwiesen, dass die Mittel insgesamt begrenzt sind, dass man die Prioritäten so setzen möchte, dass man vorhandene Bauvorhaben abschließen und im Moment keine neuen Bauvorhaben in Angriff nehmen möchte, um die Projekte auch wirklich zu Ende zu bringen und nicht überall angefangene Baustellen zu haben.

(Abg. Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Nachdem dann mehrere Länder die Güterbahn im Rheintal thematisiert haben, habe ich ausdrücklich auch noch einmal auf das Bremer Problem hingewiesen, dass wir hier zwei Seehäfen haben, die durch den Bremer Hauptbahnhof angebunden sind, wo wir mit den gewaltigen Zuwachsraten der Verkehrsbewegung rechnen müssen.

(Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp?

Senator Dr. Lohse: Ja!

Präsident Weber: Bitte, Herr Rupp!

Abg. Rupp (DIE LINKE): Herr Senator, ich hätte gern gewusst, wie viel Geld man in den nächsten zwei Jahren ungefähr in die Hand nehmen muss, um einen vertretbaren Lärmschutz in der Olden-

burger Kurve und auf dem Streckenabschnitt zu realisieren, unabhängig von der Frage, wer es bezahlt. Sprechen wir über 500 000 Euro, eine Million Euro, fünf Millionen Euro oder 20 Millionen Euro? Können Sie eine Größenordnung nennen, damit man ungefähr weiß, um wie viel es geht?

**Senator Dr. Lohse:** Ich komme gleich zu Ihrem Punkt! Ich möchte kurz von der Verkehrsministerkonferenz zu Ende berichten, und dann werde ich hierauf noch einmal eingehen.

Ich habe auch aus Bremer Sicht ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir Verständnis dafür haben, wenn man begonnene Projekte aus Sicht des Bundesverkehrsministeriums abschließen will, dass aber eines der ersten Projekte, die wir dann in Angriff nehmen müssen, wenn Gelder für neue Projekte zur Verfügung stehen, die Güterbahnumgehung für Bremen sein muss und wir hier kurzfristig auch Lärmschutzmaßnahmen brauchen.

Wir sind in der Debatte in den letzten Wochen und Monaten ein ganzes Stück vorangekommen. Ich glaube, das ist wirklich auch ein Verdienst des Beirats Mitte und der Bahnlärminitiativen. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wir im Senat geschlossen dieses Thema auch zu unserer Angelegenheit machen. Mein Ressort hat gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort Gespräche und Verhandlungen mit der Bahn geführt.

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage, Herr Rupp! Wir haben auch noch einmal gutachterlich ermitteln lassen, konkret im Bereich der Oldenburger Kurve, in welcher Größenordnung wir liegen würden, wenn wir das machen, was möglich und denkbar ist, von der Entdröhnung Brücken, über die Dämpfung der Bahnschwellen, von Gleisschmierung und verschiedene Dinge, die man dort machen kann. Ich sage einmal so, wir liegen, wenn man alles macht, was man sich dort wünschen würde, im unteren einstelligen Millionenbereich. Genauer möchte ich das jetzt nicht spezifizieren, weil es dann davon abhängt, was man genau macht.

Ich glaube, der Weg, den wir jetzt beschritten haben, ist richtig - nämlich dass wir mit der Bahn verhandeln, sodass sie freiwillig mehr macht, weil sie ein Interesse an der Realisierung dieser Maßnahmen hat. Dass das möglich ist, zeigt das Beispiel aus Baden-Württemberg. Dort hat man erreicht, dass ein Teil der Rheintal-Güterbahn jetzt in einem Trog tiefergelegt und dadurch die Schallausbreitung deutlich reduziert wird. Das ist allerdings nur dadurch möglich gewesen, dass das Land Baden-Württemberg hier auch, und zwar im dreistelligen Millionenbereich, eigene Mittel dazugibt. Man teilt sich dort die Kosten zur

Hälfte. Ich glaube, das ist der Weg, den wir hier in Bremen weiter beschreiten müssen, und dafür müssen wir als Senat auch gemeinsam mit der Bahn diese Verhandlungen führen.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig ist es deshalb, wenn wir eigene Haushaltsmittel generieren - ich bin den Fraktionen dieses Hauses und der heutigen Debatte sehr dankbar, dass sie jetzt Überlegungen in diese Richtung anstellen -, um diese dann auch in Verhandlungen mit der Bahn einbringen zu können, aber auch immer zu zeigen, dass wir die Reichweite dieser Mittel, so weit es geht, erhöhen wollen. Bremen allein wird es sich nicht leisten können, all den Lärmschutz, der wünschenswert ist, und wir sprechen ja nicht nur über die Oldenburger Kurve, sondern auch über andere Stadtteile - -. Es ist auch richtig, dass wir auch in anderen Stadtteilen schauen, wo es Lärmbetroffenheit gibt, und einen Plan erarbeiten, sodass wir das nach Dringlichkeit und Betroffenheit abarbeiten.

### (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Richtig ist es deswegen auch, sich ein solches Programm über mehrere Jahre vorzunehmen, damit wir tatsächlich über mehrere Jahre in Hemelingen, Walle, Gröpelingen, Findorff, Mitte und all den Stadtteilen, die es betrifft, in denen viele Menschen leben und beeinträchtigt sind, vorankommen.

Die Verhandlungen mit der Bahn werden nicht einfach werden, sie sind nicht einfach. Die Bahn fährt immer die Strategie: Wehret den Anfängen, Begehrlichkeiten an der einen Stelle können auch Begehrlichkeiten an einer anderen Stelle zur Folge haben. Die Bahn kommt aber auch aus dieser Diskussion nicht mehr heraus, und deswegen ist es auch richtig, dass wir uns hier weiter darum kümmern. Wir brauchen dafür die Unterstützung der Bürgerschaft, und wir brauchen auch die Unterstützung der beiden Deputationen für Wirtschaft und für Umwelt, Bau und Verkehr. Dafür, dass das hier zum Ausdruck gebracht wird, bin ich dankbar!

Für den Grundstücksverkauf, der heute ja Gegenstand des eigentlichen Antrags ist, ist mein Haus nicht zuständig, sondern der Sondervermögensausschuss. Sie haben gehört, was dort an Entscheidungen zu erwarten ist. Mein Ressort wird aber die Verhandlungen und die wissenschaftlichen Untersuchungen, was man an Lärmschutz machen kann, weiter begleiten und dann auch die Verhandlungen mit der Bahn führen.

Einen Hinweis möchte ich zum Schluss aber noch geben, weil eine Gruppe von Akteuren, die auch sofort handeln kann, heute überhaupt noch nicht angesprochen worden ist. Herr Dr. Rüppel hat zu Recht darauf hingewiesen, es geht auch leiser. Mir selbst ist das deutlich geworden, als ich nach dem Ende der Verkehrsministerkonferenz im Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe stand. Es fuhr zuerst ein Güterzug aus den Fünfzigerjahren, die Waggons waren leer. Er polterte so ohrenbetäubend, dass einem die Ohren wirklich geschmerzt haben. Kurz danach kam ein nagelneuer, schön farbig gestrichener Kesselwagenzug, den man kaum gehört hat.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Das liegt an der Farbe!) Er war so leise, den hat man kaum gehört!

Wenn ich hier in Bremen mit den betroffenen Anwohnern spreche, dann gibt es verschiedene Leute, die mir sagen, der Fuhrpark der BLG ist eigentlich vorbildlich. Eine Frage ist hier heute noch nicht gestellt worden: Warum eigentlich nur der Fuhrpark der BLG?

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier kann die Bremer Hafen- und die Bremer Logistikwirtschaft sofort tätig werden. Ich glaube, es stünde auch den Fraktionen dieses Hauses bei der Einigkeit und den Kontakten, die wir zur Handelskammer, zu Wirtschaftsunternehmen und dergleichen haben, gut an, wenn wir mit vereinten Kräften auf diese Akteure zugehen und ihnen sagen: Warum fangen Sie nicht morgen an, ein Stufenprogramm zu machen, bevor die lärmabhängigen Trassengebühren eingeführt werden? Machen Sie doch ein Stufenprogramm, dass Sie jedes Jahr fünf Prozent von Ihren Zulieferern und Transporteuren verlangen, dass auf saubere Fuhrparks umgerüstet wird. Ich bin sicher, wir kommen auch mit der Lärmvermeidung an der Quelle auf diesem Weg viel schneller voran, als wenn wir nur auf den Bund warten. Wir haben gehört, wie lange es dort mit den Dingen dauert, die bisher begonnen oder auch leider noch nicht begonnen worden sind. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, federführend, und für Umwelt, Bau und Verkehr beantragt worden.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung -Ortsgesetz zum Verbot von Rauchen, Alkoholund Betäubungsmittelkonsum auf bremischen Spielplätzen Antrag der Fraktion der CDU

vom 13. März 2012 (Drucksache 18/106 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Herr Möhle sich doch noch hätte überzeugen lassen, wäre ich auch nicht dagegen, wenn er die erste Rede hält, aber ich glaube, dass das nach dem, was ich gehört habe, nicht der Fall sein wird.

Heute legt Ihnen die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf zum Verbot von Rauchen, Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum auf bremischen Spielplätzen vor. Warum macht sie das? Auf den ersten Blick ist doch vermeintlich der Konsum von Zigaretten, Alkohol und Drogen wie auch das Wegwerfen aller dazu benötigten Utensilien vermeintlich geregelt. Leider zeigt der Blick in die derzeitigen Gesetze doch noch Regelungslücken an der einen oder anderen Stelle auf. Ich werde Ihnen aus unserer Sicht die Fehler und teilweise auch die Widersinnigkeiten der bisherigen Bremer

 $^{*)}$  Von der Rednerin nicht überprüft.

Regelungen anhand einiger Beispiele vor Augen führen.

Wenn es denn bisher für das Wegwerfen von Glas und Zigarettenkippen Regelungen gibt, dann gelten sie für den öffentlichen Raum. Mit unserem Antrag nehmen wir bewusst die Veränderungen auf, die es in Bremen gegeben hat. Heute sind Spielplätze von Kindergärten und Schulen sogenannte teilöffentliche Plätze, um in den Genuss zu kommen, über Globalmittel wie WiN, Wohnliche Stadt, und anderes Zuschüsse erhalten zu können. Für sie gelten diese bisherigen Gesetze nicht.

Außerdem ist in Bremen bisher im allgemeinen Ortsgesetz nur das Konsumieren von Drogen in der Öffentlichkeit verboten, das Wegwerfen von Spritzen aber nicht. Man könnte das mit viel Elan vielleicht noch unter allgemeinen Hausmüll fassen, aber, ehrlich gesagt, so ganz lässt sich das an der Stelle nicht herleiten. Die einzige Regelung in der Kommune Bremen zu Spielplätzen bezieht sich auf Hundekot und ist im Bußgeldkatalog geregelt.

Können Sie mir außerdem erklären, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, aus welchen Gründen das Wegwerfen von Bananenschalen ein Verwarnungsgeld in Höhe von 25 Euro kostet, das Wegwerfen von Zigarettenkippen, das anerkanntermaßen bei Kleinkindern schwere Vergiftungszustände auslösen kann, und über Jahre toxische Stoffe an die Umwelt abgibt, weil die Filter nicht verrotten, dagegen nur 20 Euro kostet? Das ist für mich weder aus gesundheitspolitischen noch aus umweltpolitischen Gründen in irgendeiner Form nachvollziehbar

### (Beifall bei der CDU)

Ich glaube übrigens auch, dass sich durch den Verzehr einer Bananenschale noch kein Kleinkind schwer vergiftet hat, aber allein im Jahr 2008 führt der Giftnotruf Berlin 921 Vergiftungen durch Zigarettenkippen auf.

Selbst Bremerhaven, unsere Schwesterstadt, die ja anerkanntermaßen zu unserem Land gehört, macht es besser und hat in Paragraf 12 des Ortsgesetzes explizit verboten, auf Sport- oder Spielplätzen zu Bruch gegangenes Glas, ausgetretene Zigaretten oder ähnliches, die Kinder gefährdendes Material liegen zu lassen.

In Bremen ist das Rauchen auf Spielplätzen nach dem Nichtraucherschutzgesetz, worauf man vielleicht kommen könnte, auch nicht verboten, nein, es ist erlaubt. Wir brauchen daher ein einheitliches Gesetz, das umfassend alles regelt: für Kinderspielplätze, ob öffentlich oder teilöffentlich, einzelne Spielgeräte, das nähere Umfeld von Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen, Multifunktionsflächen et cetera. Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Ländern und den Kommunen. Dabei sind die weggeworfenen Zigarettenkippen übrigens das größte Problem auf den Spielplätzen, denn Tabak ist nach Medikamenten die häufigste Ursache für Vergiftungen von Kindern unter fünf Jahren, also ein nicht zu verharmlosendes Problem.

Das Deutsche Kinderhilfswerk und viele Ortsverbände des Deutschen Kinderschutzbundes fordern zu Recht ein Rauchverbot auf Spielplätzen. Nicht nur Bremerhaven ist weiter als wir hier in Bremen, in Bayern, Brandenburg und im Saarland gibt es landesweite Rauchverbote auf Spielplätzen. In verschiedenen Kommunen gibt es zudem kommunale Rauchverbote, die besonders effektiv sind - beispielsweise in Heidelberg, Bottrop, Köln, Magdeburg, Wolfsburg - "oder sie verbieten wenigstens das Wegwerfen, beispielsweise in Bremerhaven.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat im Oktober 2009 und im April 2010 in einer Studie verschiedene Regelungen zum Rauchen auf Spielplätzen untersucht, die Sprecher werden das von mir gleich auch noch bekommen. Das Ergebnis der untersuchten Spielplätze war erschütternd: In Heidelberg, mit kommunalem Rauchverbot, hatten wir mit Abstand die besten Werte mit durchschnittlich 16 Kippen auf den Spielplätzen im April, also in der sogenannten Freisaison. In Mannheim, ohne Rauchverbot, waren es durchschnittlich 114 Kippen auf den untersuchten Spielplätzen. Wenn man weiß, dass die Kippen teilweise aufgrund der Bodenbeschaffenheit jahrelang brauchen, bis die Filter tatsächlich verrotten, dann wissen Sie, wie groß das Problem tatsächlich ist. Jede Kippe bleibt dort liegen, und es werden immer mehr, weil sich im Laufe der Freisaison das Ganze summiert.

Gern werden dann immer die Argumente bemüht, wer das denn kontrollieren soll und dass sich ja doch nichts ändern wird. Die Studie hat eindrucksvoll bewiesen, dass dort, wo es Verbote gab und auch Rauchverbotsschilder auf den Spielplätzen aufgestellt worden waren, die Kippenbelastung massiv zurückging. Rauchverbote mit kluger Öffentlichkeitskampagne und Rauchverbotsschildern auf Spielplätzen schützen also aktiv Kinder. Das sage nicht nur ich, das sagt auch das Deutsche Krebsforschungszentrum nach der wissenschaftlichen Studie.

Übrigens fällt es Eltern auch viel leichter, andere auf dem Spielplatz anzusprechen, wenn man auf

das Schild verweisen und sagen kann: Machen Sie bitte Ihre Zigarette aus, und nehmen Sie die Kippe gleich mit!

Zigarettenkippen können auch nicht einfach so aufgesammelt werden, sondern müssen aus Sandkästen herausgeharkt werden. Der Sand muss regelmäßig ausgetauscht werden, in einigen Städten macht man es dreimal im Jahr. Das heißt, der tatsächliche Aufwand, den Stadtgrün Bremen und auch andere für die Pflege der Spielplätze haben vom Senat bezahlt bekommen, würde sinken, wenn man tatsächlich ein solches Rauchverbot hätte. Deswegen tut das auch einem Haushaltsnotlageland gut.

Springen Sie also über Ihren Schatten, stimmen Sie unserem Gesetzesantrag für eine einheitliche und umfassende Lösung auf Bremer Spielplätzen zu! Helfen Sie, unsere Bremer Kinder aktiv effektiv zu schützen!

An die Grünen gerichtet: Nehmen Sie sich doch bitte ein Beispiel an Ihren bayerischen Kollegen! Sie haben am 14. November 2011 den Antrag auf Verbotsschilder für das Rauchverbot auf bayerischen Spielplätzen gestellt. Sie sehen, das ist ein Thema, das derzeit übrigens auch bundesweit in jüngster Zeit behandelt worden ist, und dort stehen die Zeichen auf Verbot. Das Thema ist also mitnichten endgültig in Bremen geregelt. Deswegen unser Appell: Packen wir es gemeinsam zum Wohle unserer Kinder an, denn das ist auch aktiver Kinderschutz! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das mit dem über den Schatten springen ist so eine Sache! Ich würde es sogar in Erwägung ziehen, wenn es wirklich ein ordnungspolitisches Problem wäre. Das ist es aber nicht!

Wir haben tatsächlich Gesetze - das ahnen Sie wohl auch, deswegen zitieren Sie sie schon in Ansätzen -, die alles das, was Sie fordern, in unseren ordnungsrechtlichen Maßnahmen verbieten. Das Wegwerfen von Kippen wird beispielsweise mit einem Bußgeld von 20 Euro belegt. Das gilt natürlich auch auf Kinderspielplätzen.

Ich finde es richtig, darüber nachzudenken, wie man die Situation auf Kinderspielplätzen verbes-

\_

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

sern kann. Ich weiß auch, und das wissen auch die Kollegen von den Grünen, dass Kippen insbesondere für Kleinkinder ein hohes Gefährdungspotenzial beinhalten, das ist überhaupt gar keine Frage. Wir wollen auch nicht, dass Spritzen, Glasscherben oder ähnlicher Unrat, der Gefährdungspotenzial für Kinder beinhaltet, auf Kinderspielplätzen herumliegt. Die Frage ist nur, wie man das in den Griff bekommt.

Man muss sich vor allen auch einmal der Frage annähern, wer eigentlich die Kippen auf Spielplätzen hinterlässt. In der Regel sind das, glaube ich jedenfalls, nicht überwiegend die Eltern. Da mag es auch welche geben, aber das ist, glaube ich, eine viel kleinere Zahl. Die Frage ist doch eher, was die Jugendlichen abends auf Spielplätzen machen, die dort ihre kleinen "Partys" feiern. Vielleicht wäre es ja sinnvoll und schlau, darüber nachzudenken, dass es für diese Jugendlichen tatsächlich sinnvoll wäre, alternative Plätze zu schaffen, anstatt zu tolerieren, dass das auf Kinderspielplätzen passiert.

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das finde ich auch nicht in Ordnung, und das würde ich auch gern verändern.

Ich habe schon öffentlich gesagt, dass Ihr Anliegen pädagogisch wertlos ist, und das halte ich nach wie vor aufrecht, ich glaube nämlich, dass wir tatsächlich eine Überzeugungsarbeit gegenüber Eltern leisten müssen, auch von Eltern, die rauchen. Ich will auch einmal deutlich sagen, es gibt Eltern, die in ihrem Auto eine Zigarette nach der anderen rauchen und wo die Kinder auf dem Rücksitz sitzen. Ich bin mir manchmal nicht ganz sicher, ob es nicht schlauer wäre, wenn die Eltern, wenn sie denn rauchen, zumindest mit ihren Kindern draußen wären. Das gilt übrigens auch für Wohnungen. Dort gibt es aber, glaube ich, einen großen Beratungsbedarf, dass man den Eltern, die nicht in der Lage sind, verantwortungsbewusst mit ihren Kindern oder Kleinkindern umzugehen, hilft, es besser zu machen. Das machen Sie aber nicht ordnungspolitisch, davon bin ich fest überzeugt.

Ich möchte hier jetzt nicht alle Gesetze vorlesen, die ich hier vorliegen habe und im Grunde genommen das alles schon ordnungspolitisch beinhalten, was Sie fordern. Wir werden darüber nachdenken, wie man ein Konzept entwickeln kann, das Kinderspielplätze sauberer hält - das finde ich richtig -, aber, wie gesagt, wir würden es gern pädagogisch wertvoll machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen diesen Antrag der CDU ab, weil er wieder den üblichen Law-and-Order-Ansatz hat. Gerade im Bereich der Drogenpolitik bringen Verbote aber nichts, sondern es müssen sozialpädagogische Angebote geschaffen und ausgeweitet werden, wie mein Kollege Herr Möhle auch soeben erwähnt hat.

Der Antrag der CDU zielt auf drei Personengruppen ab: erstens, auf rauchende und trinkende Eltern, zweitens, auf Jugendliche, die sich abends und nachts auf Spielplätzen aufhalten, und drittens, auf Konsumenten und Dealer harter Drogen. Eltern rauchen meistens im großen Abstand zu den Kindern. Ihnen das Rauchen ganz zu verbieten würde ihre Aufsichtsmöglichkeit einschränken. Stattdessen sollten lieber ausreichend Aschenbecher bereitgestellt werden.

### (Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Das ist auch eine Lösung!)

Jugendliche, die sich abends und nachts auf Spielplätzen treffen, werden dies auch trotz eines bestehenden Verbots tun. Soll die von Personalmangel geplagte Polizei jetzt auch noch nachts die 170 Spielplätze in Bremen kontrollieren, Frau Ahrens? Die GdP wird sich bedanken! Stattdessen sollten lieber die Freizeitheime besser ausgestattet werden, und es sollte mehr Freizeitangebote für die Jugendkultur, wie eine Skateranlage, legale Graffitiflächen und so weiter, geben. Die CDU zielt immer nur darauf ab, sich die Unliebsamen vom Hals zu schaffen. Das zeugt weder von Toleranz noch von einem Problemverständnis.

Was harte Drogen angeht, finden wir Spritzen auf Spielplätzen auch nicht schön, aber auch sie werden durch ein Verbot nicht effektiv verhindert. In ihrem Antrag stuft die CDU unter anderem den Handel mit Betäubungsmitteln als Ordnungswidrigkeit ein, nach dem Betäubungsmittelgesetz ist das eine Straftat. Vielleicht setzt die CDU ja doch auf Entkriminalisierung.

Bedauerlicherweise bricht Bundesrecht das Landesrecht, sodass wir trotzdem nicht zustimmen werden. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schlenker.

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frei nach Günter Grass ist die Tinte auf dem Antrag der CDU sehr trocken geworden. Der Antrag zum Gesetz zum Verbot von Rauchen, Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum auf Bremer Spielplätzen wirkt doch sehr altbacken und ordnungsliebend, und gelegentlich ist er auch sachlich falsch. Der Hinweis auf Videoüberwachung auf Spielplätzen fehlt mir vielleicht sogar noch ein bisschen. Wie Sie von unserer großen Koalitionsschwester eben gehört haben, scheinen alle Gesetze, die Sie neu gefordert haben, schon vorhanden zu sein.

Natürlich gehören Kippen, Kot, Glas, Kanülen und Koks nicht auf Kinderspielplätze.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Kippen sind hochgiftig. Die Filter bestehen aus Cellulosetriacetat, das sehr schwer abbaubar ist, und sie enthalten zu 50 Prozent Inhalate, davon die wichtigsten Benzpyrene, das sind krebserregende Substanzen, und Schwermetalle. Die andere Hälfte findet sich in des Rauchers Lunge. Da ist mein Appell im Interesse der armen Kinder, die das essen, und auch der Menschen, die rauchen: Das sollte man also durch ein Rauchverbot, so, wie Sie es auch gefordert haben und wie wir das eventuell in Gang setzen werden, für beide Seiten verbessern. Um einen Schaden von Kindern und Rauchern fernzuhalten, wäre es sinnvoll, so etwas zu verbieten. 85 Prozent aller Menschen in Deutschland, die dazu befragt wurden, sagen Nein zu Rauchen auf Kinderspielplätzen.

Das Problem mit dem Kot beispielsweise ist auch ein sehr unerfreuliches Problem, es lässt sich aber von frei laufenden Tieren nicht verhindern. Kot ist nicht ganz ungefährlich, und das ist hier gar nicht angesprochen worden. Kot kann auch sehr gesundheitsschädlich sein, und auch deswegen muss der Sand zum Beispiel immer wieder einmal auf Kinderspielplätzen ausgetauscht werden. Frei laufende Tiere werden sich aber an unsere Schranken und großen Schilder nicht halten.

Was Glas und Kanülen betrifft: Sie haben ein hohes Verletzungspotenzial und gehören ebenfalls nicht auf die Spielplätze. Wer sich über böse Jugendliche beschwert, die auf Kinderspielplätzen Glas zerschlagen, der sollte sich einmal - Herr Möhle hat das eben auch schon gesagt - Gedanken darüber machen, dass wir auch Plätze für Jugendliche schaffen sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Kinderspielplätze gibt es, für Jugendliche gibt es direkt daneben gar keine Chance, sich abends niederzulassen. Vielleicht ist das auch einer der Gründe, weshalb Kinderspielplätze häufig abends von Jugendlichen besetzt werden.

Übrigens ist Drogenhandel eine Straftat, und diese Straftat hat die CDU in ihrem Antrag zu einer Ordnungswidrigkeit gemacht. Das ist einer der deutlichen Fehler in diesem Antrag.

Das Fazit ist, wir können alles verbieten, aber wir müssen über die Durchsetzungsmöglichkeiten reden. Hier können pfiffige Ideen, die andere Städte gehabt haben, unter anderem helfen, zum Beispiel, wenn man große Schilder aufstellt: "Dieser Spielplatz ist rauchfrei. "Seien Sie Vorbild, Kinder haben ein Recht auf gesunde Spielräume". Auch Patenschaften von Anwohnern oder von Nutzern scheinen sinnvoll zu sein. Menschen, die dort mit ihren Kindern täglich sind, haben auch einen Überblick darüber, wer möglicherweise abends dort verkehrt. Es ist auch bundesweit durch Untersuchungen bestätigt, dass Menschen, die vor Ort leben und ihre Kinder dort spielen lassen. sinnvollerweise Patenschaften auf Kinderspielplätzen übernehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gesetze sind vorhanden, daher lehnen wir Ihren Antrag ab. - Danke sehr!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin doch ein bisschen vom Verlauf der Debatte enttäuscht, nicht, weil Sie das Ganze ablehnen, sondern weil ich die Begründung so hanebüchen und bei einzelnen Redebeiträgen teilweise an den Haaren herbei gezogen finde. Das spottet schon fast jeglicher Beschreibung!

(Beifall bei der CDU)

Um es ganz deutlich zu sagen: Selbstverständlich brauchen wir für Jugendliche alternative Plätze. Deswegen haben wir uns immer für das Anpas-

-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

sungskonzept eingesetzt, das, was Sie selbst in den Vorlagen der Sozialdeputation - da konnten wir es schon lesen - im Vorgriff auf den Haushaltsentwurf kürzen wollen. Das ist nämlich genau das, wo Sie für Jugendliche in Zukunft weniger Geld ausgeben wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün!

(Beifall bei der CDU)

Das gehört dann auch einmal zur Wahrheit!

(Abg. Frau Aytas [SPD]: Wo steht das?)

Das steht in der Deputationsvorlage, die ich gern morgen mitbringen kann! Das haben Sie schriftlich gemacht. Ein genauer Betrag steht nicht darin, aber es steht deutlich darin, es wird gekürzt, weil man mit dem Geld nicht auskommt.

Man muss hier dann auch einmal deutlich sagen, wir als CDU-Fraktion haben uns - jedenfalls solange ich das Sprecheramt innehabe, und das wird mir hier auch niemand vor Ort absprechen können, ansonsten bitte ich da um Nachweise - immer für Kinder und Jugendliche eingesetzt.

Hieraus einfach eine Law-and-Order-Debatte zu machen, ist auch ein bisschen zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren, denn hier geht es darum, eine einheitliche Regelung zu schaffen und die Regelungslücken, die es gibt - -. Herr Dr. Schlenker war der Einzige, der zum Beispiel zum Thema Rauchverbot deutlich gesagt hat, ja, da gibt es eine Regelungslücke. Wenn man sich aber den Ordnungswidrigkeitenkatalog ansieht, dann stellt man fest, dass für das Wegwerfen von Spritzen, die man nach dem Betäubungsmittelkonsum nun einmal als Abfall hat, kein entsprechendes Bußgeld festgelegt ist.

Es ist auch nicht so - das muss ich auch einmal sagen, weil Sie sich anscheinend mit dem Thema nicht umfassend beschäftigt haben -, dass uns nicht klar ist, dass das Betäubungsmittelgesetz als Bundesgesetz und damit als höherrangiges Recht gilt. Wir haben uns aber auf Paragraf 2 des derzeit aültigen Bremer Ortsgesetzes bezogen. Darin steht unter "Betäubungsmittelkonsum auf öffentlichen Flächen", ich zitiere: "Das Lagern sowie das dauerhafte Verweilen von Personen auf öffentlichen Flächen in einer für Dritte beeinträchtigenden Art zum Zwecke des Konsums von Betäubungsmitteln nach dem Betäubungsmittelgesetz ist untersagt." Darin steht nicht, das Wegwerfen von Spritzen ist untersagt, sondern nur das Konsumieren.

Wenn man sich dann an der Stelle ansieht -

(Abg. Tschöpe [SPD]: Das geht ja nicht anders! Das eine und das andere!)

lassen Sie mich doch bitte aussprechen, ansonsten können Sie auch nach vorn kommen! -, dass wir dies in Paragraf 1 Nummer 3 aufgegriffen haben, dann haben wir die Punkte, die das Betäubungsmittelgesetz des Bundes aufnimmt, nämlich Lagern, Handeln und Konsum von Betäubungsmitteln aufgenommen, aber eben auch das Liegenlassen von Spritzen et cetera. Das ist nämlich bisher weder im Bremer Ortsgesetz noch im Bundesgesetz geregelt. Auch da besteht eine Regelungslücke.

Ich weiß, das hört sich jetzt hier vielleicht ein bisschen kleinteilig an, aber mir geht es genauso darum - das unterstelle ich Ihnen auch, und Herr Dr. Schlenker hat das hier sehr deutlich gesagt -, dass Spielplätze in Bremen sauberer werden. Das erreicht man über Öffentlichkeitskampagnen, über Maßnahmen, die von Ihnen und von uns teilweise angesprochen wurden, das erreicht man, indem man tatsächlich dann entsprechende Schilder aufstellt. Die Studie hat ganz klar erwiesen, wo Schilder stehen, die auf Verbote hinweisen, gehen die Probleme zurück. Das erreicht man auch durch Kontrolle und gegebenenfalls auch, wenn es notwendig ist, durch eine häufigere Pflege der Spielplätze. Das kann über den Quartier-Service erfolgen, das habe ich ebenfalls schon angeregt.

Wir haben beispielsweise am Schwarzen Weg in Gröpelingen ein sehr großes Problem. Das Erste, was ich dort auf dem Spielplatz vorfand, war ein abgebrochener Flaschenhals, den übrigens nicht Jugendliche, sondern andere dort nachts hinterlassen haben. Da gibt es regelmäßig Anzeigen von Anwohnern, und die Polizei ist mehr oder weniger machtlos, denn bis sie dort angekommen ist, sind die Personen wieder verschwunden und die Hinterlassenschaften noch dort. Wir sind uns, glaube ich, einig darüber, dass die Polizei nicht dafür zuständig ist, hinterher den Räumservice zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns Gedanken machen. Dies hier ist ein Angebot, wie man das Ganze machen kann. Das ist nicht das alleinige Heilmittel, das muss natürlich in eine vernünftige Konzeption eingebunden werden, aber das fasst wenigstens einmal alles das zusammen, was es derzeit schon gibt, ergänzt um das, was es derzeit noch nicht gibt. Insofern bitte ich darum, dass man das Thema hier ernsthaft diskutiert und ich mir nicht Dinge anhören muss, wie sie eben gerade von der LINKEN gekommen sind, denn das fand ich schwer erträglich! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU - Abg. Kastendiek [CDU]: Gleich nach der Debatte eine Zigarette rauchen!)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ahrens, ich spreche Ihnen nicht ab und will Ihnen gar nicht Ihr Engagement und Ihren Einsatz dafür absprechen, dass es den Kindern in dieser Stadt besser geht, das ist nicht Ziel meines Einwands gewesen. Wenn Sie aber sagen, es gäbe Regelungslücken im Gesetz, dann finde ich die so bescheiden wie nur irgendetwas, weil es sie aus meiner Sicht nicht eben gibt. Deswegen ist die Frage, wie man sich diesem Problem zuwendet.

Sie wenden sich dem Problem zu, indem Sie sagen, Sie machen ein Gesetz. Ich sage Ihnen, damit werden Sie so gut wie gar nichts erreichen, denn die Gesetze, um das zu verhindern, was Sie gern hätten, haben wir zur Genüge. Das Problem ist, dass sich die Menschen in der Regel nicht immer an alle Gesetze halten. Das ist bekannt.

(Abg. Hinners [CDU]: Welchen Vorschlag machen Sie denn?)

Ich habe das schon eingangs gesagt: Erstens, ich möchte, dass man schaut, dass man für jugendliche Nutzer andere Plätze schafft, wo sie sozusagen ihre "Partys" feiern können.

(Abg. Hinners [CDU]: Das ist ein Vollzugsdefizit!)

Zweitens, ich glaube, dass wir tatsächlich- und das macht übrigens die Familienhilfe auch weitestgehend - weiterhin ganz energisch mit Eltern arbeiten müssen, ihnen beizubringen, zu erklären und zu helfen, mit Kindern verantwortungsvoll und verantwortungsbewusst umzugehen. Das ist ein großer Mangel, und wenn man sich die Stadtteile in Bremen ansieht, dann kann man auch sagen, wo man mehr tun muss und wo man vielleicht nicht ganz so viel machen muss. Ich will das nicht vertiefen, aber da gibt es eine große Aufgabe, und ich sage Ihnen, das Sozialressort arbeitet hartnäckig an dieser Frage der Familienhilfe.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Es wird abgelehnt, weil es ein Antrag von der CDU ist!)

Dazu gehört es auch, Eltern beizubringen, dass Kinder nicht in der Wohnung sitzen, in der geraucht wird. Um das einmal zu sagen: In geschlossenen Räumen halte ich Rauchen für deutlich gefährlicher als auf dem Kinderspielplatz. Das heißt aber überhaupt nicht, dass ich es gut finde, wenn auf dem Kinderspielplatz geraucht wird, da will ich nicht falsch verstanden werden.

Ich glaube, die Frage, ob eine Spritze auf einem Kinderspielplatz liegt, ist eine Folge des Konsums auf dem Kinderspielplatz. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Junkie seine Spritzen zu Hause sammelt, sich Gedanken über die Entsorgung macht und sich dann nachts auf den Kinderspielplatz begibt und sie dort hinwirft. Es geht also um den Konsum auf dem Kinderspielplatz, und der ist ganz deutlich verboten, wie alle diese Fragen sowieso durch das Betäubungsmittelgesetz abdeckt sind.

Ich sage noch einmal, ich würde mir wünschen, dass wir nach einer pädagogisch wertvollen Alternative suchen, anstatt zu glauben, dass wir das ordnungspolitisch in den Griff bekommen. Im Übrigen kann in dem Sinne - nach meiner Sichtweise pädagogisch wertvoll - auch ein Schild nicht schaden, das darauf hinweist, dass Rauchen anderer für Kinder schädlich ist. Das kann man sich übrigens an anderer Stelle in dieser Stadt auch überlegen. Ich glaube nur, um das abschließend zu sagen, dass man nicht unsinnige Gesetze beschließen muss, die es schon gibt, sondern dass man schauen muss, wie man es besser umsetzen kann, damit wir im Ergebnis bessere, saubere Spielplätze haben. Da sind wir dann ganz auf Ihrer Seite. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht darf ich zu diesem Thema doch noch eine kleine Brücke bauen! Es ist in der Tat so, dass fast alles verboten ist, was hier erwähnt wurde. Es ist gerade gesagt worden, wir haben ein Betäubungsmittelgesetz, das klar und deutlich sagt, dass der Handel verboten ist. Wir haben bremische Regeln im Ortsgesetz, die uns klar und deutlich sagen, dass das Niederlassen zum Zweck des Konsums in der Stadt verboten ist. Das gilt natürlich auch für die Kinderspielplätze. Wenn es jemand dennoch macht und seine Utensilien, wie Spritzen, im Sand verbuddelt, dann ist das auch verboten,

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Die verbuddeln die Kippen!)

es fällt unter Paragraf 27 Absatz 1 Satz 1 Abfallgesetz. Es ist in der Tat richtig, dass es nicht im Ortsgesetz geregelt ist, sondern im Abfallgesetz.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Ich glaube, wir haben ausreichend Rechtsgrundlagen, um die Dinge anzugehen. Allenfalls im Bereich des Nichtraucherschutzes würde ich sagen, das ist korrekt. Wir haben keine spezielle Regelung im Nichtrauchergesetz zu der Frage, wie man damit auf Kinderspielplätzen umgeht. Ich bin aber nicht davon überzeugt, dass das größte Problem der Stadt ist.

Ich räume aber ein, wir haben ein Vollzugsdefizit. Ich war in der letzten Woche in der Vahr und habe dort einmal erlebt, wie man dieses Problem auch positiv wenden und angehen kann. Ich habe mich darüber gewundert, dass so viele Spielplätze in einem so fantastischen Zustand sind. Mir wurde dort gesagt, dass es dafür eine ganz einfache Antwort gibt: Wir haben hier seit Jahren eine Initiative, Maulwürfe genannt, die jeden Tag von morgens bis abends in dieser Stadt unterwegs ist, die regelmäßig alle Spielplätze aufsucht und dafür sorgt, dass dort kein Müll liegen bleibt;

(Beifall bei der SPD)

ein Projekt, das von zahlreichen Trägern finanziert wird. Ich vermute auch, dass die GEWOBA, der Beirat und andere dabei sind. Das ist eine Antwort darauf.

Bei den Schulspielplätzen habe ich gesehen, was man aus dem früheren Schulhof der Otto-Braun-Straße - der Schule, die aufgegeben wurde - gemacht hat. Das muss vor geraumer Zeit eine große Müllhalde gewesen sein, auf der sich Skater nicht mehr aufgehalten haben, weil man nur noch über Glasflaschen gefahren ist. Inzwischen sieht es dort ganz fantastisch aus. Gemeinsame Jugendinitiativen wurden gestartet, um dieses Umfeld völlig neu zu gestalten, farbliche Akzente zu setzen, aufzuräumen, und das wird vom VAJA gemeinsam mit den Jugendlichen organisiert. Das ist eigentlich die Antwort auf die Herausforderungen in den einzelnen Stadtteilen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, Rechtsgrundlagen haben wir genug, aber vernünftige Veränderungen sind nur dann zu realisieren, wenn man diesen Weg geht, und dafür ist die Vahr nur Beispiel. Wer sich das anschaut, der weiß, dass das der einzige erfolgversprechende Weg ist. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt das Ortsgesetz ab.

Bebauungsplan 2321
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen
zwischen Eisenbahnstrecke Bremen Hannover, Mahndorfer Bahnhof, Mahndorfer
Heerstraße und Hemslinger Weg
Mitteilung des Senats vom 3. April 2012

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012 (Drucksache 18/113 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2321 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2326 für Gebiete im Stadtteil Bremen-Huchting (Aufhebung von Staffelbau- und Gewerbeplänen)

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012 (Drucksache 18/114 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2326 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

### Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangswohnheime

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. April 2012 (Drucksache 18/116 S)

Dazu

# Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 24. April 2012

(Neufassung der Drucksache 18/121 S vom 23. April 2012) (Drucksache 18/126 S)

Wir verbinden hiermit:

## Wohnsituation von Flüchtlingen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. April 2012 (Drucksache 18/120 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften stufenweise abschaffen. Warum? Menschen, die vor Verfolgung in ihren Heimatländern nach Deutschland fliehen und einen Asylantrag stellen, sind gesetzlich verpflichtet, bis zu drei Monaten in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Anschließend werden sie in eine Gemeinschaftsunterkunft, ein sogenanntes Übergangswohnheim, überwiesen. In Bremen konnten Flüchtlinge bis 2010 erst nach drei Jahren eine eigene Wohnung beantragen. Diese Zeit wurde in der vergangenen Legislaturperiode auf Initiative

\*) Vom Redner nicht überprüft.

der rot-grünen Regierung für die Stadtgemeinde Bremen auf zwölf Monate verkürzt. In Bremerhaven beträgt die Mindestaufenthaltsdauer 24 Monate.

Im Lande Bremen gibt es aktuell noch 500 Plätze in Übergangswohnheimen, die Situation in den Unterkünften ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner psychisch und physisch belastend. Das Bremer Gesundheitsamt verweist in einem Bericht aus dem Jahr 2011 darauf, dass die in Deutschland bisher übliche Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Die Jahresberichte der Arbeiterwohlfahrt in Bremen zur Situation in den Wohnheimen weisen immer wieder auf Schwierigkeiten und Konflikte hin, die aufgrund der räumlichen Enge und verschiedener Lebenssituationen zwischen Alleinstehenden und Familien entstehen. Ferner werden auch besondere psychische Probleme, die viele Bewohnerinnen und Bewohner aufgrund traumatischer Verfolgungs- und Fluchterlebnisse haben, als Hintergrund für Konflikte benannt. Konstatiert wird eine zusätzliche Belastung durch die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.

Die Unterbringung von drei bis vier Personen in einem Zimmer ist dabei besonders problematisch, da so in keiner Weise Privatsphäre gewährleistet werden kann; so werden Eltern und Kinder häufig in einem Raum, Appartements mit 35 Quadratmetern, untergebracht. Die räumliche Enge führt dazu, dass Kinder oft trotz des anstehenden morgendlichen Schulbesuchs zu spät einschlafen. Zudem ist es den Eltern nicht möglich, sich abends zu unterhalten oder Besuch zu empfangen.

Auch Sachverständige der Freien Wohlfahrtspflege betonen im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestags, dass sich die langfristige Gemeinschaftsunterbringung Asylsuchender ebenso negativ auf die Privat- und Intimsphäre wie auf die Familienstrukturen auswirkt. Die Unterbringung in Sammelunterkünften erschwert beziehungsweise verhindert Kontakte und soziale Beziehungen der Flüchtlinge zu den Bremerinnen und Bremern. Die erwachsenen Flüchtlinge bekommen so auch keine Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen. Dies macht jede Integration unmöglich. Wenn das Asylverfahren nach einigen Jahren zu einem positiven Abschluss führt, ist somit bereits wertvolle Zeit vertan, in der Grundlagen für ein gelingendes soziales Zusammenleben hätten gelegt werden können, also eine verlorene, kostbare Zeit.

Darüber hinaus ging die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bereits im Frühjahr 2011 davon aus, dass eine Unterbringung in normalen Wohnungen kostengünstiger ist als die Unterbringung in Wohnheimen. Diese Einschätzung wird durch Kommunen bestätigt, die bereits Flüchtlinge in normalen Wohnungen unterbringen. In Leverkusen beispielsweise können Flüchtlinge seit 2002 von Beginn ihres Aufenthalts an in eigenen Wohnungen leben, bei der Wohnungssuche werden sie von Wohlfahrtseinrichtungen und Ehrenamtlichen unterstützt. So wird Segregation verhindert und eine integrationsfördernde Verteilung auf das gesamte Stadtgebiet gewährleistet.

Das Projekt hat sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen. Kosten konnten reduziert und die Integration gefördert werden, weil die Flüchtlinge nicht mehr in Sammelunterkünften betreut, sondern stattdessen mit Unterstützung von Ehrenamtlichen in lokale Bildungs-, Kultur- und Sportangebote eingebunden werden. Begleitet werden sie hierbei durch Fachkräfte der Wohlfahrtsverbände, die zuvor auch für die Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften Verantwortung getragen hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, wie in unserem Antrag beschrieben, eine Steuerungsgruppe, die ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen entwickelt. Dabei sollen Flüchtlinge in der Regel nicht länger als drei Monate in der Erstunterbringung verbleiben. Hierbei soll insbesondere sichergestellt werden, dass in der Steuerungsgruppe das Sozialressort, das Gesundheitsressort, das Bauressort, der Bremer Rat für Integration und die bremischen Wohnungsbaugesellschaften vertreten sind.

Des Weiteren soll ein System der Mietkostenübernahme erarbeitet werden, das dem bremischen Wohnungsmarkt angemessen ist und das grundsätzlich eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge über das gesamte Stadtgebiet ermöglicht, die Unterstützung der Flüchtlinge durch Beratungsangebote weiterhin sicherstellt und dabei die in Bremen aktiven Flüchtlingsinitiativen und Projekte beteiligt mit dem Ziel der Integration der Flüchtlinge im jeweiligen Stadtteil, dass tragfähige, dauerhafte Strukturen aufgebaut werden, die die Neuorganisation der Unterbringung im Interesse der Stadtgemeinde Bremen und der Flüchtlinge nachhaltig stützen. Das Konzept soll in einem Beteiligungsverfahren mit Bremer Akteurinnen und Akteuren im Flüchtlingsbereich abgestimmt werden, und wir wollen, dass bis spätestens Ende 2012 der Stadtbürgerschaft über den Sachstand berichtet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie heißt es so schön: Der Weg ist das Ziel. Wir wollen uns auf den Weg machen, Flüchtlinge aus den Übergangswohnheimen in den eigenen vier Wänden unterzubringen. Unterstützen Sie unseren Antrag, um den Menschen, die schon viel Leid ertragen mussten, hier in Bremen das Gefühl von Sicherheit und Frieden in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schicksal von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen ist in diesen Zeiten nicht nur ein Spielball auf den Wellen des Mittelmeeres, sondern auch auf denen des Wahlkampfs. Ein Beispiel dafür ist der Brief, den soeben der Bundesinnenminister gemeinsam mit seiner französischen Kollegin an die EU-Kommission geschrieben hat und in dem er fordert, die Grenzen im Schengen-Gebiet eigenmächtig schließen zu können. Begründet wird das unter anderem mit einem angeblichen Ansturm von Flüchtlingen und Asylsuchenden, der unmittelbar bevorstehe.

Warum sage ich das? Warum erwähne ich das, wenn es hier doch nur um die Veränderung der Unterkunftssituation der Flüchtlinge in Bremen geht? Ich sage es, um deutlich zu machen, dass es in der Migrationsdebatte immer wieder nicht um die Menschen geht, sondern um die politische Profilierung derer, die die Debatte anheizen wollen. In diesem Fall steht dies im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Wahlkampf in Frankreich, aber auch mit den Wahlkämpfen in der Bundesrepublik. Anstatt Flüchtlinge als Gefahr für die innere Sicherheit zu sehen, sollten wir lieber endlich ein gemeinsames europäisches Regelwerk für den menschenrechtsorientierten Umgang mit Flüchtlingen entwickeln. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, eine humanitäre Flüchtlingspolitik zu gestalten, die den Menschenrechten gerecht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage der Unterbringung gehört zweifellos dazu, und gerade hier ist es wichtig, jeden Versuch der politischen Profilierung auf dem Rücken der Betroffenen zurückzuweisen.

-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein solcher Versuch liegt vor, wenn zum Beispiel gefordert wird, die Gemeinschaftsunterkünfte kurzerhand sofort - ich betone sofort! - abzuschaffen. Ja, wir wollen die Unterkunftssituation der Flüchtlinge verbessern, ja, wir wollen, dass so viele wie möglich in der eigenen Wohnung ihren Alltag organisieren können, anstatt in Wohnheimen weitgehend fremdbestimmt leben zu müssen.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen dies aber mit Augenmaß tun, damit die bestmögliche Lösung für die Betroffenen, die Migranten, dabei herauskommt.

Es ist richtig, im Jahr 2011 ist die Anzahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Auch in Bremen wurden Menschen aus dem Irak und Syrien aufgenommen, aber von einem Ansturm kann angesichts der absoluten Zahlen keine Rede sein.

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund lautet unser Vorschlag, dass wir die Aufenthaltsdauer weiter verkürzen und, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, am Ende stufenweise sogar auch ganz darauf verzichten.

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zur Erinnerung, meine Damen und Herren, diese Unterkunftsform, die wir haben, ist - sie heißt ja Übergangswohnheim, das ist keine Erstunterkunft, wir haben Erstunterkünfte, und wir haben Übergangswohnheime - ein Produkt des seit 1993 geltenden Asylbewerberleistungsgesetzes. Dieses Gesetz, das wissen wir, hat sehr viele unterschiedliche, die Selbstbestimmung einschränkende Elemente, die ja auch sehr oft Gegenstand unserer Beratungen sind, und es beschneidet auch sehr oft die Mobilität. Ich erinnere daran, dass wir zum Beispiel das Thema Residenzpflicht hier diskutiert, und dies auch für Bremen verbessert haben.

Jetzt ist es so weit, dass wir uns auch mit der Frage der Gemeinschaftsunterkünfte beschäftigen. Wir sind der Meinung, wie es auch Herr Senkal erwähnt hat, dass die Aufenthaltsdauer weiter verkürzt werden sollte und wir insgesamt eine zeitgemäße Flüchtlingsversorgung haben sollten. Wir wollen so viele Flüchtlinge wie möglich aus den Übergangswohnheimen in Wohnungen un-

terbringen, aber nur zu sagen, heraus aus dem Übergangswohnheim, hinein in die Wohnung. Wir müssen überlegen, und zwar gemeinsam mit allen Beteiligten - deshalb auch diese ressortübergreifende Steuerungsgruppe - und vor allem auch mit den Flüchtlingen, wie dieser Übergang am besten bewerkstelligt werden kann.

Ich meine, wir müssen vor allem mit Wohnungsgesellschaften sprechen, wir müssen ihr Vertrauen gewinnen. Wir müssen mit Vermietern sprechen, damit sie die Bereitschaft zeigen, weiter Flüchtlinge mit eingeschränktem Aufenthalt aufzunehmen, und mit Mietern vor allem, dass es finanzierbar ist, auch, wenn es um Deponate geht. Ich komme zum Schluss! Ich finde, die Flüchtlinge müssen auch darauf vorbereitet sein. Man hat jahrelang ihren Wohnungs- und Arbeitsbereich eingeschränkt, sie dürften im ersten Jahr nicht arbeiten, sie mussten in diesen Wohnheimen wohnen, und wir können sie nicht von heute auf morgen einfach entlassen. Deshalb plädieren wir Grünen für ein behutsames Vorgehen.

Intention unseres Antrags ist auch, dass wir verhindern wollen, dass wir am Ende mehr Schwierigkeiten haben als jetzt. Wir müssen die Beiräte und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtteil vorbereiten, damit es in allen Stadtteilen mehr Bereitschaft gibt, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten. In Bezug auf die Änderungsanträge werde ich mich wieder melden. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss vorwegsagen, dass wir uns letztes Jahr über den Deputationsbeschluss, der die Aufenthaltsdauer in Flüchtlingsheimen deutlich reduzieren sollte, sehr gefreut haben. Wie Herr Senkal soeben zu Recht gesagt hat, grenzt die Unterbringung in Flüchtlingswohnheimen aus, sie zermürbt auch und verhindert vor allem das Ankommen in der Gesellschaft, und es gehen wertvolle Jahre verloren. In Bremen gibt es noch vier sogenannte Übergangswohnheime mit insgesamt ungefähr 470 Plätzen, ungefähr 100 pro Lager und teilweise das hat Herr Senkal auch schon gesagt - mit vier Personen in einem Zimmer. Dass das die Menschen und die Gesundheit belastet, ist nicht schwer nachzuvollziehen.

\_

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Auch das Gesundheitsamt Bremen kommt in einer Studie vom August letzten Jahres zu dem Schluss, dass sich die Lagerunterbringung negativ auswirkt, und empfiehlt die Reduzierung der Wohndauer in Gemeinschaftsunterkünften und die Verbesserung der Wohnstandards. Dazu würde nach Auskunft des Gesundheitsamtes aber nicht nur mehr Wohnraum pro Person gehören, sondern auch eine bessere Ausstattung, und die Verkehrsanbindung müsste auch gewährleistet sein.

Wir haben das seit dem Deputationsbeschluss beobachtet - wir haben auch Kontakte zu Flüchtlingsselbstorganisationen - und waren natürlich ein bisschen enttäuscht, dass sich die durchschnittliche Dauer bislang nicht deutlich reduziert hat. Deswegen haben wir, als wir letzte Woche den Antrag gesehen haben, gedacht, gut, jetzt geht es los.

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt nicht!)

Als wir den Antrag gelesen haben, waren wir am Anfang ziemlich hoffnungsvoll, denn mehr Wohnungen für Flüchtlinge, das hört sich ja gut an. Das Problem ist aber, in dem Antrag steht noch nicht, dass jetzt Wohnungen für die Flüchtlinge geschaffen werden, sondern es soll ein Konzept geben. Das kann an sich nicht falsch sein. Das Konzept soll von drei Senatsressorts, den Wohnungsbaugesellschaften, die sehr wichtig sind, und dem Bremer Rat für Integration in einer Gruppe erarbeitet werden.

Problematisch daran finden wir - deswegen haben wir einen Änderungsantrag geschrieben -, dass die Flüchtlinge selbst, also die Betroffenen, gar nicht in dieser Gruppe vertreten sind. Zumindest die Gruppe, die auch die Selbstorganisation der Flüchtlinge darstellt, der Flüchtlingsrat, ist nicht in der Steuerungsgruppe beteiligt, ihm wird das Konzept hinterher vorgelegt. Deswegen haben wir den Änderungsantrag geschrieben. Wir wollen gern, dass der Flüchtlingsrat auch in dieser Steuerungsgruppe vertreten ist.

Wir finden es ein bisschen problematisch - darauf zielt ein anderer Änderungsantrag ab - dass wir hier die Einrichtung einer Steuerungsgruppe beschließen, wir als Parlament aber jetzt nicht wissen, was dabei herauskommt, und einfach nur einen Bericht vorgelegt bekommen. Das heißt, wir geben politische Gestaltung an die Verwaltung ab. Deswegen zielt unser anderer Änderungsantrag darauf ab, dass das Konzept der Steuerungsgruppe uns nicht nur einfach als Bericht vorgelegt wird, sondern an die zuständigen Deputationen zur Beratung überwiesen und dann anschließend dem Parlament zur Kenntnis gegeben wird, denn

dann haben wir als Abgeordnete auch noch ein Wörtchen mitzusprechen. Ich denke, das sollten wir durchaus anstreben.

An dem Antrag der Koalition finden wir ein bisschen schwierig den Punkt 1 c. Darin wird der Eindruck erweckt, dass aktiv Flüchtlingsberatung vonseiten des Senats stattfindet. In Wirklichkeit gibt es eine einzige vom Senat finanzierte hauptamtliche Stelle für Flüchtlingsberatung für das gesamte Stadtgebiet. Es gibt jede Menge Beratungsstellen, aber sie arbeiten ehrenamtlich und werden von freien oder konfessionellen Trägern unterhalten. Deswegen müssen nicht die Flüchtlingsinitiativen und -projekte bei der Beratung beteiligt werden, denn sie tun es sowieso, sie leisten die Flüchtlingsberatung hier faktisch.

Weiterhin finden wir es ein wenig schwierig, dass durch diesen Antrag diesen ehrenamtlich arbeitenden Beratungsstellen jetzt zusätzlich noch die Verantwortung der sozialen Inklusion in den Stadtteil übertragen werden soll. Das würde die Verehrenamtlichung, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, über ein Maß hinaus bedeuten, und das würde auch der Aufgabe der Politikverwaltung nicht gerecht werden.

So schlimm die Wohnsituation in den Gemeinschaftsunterkünften auch ist, es gibt Sozialpädagogen, Sprachkurse und kleine Arbeitsmöglichkeiten. Ich denke, an diesem Weg kommen wir nicht vorbei, das muss auch erhalten bleiben, wenn Flüchtlinge aus der Unterkunft in eine Wohnung ziehen.

Ich gehe noch auf ein paar andere Punkte unseres Änderungsantrags ein, das ist zunächst der Punkt der Verweildauer! In Paragraf 47 Asylbewerberleistungsgesetz steht, Ausländer sind verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten in den zuständigen Einrichtungen zu wohnen. Ich denke, da beißt die Maus keinen Faden ab, wenn wir von vornherein sagen, wir wollen uns auch an diese Grenze halten und die Verweildauer in Form von sechs Wochen aufnehmen, wenn es faktisch länger dauert, weil sich Probleme ergeben, zum Beispiel eine Wohnung nicht bekommt, dann ist das ia nicht weiter schlimm, aber es dokumentiert den Willen, dass wir die Verweildauer so kurz wie möglich halten wollen.

Dann haben wir das Problem - das ist ein anderer Änderungsantrag von uns - der Kostenübernahme für die Wohnungseinrichtung erfasst. Es gibt die fachlichen Weisungen zu Paragraf 3 Asylbewerberleistungsgesetz, der das regelt. Es ist zwar die Rede von Sachleistungen und Kostenübernahmescheinen, aber nur im Grundsatz. In den Weisun-

gen in Bremen wird zu Kostenübernahmescheinen geraten. Es ist aber manchmal kontraproduktiv,

### (Glocke)

denn es gibt natürlich die Gebrauchtmöbelläden, aber manchmal kann eine Geldleistung sinnvoller und günstiger sein. Insofern wäre eine grundsätzliche Kostenzusicherung hier hilfreich, denn dann kann man selbst schauen, ob man das Passende kostengünstiger bekommt.

Ich komme zum Schluss! Wir haben unseren Antrag noch einmal neu gefasst, und darin geht es um die Wohnberechtigungsscheine. Ich bitte, dass der Senat oder diese Steuerungsgruppe auch überprüft - das ist jetzt der letzte Punkt, Herr Ravens! -, dass man hier die Regeln im Hinblick auf das Ziel anpasst, dass die Aufenthaltserlaubnis nicht eine dauerhafte sein muss. Es gibt diese Möglichkeit, das Wohnungsförderungsgesetz sieht das vor, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis würde mindestens ein Jahr Aufenthaltserlaubnis bedeuten.

Ich denke, wir sollten uns darüber einig sein, dass auch geduldete Menschen, die hier wirklich lange leben und aus irgendwelchen rechtlichen Gründen keine Aufenthaltserlaubnis haben, auch wenn sie zehn Jahre hier leben, irgendwann aus den Unterkünften heraus müssen. Wir sollten uns ebenfalls darüber einig sein, dass auch Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis für sechs Monate haben, diese Möglichkeit haben sollten. Wie gesagt, das muss geprüft werden, das Wohnungsförderungsgesetz gibt das her. Das müsste man dann einmal mit dem zuständigen Referat klären. Deswegen haben wir diese Änderungsanträge gestellt! - Danke!

## (Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Lebenssituation für Flüchtlinge in einer Erstaufnahme- oder auch Übergangseinrichtung ist für die Betroffenen hochgradig belastend. Sie wohnen oft zu viert in einem kleinen Zimmer. Familien bekommen zwar einen größeren Raum, doch dadurch wird die Situation meistens nicht einfacher. Die meisten Bremer Wohnheime sind sanierungsbedürftig, und keines ist barrierefrei. In der Erstaufnahmeeinrichtung führt das beispielsweise durch

die vielen Treppen und auch durch die Gemeinschaftsduschen mit einem viel zu hohen Einstieg und Schwingtüren zu hochgradig belastenden Situationen für die Betroffenen und ihre Angehörigen.

Es wäre sogar sehr begrüßenswert, wenn Asylbewerber auch vor Ablauf des ersten Jahres in eine eigene Wohnung wechseln könnten. Damit dürfte man sie natürlich nicht alleinlassen, sie bräuchten je nach Bedarf Unterstützung und auch gut erreichbare Ansprechpartner.

#### (Beifall bei der CDU)

Außerdem kämen vermehrte Kosten auf sie zu, deren Übernahme vorher geklärt sein müsste.

In den Wohnheimen mangelt es an Personal, das die nötige Unterstützung der Menschen in dieser schwierigen Lebenslage gewährleisten kann. Flüchtlinge sind keine Auswanderer. Die meisten kommen ungewollt in ein fremdes Land und leiden an ihrer Situation. Sie brauchen Beratung und Begleitung, dazu Dolmetscher, beispielsweise bei der oft nötigen ärztlichen oder auch psychologischen Betreuung.

Bedauerlicherweise ist es in Bremen zurzeit so, dass viele Flüchtlinge mehr als acht Jahre in einem Übergangswohnheim wohnen, und das, obwohl sie schon seit 2011 nach Ablauf des ersten Jahres und nicht mehr nach Ablauf des dritten Jahres in eine eigene Wohnung wechseln dürfen.

Es muss sich dringend jemand darum kümmern, dass Wohnungen für die Flüchtlinge gefunden werden. Hat es denn mit der Änderung im Jahr 2011 keine vorherige Machbarkeitsprüfung, kein Finanzierungskonzept und auch keine Steuerungsgruppe gegeben? Ob der vermehrte mögliche Wechsel von Flüchtlingen in eine Wohnung für Bremen kostendeckend ist, kann man nicht, so, wie Sie es tun, mit den Erfahrungen anderer Kommunen begründen. Andere Kommunen haben ganz andere Mietkosten und auch eine ganz andere Infrastruktur als Bremen. Wir erwarten, dass hier die finanzielle Seite genau berechnet wird.

## (Beifall bei der CDU)

Bremen braucht ein Finanzierungskonzept und auch eine Machbarkeitsprüfung, bevor Sie den betroffenen Menschen Hoffnungen machen, die Sie hinterher nicht umsetzen können.

(Abg. Senkal [SPD]: Wo ist der Unterschied zu unserem Antrag?)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Zumindest die Unterschriften sind schon einmal unterschiedlich! Sie kaufen doch auch kein Haus oder Auto, bevor Sie Ihre Finanzen gesichtet haben!

(Abg. Senkal [SPD]: Das haben wir doch gar nicht gesagt!)

Außerdem wird die Finanzierung zusätzlich komplizierter und unübersichtlicher, wenn man wie Sie ernsthaft die Verteilung der Wohnungen über das ganze Stadtgebiet fordert.

(Abg. Senkal [SPD]: Ja, ernsthaft, das stimmt!)

In Berlin beispielsweise rechnet sich die Wohnungssuche für Flüchtlinge erst, wenn sich mehrere Bewohner eine Wohnung teilen. Dadurch wird aber erneut eine Situation mit hohem Konfliktpotenzial geschaffen.

Doch auch, wenn wie in Ihrem Vorschlag die Wohnungen wirklich über die ganze Stadt verteilt werden könnten, tun sich Fragen auf: Woher soll ein in Oberneuland lebender Asylbewerber das Geld nehmen, um dort vor Ort einzukaufen, Sport zu treiben oder einmal ein Bier trinken zu gehen? Wo soll er Begegnungsangebote finden, bei denen er Menschen mit ähnlichen Erfahrungen kennenlernen kann? Mütterzentren wie in Tenever oder auch - -.

(Zuruf der Abg. Frau Aytas [SPD])

Diese Mütterzentren gibt es jedenfalls nicht in Oberneuland und Schwachhausen, um ein Beispiel zu nennen! Oder meinten Sie mit einer gleichmäßigen Verteilung über das gesamte Stadtgebiet am Ende doch wieder eine Verteilung nach Tenever, Huchting, in die Grohner Düne und nach Kattenturm?

Die Frage, wie viele Wohnheime im Gegenzug geschlossen werden können und wie viele Heimbetriebe aufrechterhalten werden müssen, bedarf der Klärung. Bremen muss weiter in der Lage sein, bis zu 0,93 Prozent an der Gesamtsumme der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufzunehmen. Wir wollen, dass geprüft wird, wie viele Wohnungen für Flüchtlinge tatsächlich in den verschiedenen Stadtteilen angemietet werden können.

(Abg. Senkal [SPD]: Nicht anmieten! Freier Wohnungsmarkt, das ist der Unterschied!)

Wenn die Prüfungen ergeben sollten, dass es finanziell machbar ist, Flüchtlinge vermehrt in Wohnungen unterzubringen, dann muss ein Plan vorgelegt werden - so, wie Sie es ja auch vorgeschlagen haben -, der die Neuorganisation der Unterbringung regelt und dabei auch die speziellen Bedarfe von Familien und Menschen mit Behinderungen und so weiter berücksichtigt. Diesem Plan würden wir dann, wenn er umsetzbar erscheint, gern zustimmen. Allein auf eine Wohnung hoffen zu können, die sich dann nicht finden lässt, bringt keine Verbesserung für diejenigen, die jetzt in den Wohnheimen leben müssen.

Wir teilen das Anliegen aus Ihrem Antrag doch wir wollen nicht, dass einfach etwas beschlossen wird, das sich später nicht finanzieren lässt oder daran scheitert, dass es keine Vermieter und damit auch keine Wohnungen für die Asylbewerber gibt. Das wäre Augenwischerei und würde für die Betroffenen nichts verbessern. Übrigens wäre es einmal eine Frage wert, wie viele der Abgeordneten, die selbst Vermieter sind, ihre Wohnungen nach diesem Beschluss für Flüchtlinge zur Verfügung stellen werden.

(Abg. Senkal [SPD]: Den Antrag nicht verstanden! Wieder nichts verstanden!)

Unabhängig von der Wohnungsfrage kann und muss ab sofort damit begonnen werden, auch in den Wohnheimen für eine Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen zu sorgen. Dieser Aspekt fehlt in Ihrem Antrag völlig.

Aus den hier genannten Gründen werden wir den Antrag der Koalition und der LINKEN ablehnen, obwohl wir uns sicherlich alle wünschen, dass sich die Wohn- und Lebenssituation für Flüchtlinge verbessert. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern einige Bemerkungen zu den Kolleginnen von der LINKEN und auch von der CDU machen! Dieser Gesundheitsbericht, der zitiert wird - ich glaube, er wurde nicht so richtig gelesen -, hat an keiner Stelle, ich betone das, gesagt, dass grundsätzlich jegliche Art der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften die Flüchtlinge krank macht, weil es immer darauf ankommt, welche Möglichkeiten unsere Unterkünfte bieten. Gerade das Bundesland Bremen ist, finde ich, mit seinen Möglichkeiten und der seit dem Jahr 1993 bestehenden ärztlichen Sprechstunde des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die als ein Gatekeeper, als ein Toröffner für Flüchtlinge in Fragen der

-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Gesundheitsversorgung dient, im Vergleich mit allen anderen Bundesländern sehr gut aufgestellt.

In diesem Bericht haben sie mehrere Aspekte genannt. Ja, Wohnen, Essen, medizinische Versorgung, eine Lebensperspektive und die Anerkennung im Verfahren sind für Flüchtlinge wichtig. Sie haben an keiner Stelle - -. Ich habe es auch mit meinem Kollegen Herrn Senkal vorab besprochen, ich kann das nicht finden, was Sie gesagt haben, weil das auch nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen ist. Nach diesem Bericht wurden nur diejenigen untersucht, die die ärztliche Sprechstunde im Rahmen des Infektionsschutzprogramms besucht haben, das heißt, auch die Gesunden, die Kinder und alle möglichen Gruppen, aber diejenigen, die diese Sprechstunde besucht haben - -. Deshalb finde ich die Zitate, die aus diesem Bericht stammen - -.

Was Sie gesagt haben, was meiner Ansicht nach richtig ist, und das haben Sie allgemein auf die grundsätzliche Frage der Unterbringung in Sammelunterkünften, in großen Gemeinschaftsunterkünften bezogen, ist, es ist nicht gesundheitserhaltend und nicht gesundheitsfördernd, weil sich ja die Situationen je nachdem, wie voll eine Unterkunft ist und wie sich das Leben in Deutschland gestaltet - und das ist ein großer Unterschied zwischen Bremen, Hamburg und Niedersachsen -, stark unterscheiden, sodass die Flüchtlinge die gesundheitserhaltenden Aspekte nicht selbst in die Hand nehmen können. Das zu diesem Bericht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie empfehlen in diesem Bericht, dass wir die Wohndauer in Gemeinschaftsunterkünften reduzieren soll, und das machen wir. Das haben wir auch in der letzten Legislaturperiode begonnen, und wir setzen das auch hier fort.

Ich möchte hier in Richtung der LINKEN sagen, Frau Vogt, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen holen.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu, weil ich nur begrenzt Zeit habe! Sie können sich gern wieder melden!

Ich schaue in den ärztlichen Sprechstunden wirklich drei- bis viermal in der Woche auf die Belegungspläne der Gemeinschaftsunterkünfte, da ich daran interessiert bin, wie viele Menschen neu nach Bremen gekommen und wie viele Kinder und Frauen dort sind. Wir schauen sehr genau, und wir sind regelmäßig in der Steinsetzerstraße.

Ihre Behauptungen, es dauere acht Jahre, und seit mehr als drei Jahren sei nichts passiert - das haben Sie gesagt! -, stimmen nicht, das haben wir geprüft.

Es ist richtig, wir haben es bis heute nicht geschafft, dass wir uns an den Zeitrahmen von 24 Monaten halten konnten, weil wir keine geeigneten Wohnungen finden konnten. Acht Jahre kommen aber nicht infrage, es sei denn, es handelt sich um zwei oder drei Fälle von Flüchtlingen, die selbst - und ich kenne diese Menschen auch persönlich - gern in diesen Heimen wohnen wollen. Es geht um zwei Personen, die dort bleiben möchten, und wir haben uns damit auch einverstanden erklärt.

### (Glocke)

Ich muss mich dann vielleicht noch einmal melden!

Zur LINKEN muss ich sagen, wir haben gesagt, der Rat für Integration solle in dieser Steuerungsgruppe sein. Der Rat für Integration hat 29 Mitglieder, und eines davon kommt aus dem Flüchtlingsrat. Also kann der Flüchtlingsrat, da er im Rat für Integration vertreten ist, ja praktisch in diese Steuerungsgruppe gehen.

Zum Antrag der CDU möchte ich sagen, dass er in den Punkten 3, 4 und 5 sehr stark unserem Antrag ähnelt.

(Abg. Senkal [SPD]: Das ist abgeschrieben!)

Er ist nicht ganz abgeschrieben, damit Sie unseren ablehnen können, er ähnelt aber sehr stark unserem Antrag. Deshalb kann ich zur weiteren Begründung nur sagen, ich lade Sie, Frau Grönert, zu einem Kaffee ein.

(Abg. Imhoff [CDU]: Ich möchte auch einen!) Ich würde gern weitere Argumente gegen Ihren Antrag liefern, weil er in vielen Fragen unserem einfach so sehr ähnelt.

#### (Glocke)

Ich finde, wir haben in unserem Antrag ganz klar gesagt, wir wollen eine Steuerungsgruppe, wir wollen ein Konzept, und das soll auch mit allen Akteuren abgestimmt werden. Deshalb, Frau Vogt, verstehe ich Sie nicht! Wir wollen, dass der Flüchtlingsrat auch mitdiskutiert, wie wir es in allen Verfahren umsetzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag! - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD) \*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist ein sehr mit Emotionen beladenes Thema, und deshalb finde ich es auch in Ordnung, wenn man sich zweioder dreimal meldet. Eines habe ich aber wiederum nicht verstanden: Es tut mir leid, Frau Grönert, ich musste es Ihnen beim letzten Mal schon sagen, als wir diese Debatte hatten, dass Sie das Thema nicht verstanden haben. Leider muss ich es wieder sagen, Sie haben das Thema leider nicht verstanden, es ist so!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben einen Ansatz, den man haben kann, das ist in Ordnung! Sie denken, dass der Staat jetzt auf die Suche nach Wohnungen in bestimmten Stadtteilen geht - das ist der Ansatz der CDU -, und dann diese Menschen aus den Flüchtlingsunterkünften herausnimmt und in diese Wohneinheiten hineinsteckt, am besten in die sozial schwächeren Stadtteile, damit sie nicht überall sind und zu sehen sind. Das ist der Ansatz, den Sie haben, aber das ist nicht unser Ansatz!

Unser Ansatz ist ein anderer: Unser Ansatz ist zu sagen, die Menschen sollen auf den freien Wohnungsmarkt gehen und sich wie freie Bürgerinnen und Bürger diesem Wohnungsmarkt stellen können. Das ist der Unterschied zwischen Ihrem und unserem Antrag!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Strohmann [CDU]: Da merkt man aber, dass Sie keine Ahnung haben!)

Ja, Herr Strohmann, das kommt daher, weil der Antrag im Konjunktiv geschrieben ist und Sie ihn nicht verstehen!

Frau Grönert, natürlich müssen wir uns noch über die Kosten Gedanken machen, das ist doch selbstverständlich, das ist doch klar, aber das ist auch die Aufgabe dieser Steuerungsgruppe. Es ist doch vollkommen richtig, dass man sich erst einmal Gedanken darüber macht: Was sind die Kosten, und wie sieht es aus? Das stand aber auch in unserem Antrag, und darin steht auch etwas von einem stufenweisen Programm und einer Berichterstattung von bis zu einem Jahr.

Ich möchte Ihnen einfach einmal ein Beispiel aus meinem kleinen Stadtteil Huchting nennen! 400 Meter Luftlinie entfernt von der Kita in Huchting, in der meine vierjährige Tochter ist - Frau Grönert, (Abg. Strohmann [CDU]: Sie sind auch ein Märchenerzähler!)

Die Flüchtlingskinder aber sind leider nicht dabei. Wenn Sie das Modell so umsetzen würden, wie Sie es verfolgen, dann würde sich an der Situation leider nichts ändern. Das ist für mich keine humane und moderne Flüchtlingspolitik. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)<sup>\*)</sup>: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum CDU-Antrag möchte ich eigentlich nur eines sagen: So ein bisschen schwingt darin die Vermutung mit, dass die Unterbringung in Flüchtlingswohnheimen günstiger sei als der eigene Wohnraum, dabei zeigen seit Jahren alle Untersuchungen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Die Unterbringung in Flüchtlingsheimen ist wesentlich kostenintensiver, als Flüchtlinge in eigenen Wohnungen unterzubringen. Daher finde ich diesen Antrag sowieso schon ein wenig absurd. Ich möchte aber noch kurz auf zwei Sachen eingehen.

Frau Dr. Mohammadzadeh, ich habe Ihre Aufregung, ehrlich gesagt, nicht verstanden, denn ich habe etwas ganz anderes gesagt. Ich hole einmal mein Redemanuskript hervor, auch wenn ich eher frei rede. Ich habe gesagt, das Gesundheitsamt Bremen kommt zu dem Schluss, dass sich die Lagerunterbringung negativ auf den gesundheitlichen Zustand der Bewohnerinnen und Bewohner auswirkt -

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie zur Lage sprechen!)

lassen Sie mich ausreden! - und habe auf diese Studie vom August 2011 verwiesen.

\_

hören Sie ruhig zu! -, ist ein Übergangswohnheim. Die Kinder aus diesem Übergangswohnheim gehen natürlich auch in die Kita Robinsbalje, dort, wo auch meine Tochter ist. Sie spielen dort von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr den ganzen Tag zusammen. Wenn dann aber Feierabend ist und die Kinder nach Hause gehen, treffen sich die anderen Kinder noch zu Hause zum Spielen, feiern gemeinsam Geburtstage und gehen zusammen zu dem einen oder anderen nach Hause und schlafen einmal bei dem einen oder anderen.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich habe gesagt, das Gesundheitsamt - hören Sie jetzt zu, sonst verstehen Sie wieder nicht, was ich gesagt habe! - empfiehlt die Reduzierung der Wohndauer in Gemeinschaftsunterkünften und die Verbesserung des dortigen Wohnstandards in den Unterkünften. Dazu würde mehr Wohnraum pro Person, eine bessere Ausstattung und, das habe ich gerade auch gesagt, eine bessere Verkehrsanbindung gehören, die zum Beispiel in Huchting abgeschafft worden ist. Deshalb habe ich das. was Sie gesagt haben, gar nicht gesagt, sondern ganz im Gegenteil! Ich habe gesagt: Das Gesundheitsamt sagt, kürzere Verweildauer und die Wohnheime, die es gibt, besser ausstatten, nichts anderes, und von acht Jahren habe ich auch nicht geredet.

Ich habe jetzt aber einmal einen ganz pragmatischen Vorschlag, denn als ich vorhin unsere Änderungsanträge hier vorgestellt habe, habe ich bei einigen ein Nicken gesehen. Ich mache hier einmal ein Angebot: Vielleicht könnten Sie beim nächsten Mal solch einen Antrag auch einmal bei uns einreichen, vielleicht haben wir dazu auch konstruktiv etwas zu sagen. Wir machen das gern! Ich habe aber den Vorschlag und beantrage jetzt beim Präsidenten, dass der Punkt, der mir sehr wichtig erscheint - dass das Konzept, das erarbeitet wird, egal, wie die Steuerungsgruppe zusammengesetzt wird, auch der städtischen Sozialdeputation bis Ende des Jahres 2012 zur Beratung vorgelegt wird und dann in die Bürgerschaft geht -, das ist unser Punkt 4, getrennt abgestimmt wird, da ich ja weiß, dass Sie unsere Anträge sonst sowieso immer ablehnen.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Vielleicht findet aber wenigstens dieser Punkt Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann\*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube schon, dass alle über das gleiche Thema reden und auch verstanden haben, worum es geht. Es geht im Kern eigentlich um das Asylbewerberleistungsgesetz, ein Gesetz, das aus meiner Sicht - ich formuliere das auch einmal sehr harsch - für einige Menschen die Menschenrechte in Deutschland einschränkt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

nämlich für Menschen, die als Flüchtlinge hier in das Land gekommen sind.

Ich erinnere mich sehr gut an Debatten, die bundesweit geführt worden sind - damals auch von einer schwarz-gelben Bundesregierung -, in denen es um die Einschränkung der Rechte von Flüchtlingen und um Meldepflichten ging, dass man nur noch mit Gutscheinen einkaufen kann, Einrichtungen geschaffen werden und man nicht so leicht eigenständig Wohnungen anmieten und ein eigenständiges Leben in Deutschland führen kann.

Ich finde es sehr interessant und gut, Frau Grönert, dass bei der CDU zum Thema Flüchtlinge und Integration jetzt auch eine Wende im Denken stattfindet. Es handelt sich um Menschen, die verfolgt wurden - sie sind manchmal nicht freiwillig nach Deutschland gekommen, das wurde hier auch in der Debatte gesagt - es sind Menschen, die vertrieben wurden, die Gewalt erlebt haben, die auch Krieg erlebt haben, die gefoltert wurden, und es sind vergewaltigte Frauen, die hier in Bremen in unseren Einrichtungen sind.

Frau Vogt, das sind keine Lager, sie werden hier in Übergangswohnheimen und Aufnahmestellen aufgenommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Wort Lager will ich hier auch nicht gehört haben! Über Friedland konnte man in den Neunzigerjahren sagen, es sei ein Übergangslager gewesen, das wurde auch so gesagt, aber wir als Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven betreiben keine Lager, sondern Einrichtungen, die ein Dach über dem Kopf bieten. Natürlich gibt es Sanierungsbedarf, das will ich auch gar nicht wegreden. Darum, Frau Grönert, kümmern wir uns auch und nehmen das ernst, aber von Lager, Frau Vogt, darf man an dieser Stelle nicht sprechen!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir stehen vor einer ganz großen Herausforderung. In der Koalitionsvereinbarung ist festgelegt, dass in dieser Legislaturperiode ein stufenweiser Abbau der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge erfolgen soll. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass der Bezug von eigenem Wohnraum zu forcieren ist. Das ist für uns selbstverständlich, das ist für mich auch verpflichtend, und wir arbeiten auch an alternativen Möglichkeiten.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Jetzt gibt es auch noch, sehr neu, den Entwicklungsplan Partizipation und Integration, den Frau Professor Dr. Quante-Brandt am 20. März 2012 vorgestellt hat, der vom Senat beschlossen wurde. Auch darin steht, dass wir dafür sorgen wollen, dass Flüchtlinge eigene Wohnungen anmieten können. Das ist unser Ziel, und das wollen wir als Koalition auch erreichen!

Zwei Faktoren sind dabei aber entscheidend, die von uns kaum zu beeinflussen sind: Ein Faktor sind die bundesweiten Zugangszahlen. Ich mache jetzt einmal das Zahlenspiel! Im Jahr 2007 hatten wir bundesweit 19 000 Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen, im Jahr 2011 hatten wir 45 700, wir haben es also mit einer steigenden Anzahl von Flüchtlingen zu tun. 450 Flüchtlinge haben wir in Bremen aufgenommen, wir nehmen mehr als die 0,93 Prozent auf, nämlich über ein Prozent, und wenn mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, werden wir auch in Bremen anteilig mehr Flüchtlinge aufnehmen. 90 dieser 450 Personen gehen dann anteilig nach Bremerhaven. Das ist eine große Aufgabe! Wir haben keinen Einfluss darauf, wie viele Menschen kommen.

Der zweite Faktor ist die Entwicklung des Bremer Wohnungsmarktes. Da stellen wir fest, dass es wenig bezahlbaren Wohnraum für Alleinstehende und Menschen mit geringem Einkommen gibt. Das ist eine Sache, die wir auch noch einmal in einem ganz anderen Kontext diskutieren müssen. Hier konkurrieren dann verschiedene Bevölkerungsgruppen in Bremen um bezahlbaren Wohnraum. Ich glaube auch, dass wir da als Bundesland etwas tun müssen, aber es liegt nicht allein in den Händen der Sozialsenatorin, wie sich der Bremer Wohnungsmarkt entwickelt.

Jeden Monat treffen derzeit zwischen 30 und 40 Personen in Bremen ein, die hier untergebracht und versorgt werden müssen. Hauptherkunftsländer dieser Personen sind im Augenblick Afghanistan, Irak, Serbien - aus Serbien kommen überwiegend Roma - und der Iran, und natürlich kommen im Augenblick auch viele syrische Flüchtlinge, Tendenz steigend. Wir haben vier Übergangswohneinrichtungen mit insgesamt 560 Plätzen, davon ist eine Einrichtung die Landesaufnahmeeinrichtung mit einer Platzkapazität von 140 Plätzen. Aktuell sind 490 Plätze belegt, und davon entfallen etwa 100 Personen auf die Aufnahmeeinrichtung.

Im März 2011 wurde die Wohnverpflichtung in Übergangswohnheimen von 38 auf 12 Monate gesenkt. Das war eine Initiative der Kollegin Dr. Mohammadzadeh, die das zusammen mit dem Kollegen Senkal hier gefordert hat. Bis zum Ende des Jahres 2011 sind 183 Personen, davon 81 Al-

leinstehende, in eigenen Wohnraum umgezogen, und das, Frau Vogt, sind fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Also schon ein Teilerfolg!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Weg möchte ich als Sozialsenatorin auch weitergehen.

Wir wollen schrittweise anfangen, nach Wohnungen zu suchen. Frau Grönert, ich schaue da auch nach Oberneuland. Warum sollen wir nicht auch in Oberneuland bezahlbaren Wohnraum für Flüchtlinge finden? Das müssen wir doch wirklich für alle Stadtteile bedenken!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, wir sollten den Leuten nicht vorschreiben, wo sie wohnen. Wenn es uns aber wie mit der GEWOBA gelingt, die sich jetzt bereit erklärt hat, bei der Wohnungsvergabe an Asylbewerber und Flüchtlinge nicht mehr grundsätzlich nach dem aufenthaltsrechtlichen Status zu schauen - sie will jetzt diesen Personenkreis genauso behandeln wie andere Wohnungssuchende -, dann sind wir einen Schritt weiter. Das müssen andere Wohnungsgesellschaften auch machen, aber dafür müssen wir auch bei Vermietern werben, und zwar in der ganzen Stadt. Wir müssen noch nach Möglichkeiten suchen, wie man das am besten macht. Ich glaube, dafür trägt die gesamte Stadt Verantwortung.

Es gibt Menschen, die nicht in Oberneuland wohnen wollen, sondern die wie der syrische Flüchtling, mit dem ich mich unterhalten habe, sagen, ich möchte aber in der Lindenhofstraße wohnen, weil ich dort acht andere Syrer kenne, die auch eine Wohnung gefunden haben, denn es ist sehr schwierig, sich in einem fremden Land mit noch nicht ausreichenden Sprachkenntnissen zurechtzufinden. Das Gefühl von Heimat und Identität darf man auch nicht unterschätzen.

Wir sollten den Flüchtlingen wirklich nicht vorschreiben, in welchen Stadtteil sie ziehen, aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir überall bezahlbaren Wohnraum anbieten können und auch Auswahlmöglichkeiten haben. Genauso wünsche ich mir, dass neben Herrn Staatsrat Frehe Am Dammacker auch Flüchtlinge wohnen. Das ist auch ein Gebiet, in dem das von der Stadtplanung nicht vorgesehen ist. Das ist aber eine Aufgabe, an die wir wirklich ganz stark herangehen müssen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will nicht verhehlen, dass wir als Ressort auch Fragen zu dem Antrag haben. Ich finde den rotgrünen Antrag gut, wir nehmen die Steuerungsgruppe als Aufgabe an.

Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen! Eine Wohndauer von maximal drei Monaten in der Erstaufnahmeeinrichtung ist völlig ehrgeizig, denn die Leute kommen an, sie lernen eine fremde Sprache, müssen medizinisch versorgt und beraten werden.

Ich war vor Kurzem bei Refugio, der Beratungsstelle, die auch Traumatisierte berät. Die Menschen bringen ganze Lebensgeschichten mit. Ihnen dann gleich zu sagen, hier bist du, und in drei Monaten musst du schon wieder ausziehen, das können und wollen bestimmte Personen nicht. Ich finde, wir müssen darüber reden, ob man davon eine Mussregelung machen kann. Ich finde, wir können es anstreben, die Zeiträume in diesen Wohneinrichtungen kurz zu halten, aber man darf es an dieser Stelle nicht zu einem Junktim machen.

Eingangs habe ich gesagt - damit will ich auch schließen! -, das Asylbewerberleistungsgesetz grenzt Menschen aus. Sprachkurse sind für Asylbewerber und Flüchtlinge nicht vorgesehen, erst wenn der Aufenthaltstatus gefestigt ist, hat man Anspruch auf die Sprachförderung. Ich finde es gut, wenn wir Mitstreiter finden. Aus grüner Sicht muss dieses Gesetz abgeschafft und in die Sozialgesetzbücher integriert werden.

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Es wird seit Jahr und Tag diskutiert, und ich glaube, dass dieses Gesetz abgeschafft werden muss. Ich erlebe in Kindergärten - das ist nur ein Beispiel -, dass das Amt für Soziale Dienste einen Unterschied machen muss zwischen Kindern, die in Deutschland oder in Bremen geboren sind, und Kindern, die als Flüchtlinge hierhergekommen sind; die einen bekommen weniger Förderung und Leistung, und das - ich arbeite gerade mit Kollegen aus Rheinland-Pfalz an einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes - kann nicht sein! Ein Kind ist ein Kind, und wir können Menschen nicht nach Ihrer Herkunft unterscheiden, das ist der Kern!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich finde, an dieses Gesetz - darauf muss man auch zu sprechen kommen, auch wenn wir jetzt über das Thema Wohnen sprechen - müssen wir heran, aber wir müssen auch an besserem und bezahlbarem Wohnraum für Flüchtlinge in Bremen arbeiten. Ich sitze ja hier im Parlament schon

strategisch neben dem Bausenator; wir werden noch einmal eine Diskussion darüber führen, wie wir die Situation verbessern können, und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Eine Bemerkung noch, Frau Vogt: Sie haben gesagt, wir brauchen noch Beratungsstellen und anderes. Wir haben eine Fachstelle Wohnen und die Wohnungshilfe. Bitte stellen Sie nicht so viele Forderungen, was wir noch alles gründen müssen! Es gibt Strukturen, die wir schon haben, und wir müssen nicht immer das Rad neu erfinden! Wir haben sehr gute Leute in der Abteilung. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Es ist eine getrennte Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zuerst über den Punkt 4 und dann über den Rest des Änderungsantrags abstimmen.

Wer dem Punkt 4 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/126 S, Neufassung der Drucksache 18/121 S, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Punkt 4 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE zu.

Nun lasse ich über den Rest des Antrags abstimmen.

Wer dem Rest des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/126 S, Neufassung der Drucksache 18/121 S, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/116 S unter Berücksichtigung der soeben vorgenommen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/120 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 18. April 2012

(Drucksache 18/117 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Keine Standortnachteile für das GVZ

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. April 2012 (Drucksache 18/118 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Friderich und Herr Staatsrat Golasowski.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU)<sup>\*)</sup>: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser GVZ ist in Norddeutschland der Umschlagplatz für den Warenverkehr. Viele der Topplayer in der Logistikbranche haben ihren Sitz in Bremen. Die geballte Logistikkompetenz von 150 Unternehmen findet sich im GVZ, und über 8 000 Arbeitsplätze wurden geschaffen. Man kann wohl sagen, unser GVZ spielt in der Champions League ganz oben mit.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsidentin Schön übernimmt den Vorsitz.)

Was machen Sie, Herr Dr. Lohse? Sie bereiten den Zwangsabstieg vor, indem Sie den Unternehmen im GVZ verbieten, am Feldversuch für Lang-Lkws teilzunehmen. Wollen Sie, Herr Dr. Lohse, dass unser GVZ bald wie Werder Bremen nur noch Mittelmaß ist?

(Abg. Pohlmann [SPD]: Was ist das denn für eine Werder-Einstellung?)

Wollen Sie, dass Logistikunternehmen künftig einen Bogen um Bremen machen, weil sie im Umland mit Kusshand und zu besseren Bedingungen empfangen werden? Wollen Sie riskieren, dass Arbeitgeber abwandern, weil sie es leid sind, dass ihnen diese Regierung ständig Steine in den Weg

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

legt? Ich hoffe nicht! Durch Ihre Blockadehaltung bei den Lang-Lkws bekomme ich aber leider einen anderen Eindruck, denn Sie lehnen den Feldversuch nicht aus sachlichen, sondern nur aus ideologischen Gründen ab.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil bundesweit sechs Lizenzen beantragt worden sind! - Abg. Pohlmann [SPD]: So ein Quatsch!)

Ernst zu nehmende Argumente haben weder ich noch Ihr Kollege im Senat, Wirtschaftssenator Günthner, von Ihnen gehört. Ist Herr Günthner heute da? Nein, Herr Günthner ist nicht da! Er überlässt Ihnen als Umweltsenator wahrscheinlich dieses wichtige Wirtschaftsthema.

Aus den vorangegangen Debatten weiß ich, Sie werden gleich wieder Horrorszenarien heraufbeschwören, von Monstertrucks, die durch die Knochenhauerstraße fahren oder Am Stern stecken bleiben, oder von Brücken, die unter dem Gewicht von Lang-Lkws einstürzen, aber das ist doch alles nur Stimmungsmache.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, so wie bei Ihnen jetzt gerade!)

Es ist nämlich kein einziger Lang-Lkw durch unsere Innenstadt gefahren, und das ist auch nicht vorgesehen. Lastwagen, die im Kreisverkehr stecken bleiben, wird es ebenfalls nicht geben, und auch Brücken werden nicht einstürzen. Im Gegenteil, Lang-Lkws haben viele Vorteile: Zwei von ihnen ersetzen drei konventionelle Lkws, sie schonen die Straßen, weil sich das Gewicht auf mehrere Achsen verteilt, und sie verbrauchen weniger Kraftstoff. Ein Lang-Lkw kann etwa 50 Prozent mehr Volumen transportieren, wodurch der Treibstoffverbrauch um 20 Prozent sinkt. Der Lang-Lkw hat also auch aus ökologischer Sicht viele Pluspunkte.

Damit soll auch nicht, wie so oft behauptet, der Warenverkehr zurück von der Schiene auf die Straße verlegt werden,

(Abg. Pohlmann [SPD]: Wie viele gibt es denn im Bundesgebiet?)

aber für das Verteilen der Waren aus dem Güterverkehrszentrum, das nur eine Straßenanbindung hat, bieten Lang-Lkws erhebliche Vorteile. Dem GVZ geht es doch vor allem um den Anschluss an die A 1 und die A 27, also um Strecken abseits von Fußgängerampeln, Schulwegen oder Fahrradstraßen. Die Wirtschaft und so auch das GVZ sind nun einmal das Herz unserer Hansestadt. Das GVZ schafft Arbeitsplätze und bringt Steuereinnahmen, beides benötigen wir dringend. Ge-

nau an diesem Ast, auf dem wir sitzen, sägt der Bremer Senat konsequent und unaufhörlich.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Problem ist nur, es will sie keiner haben!)

Das GVZ wartet seit über 25 Jahren auf den Ringschluss der A 281. Verschiedene Unternehmen denken darüber nach, in das niedersächsische Umland abzuwandern oder Teile des Firmensitzes zu verlagern. Diese Alarmzeichen sollten nicht nur Sie, Herr Dr. Lohse, sondern auch die anderen, die den Senat tragenden Fraktionen endlich einmal zur Kenntnis nehmen und ernst nehmen.

Der Senat müsste aus diesem Grund alle Hebel in Bewegung setzen, damit solch eine Entwicklung verhindert wird. Anstatt den Unternehmen aber zu helfen, legt der Senat ihnen immer weitere Steine in den Weg nach der Devise: Das GVZ ist ja Kummer gewohnt, dort arbeiten geduldige Menschen. Warum soll ich meine Ideologie über Bord werfen, nur damit sie am Feldversuch teilnehmen können?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist ja lächerlich!)

Herr Dr. Lohse, meinen Sie aber nicht, dass irgendwann das Fass auch einmal überläuft?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur dass es keiner haben will, Herr Strohmann, das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, die Geduld der Arbeitgeber in diesem Land hat auch ein Ende. Meinen Sie nicht, dass einem Herrn Engelhard von der Firma Hellmann gegenüber seinen Chefs irgendwann die Argumente ausgehen, warum der Bremer Standort gehalten werden soll? Wollen Sie dafür verantwortlich sein, wenn Firmen abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen? Ich sage Ihnen voraus; Wenn Sie mit dieser wirtschaftsfeindlichen Politik so weitermachen, spielt unser GVZ bald nur noch in der Kreisklasse.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Lohse, wir, die CDU-Fraktion, fordern Sie auf, geben Sie sich endlich einen Ruck, springen Sie über Ihren eigenen Schatten, schaffen Sie eine Ausnahmegenehmigung für das GVZ, ermöglichen Sie den Unternehmen im GVZ die Teilnahme am Feldversuch und schaffen Sie keine künstlichen Standortnachteile für unseren Logistikstandort! Handeln Sie bitte endlich zum Wohle unseres Landes! - Vielen Dank!

### (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hatten, wenn ich mich richtig entsinne, in der achten Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) schon einmal die Frage der Gigaliner und das Für und Wider sehr intensiv diskutiert. Heute, Herr Strohmann, kommt die CDU-Fraktion auf die glorreiche Idee, diese Frage hier wieder im Zusammenhang mit einer angeblichen oder möglichen Schädigung des GVZ zu diskutieren. Nach diesem Vortrag von Ihnen - ich habe versucht, das irgendwie auch noch einmal einigermaßen nachzuvollziehen, was Sie mit Ihren Redebeiträgen inhaltlich eigentlich wollen

(Abg. Hamann [SPD]: Gar nichts!)

- stellt sich für mich immerhin die Frage, was eigentlich den Charakter der Dringlichkeit dieses Antrags, den Sie hier eingebracht haben, ausmacht.

Schauen wir uns auch die Realität an!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Wir machen wenigstens noch Anträge!)

Herr Kastendiek, mit Ihnen rede ich gern, Sie waren auch beim Tag der Logistik dabei. Ich glaube, es ist wichtig, nicht nur über die Logistikunternehmen, sondern auch mit ihnen zu reden und genau hinzuhören, was eigentlich die wirtschaftspolitische und auch die verkehrspolitische Realität in unserem Land ausmacht.

Ich möchte Sie darauf hinweisen - das "Handelsblatt" haben Sie heute mit Sicherheit gelesen,

(Abg. Kastendiek [CDU]: Zum vierten Mal!)

das ist eine Zeitung, der man bestimmt nicht nachsagen kann, dass sie dieser rot-grünen Koalition und auf Bundesebene der SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahesteht -, was heute das "Handelsblatt" titelt! Herr Kastendiek, hören Sie mir doch einfach einmal zu, das ist das "Handelsblatt"! Dort steht: "Feldversuch für Lang-Lkws stößt auf verhaltene Nachfrage." Wenn man den Artikel weiter durchliest, so muss man feststellen - "Handelsblatt", Herr Kastendiek! -, dass es seit Januar allein auf Bundesebene nur sechs Speditionen gibt, die insgesamt elf Fahrzeuge angemeldet haben.

(Abg. Imhoff [CDU]: Wo steht das geschrieben? "Handelsblatt"?) Ja, das kann man gern nachlesen! Ich würde es so sagen: Das, was Sie hier versuchen, ist nichts anderes als -

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das nennt man Galgenhumor!)

nicht nur Galgenhumor, Herr Dr. Kuhn! - einer der gigantischsten Flops, die wir auf Bundesebene je erlebt haben,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, schließen sich diesem auf einem sehr niedrigen und flachen Niveau an.

Wenn Sie hier versuchen, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Person und auch die ganze Koalition dafür verantwortlich zu machen, dass wir eine wirtschaftsfeindliche Politik betreiben, und dies mit den Gigalinern zu belegen, ist das Unsinn hoch drei, das entbehrt jeglichem Realitätsbewusstsein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Imhoff [CDU]: Der Wirtschaftssenator ist gar nicht erst gekommen!)

Ich will noch einmal darauf zurückkommen, dass dieser Ansatz auch aus verkehrspolitischer Sicht wahnsinnig ist. Die Debatten über die angeblichen ökologischen Fragen haben wir doch schon sehr oft geführt, aber ich möchte noch einmal auf den Punkt kommen: Wer bezahlt denn die notwendigen Infrastrukturinvestitionen für Kurvenradien, für das Straßennetz, das ausgebaut werden muss, und für die Parkplätze auf Raststätten, auf denen diese Gigaliner parken sollen? Wer bezahlt das denn? Bezahlen es die elf Lkws und die sechs Spediteure auf Bundesebene? Wer soll es bezahlen? Es soll die Allgemeinheit bezahlen, und in dieser Frage, weil nur einige wenige Speditionen daraus Gewinne ziehen, machen wir nicht mit, weil das auch verkehrs- und wirtschaftspolitisch genau der falsche Weg ist!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin sehr dankbar und erinnere mich noch sehr genau daran, dass der Verkehrssenator in der letzten Debatte gesagt hat, wir müssen auch die breite Masse der Unternehmen vor Fehlinvestitionen schützen - das ist vollkommen richtig -,

(Lachen bei der CDU)

vor Fehlinvestitionen in diese Monstertrucks, die eine Bauchlandung erleben werden. Das ist auch vollkommen richtig!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man immer dabei ist - Herr Kastendiek, ich fand es sehr gut, dass Sie als ein Vertreter der CDU-Fraktion dabei waren -, mit den Spediteuren auf fachlicher Ebene zu reden und nicht irgendwelche Dinge, die hier aufgeschrieben werden, auf eine populistische Art und Weise vorträgt, ist das ein Punkt, der für die Spediteure und auch für den Wirtschaftsstandort wichtig ist.

Die Frage, dass es eine Zunahme bei Sondertransporten gibt, ist unbestritten, zum Beispiel beim Transport von Offshoreanlagen, von Windkraftanlagen und dem Transport von unteilbaren Gütern -

(Abg. Strohmann [CDU]: Das hat aber miteinander zu tun!)

Herr Kollege Strohmann, immer zuhören, dann kommen Sie noch einmal hierher, und dann debattieren wir weiter! -, das ist die reale Fragestellung. Bei den Genehmigungen für diese Sondertransporte gibt es, wie ich auch finde, berechtigte Kritik vonseiten der Unternehmen an das Ressort, dass die zuständigen Kolleginnen und Kollegen beim ASV einfach unterbesetzt sind. Ich glaube, das muss man anerkennen. Das Personal ist schon vor ewigen Zeiten, nicht, weil hier ein böser Verkehrssenator sitzt, über die PEP-Quoten heruntergefahren worden.

Da ist meine Bitte an das Ressort, auch im Namen meiner Fraktion, ob man hier nicht gemeinsam zu einer Lösung kommt, um dies aufzustocken. Das ist eine ganz konkrete Forderung, eine Bitte der Verkehrswirtschaft, und wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützen dies gern und möchten es hier in die Debatte mit einbringen. Dies ist ein inhaltlicher Punkt, bei dem man auch ganz konkret wirtschaftspolitisch entscheiden kann.

Meine Damen und Herren, vom Redebeitrag und vom Antrag her möchten wir - das sagen wir als SPD und auch als grüne Bürgerschaftsfraktion - abwarten, was die eingebrachten Klagen ergeben, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der zweite Punkt für mich ist, ich glaube, die real existierende private Marktwirtschaft wird dieses angestrebte Modell der Gigaliner einfach beerdigen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) **Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus eigener Erfahrung weiß ich, Kinder brauchen Rituale, das trifft wahrscheinlich auch auf einige Bürgerschaftsabgeordnete zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Imhoff [CDU]: Aber Kinder sagen auch immer die Wahrheit!)

Bürgerschaftsabgeordnete nicht immer!

Eine Phantomdiskussion kann auch für Phantomschmerz sorgen. Gestern stöhnten einige meiner Fraktionskollegen hörbar auf, warum die Euro-Giga-Ökoliner-Monstertrucks wieder da sind, hoffnungsvollerweise aber nicht auf Bremens Straßen, sondern auf der Tagesordnung dieser Bremischen Bürgerschaft. Warum das eine Phantomdiskussion ist, ist soeben schon erklärt worden: Es sind sage und schreibe sechs Speditionen mit elf Gigalinern in ganz Deutschland, über die wir jetzt reden, es ist also eine wahnsinnig aufregende Erfolgsgeschichte, über die wir hier debattieren.

(Abg. Strohmann [CDU]: Die Windenergie hat auch nicht mit 300 Windkrafträdern begonnen!)

Das stimmt, Herr Strohmann, aber solch eine Erfolgsgeschichte werden wir bei den Gigalinern ganz bestimmt nicht erleben, und das werde ich Ihnen auch noch darlegen können!

Ihr Antrag ist wirklich witzig! Fällt Ihnen eigentlich nichts anderes mehr ein? Es ist ein Antragsrecycling und führt leicht zu einem Debattenrecycling, und das haben wir hier heute leider erlebt. Ich hatte es befürchtet, und Sie haben diese Erwartungen auch wirklich voll erfüllt.

Ihre Variante der Gigaliner lautet etwa so: Das arme GVZ ist in seiner Existenz bedroht, Betriebe drohen abzuwandern, wenn wir für dieses eine GVZ keine Ausnahme zulassen. Es ist interessant: Ich habe ein Wirtschaftspapier von vor zwei Wochen gelesen, in dem es um etwas anderes ging, nämlich um Gewerbeflächen, und darin stand, das GVZ zählte zu den besten Güterverkehrszentren in Europa. Wie passt das denn zusammen?

(Abg. Strohmann [CDU]: Noch!)

Anderer Zusammenhang, ganz andere Begründung!

\*1

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Das Güterverkehrszentrum ist jetzt ein starker Standort, den Sie nur kleinreden, weil es Ihnen um etwas anderes geht; worum, ist mir allerdings nicht klar geworden. Ich glaube auch nicht, dass es so geht, wie Sie es in Ihrem Antrag fantasieren. Bestimmte Verkehrswege werden definiert und bei dem Feldversuch dem Befahren der Gigaliner gewidmet. Solch eine Regelung, dass nun ein GVZ seine Gigaliner durch Bremen einigermaßen frei fahren lassen kann, hat selbst die Bundesregierung nicht vorgesehen. Da überholen Sie auf unrühmliche Weise Ihre Kollegen im Bund!

Ich weiß von drei Unternehmen, die eventuell an einem Betrieb dieser Gigaliner interessiert sind, es ist nur dumm, dass sich davon nur eines im GVZ befindet. Was ist mit den anderen beiden? Sie betreiben eine recht schräge Form von Protektionismus. Wenn es Ihnen um die Widmung für den Feldversuch aller möglichen, eventuell geeigneten Zuwegungen zum GVZ geht, ist die Beschlusslage dieser Bremischen Bürgerschaft und des Senats dazu längst ganz eindeutig. Warum also dieser Antrag? Das alles haben wir doch schon miteinander besprochen.

Es sei erwähnt - das hat Herr Pohlmann auch schon gesagt -, dass eine Klage von Rot-Grün vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist. Warum sollten wir vor der Klärung Ihrem denkwürdigen und auch merkwürdigen Antrag zustimmen? Danach werden wir das mit ganz großer Sicherheit auch nicht tun!

Ich will dann noch einen ganz kleinen Beitrag zu einer fachlichen Diskussion leisten! Sie haben versucht, ein paar Argumente zu finden, die für die Gigaliner sprechen. Sie haben gesagt, die Kreisverkehre werden gar nicht zerstört, und für die Brücken ist das auch ganz wunderbar. Alle Experten sprechen eine ganz andere Sprache!

(Abg. Strohmann [CDU]: Wenn sie mit 80 Kilometern in der Stunde im Kreisverkehr fahren!) Diese Gigaliner haben ungünstige Kurveneigenschaften und ungünstige Fliehkräfte.

(Abg. Imhoff [CDU]: Das hat doch nichts mit Fliehkräften zu tun!)

Das führt natürlich dazu, wenn sie durch die Kreisverkehre durchfahren, dass sie dort etwas zerstören.

Die Österreicher haben einmal versucht auszurechnen, was denn der Umbau der Infrastruktur kosten würde. Wissen Sie, wie viel das in etwa ist?

# (Abg. Strohmann [CDU]: Das sagt ein Fahrradfahrer!)

Was haben denn die Fahrradfahrer damit zu tun? Weil die Fahrradfahrer keine Ahnung von den Gigalinern haben wie Sie? Die Österreicher haben ausgerechnet, dass der Umbau der Infrastruktur zwei Milliarden Euro kostet. Was kostet das dann für Deutschland? Zehn Milliarden Euro? Wer um Himmels willen soll das bezahlen? Ist bei Ihnen nur rein ideell ein Gedanke vorhanden, wie man dieses Geld bekommen will? Das schenken wir dann diesen sechs Speditionen, oder vielleicht sind es dann auch 16. So einfach geht das nicht! Der Lkw-Verkehr kommt schon heute nicht für die Kosten auf, die er verursacht, diese Gigaliner haben ganz hohe Folgekosten, und es ist völlig unverantwortlich, auch aus - -. Es ist völliger Blödsinn!

Ich habe Ihre Argumente noch nicht gehört, das haben Sie fachlich in der letzten Debatte in zwei Redebeiträgen nicht hinbekommen, und ich befürchte, Sie schaffen es dieses Mal auch nicht.

(Abg. Strohmann [CDU]: Weil die Lasten sich nicht ändern, nur die Länge! Reden Sie doch nicht solch einen Stuss!)

Nein, verstehen Sie: Das Maß für die Verkehrsinfrastruktur sind die längsten Fahrzeuge, die sich darin befinden, und Ihre Gigaliner sind einfach viel länger! Ich habe Ihnen auch schon einmal erklärt, dass es auch - -. Wenn ich mit Ihnen persönlich reden will, dann treffe ich mich mit Ihnen auf einen Kaffee. Ich habe Ihnen erklärt, es gibt Speditionen, die ihre gesamten Höfe umbauen müssten, weil sie nämlich nur auf 18,75 Meter lange Lkws ausgelegt sind. Es gibt also in Bremen bislang ganz wenige Interessenten, die an diesem Feldversuch teilnehmen möchten, und diese Unmenge an Speditionen sehe ich auch noch nicht.

Es sind Bedingungen denkbar, bei denen man über Gigaliner nachdenken kann. Das ist zum einen, wenn diese Unternehmen, die wirtschaftlich davon profitieren, an den Umbaukosten der Infrastruktur beteiligt werden, wenn sie Abbiege- und Bremsassistenten haben und regelmäßig mit zwei Leuten besetzt werden. Dann, Herr Strohmann, werden diese Unternehmen auch einen Phantomschmerz entwickeln, und sie werden die Gigaliner nicht mehr lieb haben, die haben sie schon jetzt nicht lieb.

Ich weiß also nicht, was dieser Antrag soll. Es war ein peinliches Recycling eines Antrags, den wir identisch schon einmal hier hatten, und deswegen lehnen wir ihn ab! - Danke!

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht dafür, dass wir für das GVZ eine Ausnahmegenehmigung erteilen sollten, damit Gigaliner es ansteuern können, wir haben die technischen, verkehrstechnischen und die sonstigen Gründe hier ziemlich lange ausführlich diskutiert.

Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, die Angst ist eher nicht, dass diese Gigaliner in den Straßen des Viertels steckenbleiben - das wäre natürlich richtig grober Unfug! -, sondern dass diese Gigaliner die Autobahnen verstopfen werden und nicht die Innenstädte. Sie werden aufgrund ihrer Länge und Geschwindigkeit mit anderen Lkws konkurrieren, und es wird keine Entlastung, sondern ein zusätzliches Staumoment geben. Letztendlich wird der Betrieb dieser Gigaliner den Betrieb der anderen Lkws behindern.

Ich bin relativ sicher, wenn das freigegeben wird. dann haben wir eine Form von "Wettbewerb", in dem vergleichsweise viele Unternehmen gezwungen sein werden zu investieren, und viele werden es möglicherweise gar nicht schaffen. Ich bin mir nicht sicher, ob es eine gute Idee ist, die Unternehmen in einen Wettbewerb um den größten Gigaliner zu treiben, wenn es jetzt schon mit den vorhandenen Lkws schwierig ist, die Verkehre zu bewältigen. Ich bin überzeugt davon, es ist eine Illusion, dass es mit dem Verkehr auf den Autobahnen besser wird, wenn wir 30 Prozent Gigaliner und 70 Prozent andere Lkws haben oder umgekehrt. Er wird eher stockender sein, wenn man sieht, wie lange Lkws zum Überholen brauchen. Es gibt eine Reihe von Gründen, die den Betrieb von Gigalinern eigentlich als Unsinn darstellen.

Es gibt ein Argument, das mich heute insbesondere dazu bewegt, diesem Antrag nicht zuzustimmen, denn es wird ein Wettbewerbsnachteil zu einem Zeitpunkt reklamiert, zu dem es noch gar keinen Wettbewerb gibt. Es gibt einen Feldversuch, und die Ergebnisse des Feldversuchs kann man abwarten. Noch sind die Unternehmen nicht in einer Konkurrenz um den schnellsten oder massiven Einsatz von Gigalinern, das braucht man noch nicht.

Zunächst muss man herausbekommen, wo die Schwierigkeiten sind: Stimmt es, dass sie nicht

auf die Straßen passen? Gibt es Vorteile für diese Gigaliner oder nicht, und wo sind die Nachteile? Das soll ein Feldversuch ermitteln, und dieser Feldversuch muss nicht auf die ganze Bundesrepublik und auch nicht auf Bremen ausgedehnt werden. Einen Wettbewerbsnachteil gibt es schon deswegen nicht, weil es noch keinen Wettbewerb gibt. - Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das alles kein Problem ist, liebe Kollegen von der SPD und den Grünen, dann frage ich mich, warum Sie so aufgeregt gegen diesen Antrag reden.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Eigentlich müsste man doch sagen, wenn man Ihrer Argumentation Folge leisten würde - es ist kein Thema, das wird von der Wirtschaft sowieso nicht angenommen -: Dann lassen Sie doch solch einen Feldversuch zu! Trotzdem scheint wohl bei Ihnen die Skepsis gegenüber Ihrer eigenen Argumentation doch sehr heftig zu sein.

Was mich dann sehr verwundert, Herr Saxe, ist, wenn man hier aus einer zutiefst verankerten Unkenntnis von physikalischen Abläufen, und wann und in welcher Form Lasten auf Straßen einwirken, hier Argumente beibringt, die mit der Sache überhaupt nichts zu tun haben. Das Einzige, Herr Kollege, was bei Fliehkräften dafür sorgen könnte, aus der Kurve zu fahren, ist ein Glas Wein zu viel.

## (Beifall bei der CDU)

Das hat aber nichts mit Verkehrslasten, Lasten auf Brückenwerken oder Kreisverkehren zu tun. Das einzig Entscheidende sind Achslasten, das können Sie auch in der entsprechenden Fachliteratur nachlesen. Das ist der entscheidende Punkt, der wirkt. Wenn Sie sich ein bisschen mit den Feldversuchen beschäftigen, ist insbesondere ein Punkt - -.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Masse, Reibungsbeiwert hat nichts damit zu tun?)

Nein, Achslasten, Herr Kollege! Ich kann Ihnen und dem Kollegen Saxe nachher bei einer Tasse Kaffee erklären, welchen Zusammenhang es zwischen Achslasten und den Belastungen auf den Straßen gibt, auch Reibungsbeiwerte kann ich Ih-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

nen sehr gern erklären, Herr Kollege! Bitte informieren Sie sich aber doch einmal vor einer Debatte, wenn Sie hier so etwas erzählen, und holen Sie sich nicht die entsprechenden Fachkenntnisse nach einer Debatte.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Rupp [DIE LINKE])

Es wäre auch ganz gut gewesen, nicht nur zum Tag der Logistik zu gehen, Herr Kollege Pohlmann, sondern vielleicht danach auch zu der Jahresveranstaltung der Spediteure, bei der genau dieses Thema sehr intensiv diskutiert worden ist.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Da war ich auch!)

Natürlich ist es so, und dort haben Sie vollkommen recht, dass im Augenblick die breite Masse noch kein Interesse daran hat. Es geht aber doch genau darum, jetzt in einem Feldversuch zu schauen, ob das geeignete Mittel sind, die Verkehrs- und Transportproblematik auf den deutschen Straßen anders voranzubringen.

Es geht noch nicht darum, dass jetzt gesagt wird, das ist es, sondern es geht um einen Feldversuch unter entsprechenden Auflagen. Da ist überhaupt kein Problem, weil gerade die Produkte und Stoffe, die kein großes Gewicht mitbringen - um es Ihnen vielleicht zu erklären, Herr Saxe, damit es ein bisschen einfacher ist -, zum Beispiel Schaumstoffe -, mit einem großen Lang-Lkw mit größerem Volumen und geringerer Antriebskraft transportiert werden können. Das ist ökologisch durchaus sinnvoll.

Das ist ein Anwendungsfall für die Lang-Lkws, bei dem Sie doch eigentlich auch sagen müssten, es vermindert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro transportiertem Volumen, bei dem ich mir die Frage stelle, warum Sie das nicht wollen. Sie wollen es ja noch nicht einmal über bremische Straßen machen, wenn es beispielsweise über die Autobahnen geht, sodass ein Flickenteppich entsteht und die Unternehmen, die aus Niedersachsen - -. Osnabrück ist ja nun nicht gerade eine Ecke, in der es wenige Logistikunternehmen gibt. Fahren Sie dort einmal entlang, da werden Sie an der Autobahn links und rechts sehr viele Logistikzentren sehen. Sie fahren den Hamburger Hafen in einem solchen Versuch an, um diese Dinge genau zu analysieren und am Ende festzustellen, ob es ein Instrument sein könnte - um mehr geht es nicht! -, die Verkehrsprobleme der deutschen Logistikwirtschaft zu lösen. Darum geht es, Herr Kollege Pohlmann!

Ich nehme gern zur Kenntnis, dass Sie das "Handelsblatt" sehr intensiv lesen, Sie haben es ja viermal gesagt. Das finde ich sehr schön. Wir

werden Ihnen dann bei anderen Argumenten auch die Artikel des "Handelsblatts" gern vorhalten. Ich hoffe, dass Sie das an der Stelle dann genauso zur Leitlinie Ihres Handelns nehmen.

Bitte lassen Sie aber die Kirche im Dorf, schauen Sie sich genau an, worum es geht: Es geht um einen Feldversuch, es geht auch darum, Bremen als Logistikstandort in diesem Feldversuch auch nicht auszukehren. Wenn Sie hier jetzt schon mit breitem Kreuz und großer Aufregung argumentieren, dann sagen Sie bitte nicht, wenn Sie mit dem Logistikunternehmen sprechen: Eigentlich bin ich dafür, aber ich konnte mich in meiner Fraktion nicht durchsetzen. Diese Doppelzüngigkeit lassen wir Ihnen nicht durchgehen! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war ja nun der Versuch von Ihnen, Herr Kastendiek, ich möchte nur noch einmal daran erinnern - da hat der Kollege Saxe vollkommen recht, ich teile das -: Das, was Sie jetzt versuchen - -.

(Unruhe)

Ja, sie müssen sich noch untereinander besprechen. Es geht weiter? Danke schön!

(Abg. Imhoff [CDU]: Wir überzeugen gerade Ihren Koalitionspartner!)

Der entscheidende Punkt ist ja, Herr Kastendiek, Sie haben versucht, nachdem wir hier den Aufschlag und auch ein Stück emotionaler Betroffenheit von Herrn Strohmann erlebt haben - -. Man war nun wirklich überrascht, was denn jetzt schon wieder in der Gigalinerdiskussion passiert. Der Kollege Saxe hat ja vollkommen recht, auch bei uns war es ähnlich: Was soll das denn schon wieder? Was haben die schon wieder? Was ist das denn für eine Phantomdebatte? Das hat sich natürlich, Herr Kollege Kastendiek, nach diesem Redebeitrag und dem Versuch von Herrn Strohmann, diesen Antrag zu begründen, voll bestätigt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist eine vollkommene Phantomdebatte und an den realen Fragen, den Fragen der Verkehrspolitik auf Bundesebene, vollkommen vorbei. Nicht umsonst gibt es, Sie wissen es ja, am Donnerstag eine Sondersitzung im Bundesverkehrsministerium, bei der sich die Vertreter der Wirtschafts- und Logistikverbände mit dem Bundesverkehrsminister zusammensetzen, um sich nicht nur mit dem Anmeldewesen oder wie es überhaupt im Einzelnen organisiert wird, sondern der Frage der grundsätzlichen Herangehensweise mit diesen Monster-Gigalinern zu beschäftigen.

Dies ist die Realität bundesweit, sie wird von Ihnen nicht angenommen! Wir sprechen hier über eine kleine Anzahl an Unternehmen, die sich an dem Feldversuch beteiligen will, und jetzt kommt die CDU Bremen und will das herunterbrechen auf das GVZ. Ich sage, das ist unangebracht, und es hat auch wirklich kein Stück mit der Realität in unserer Stadt zu tun. Man muss doch feststellen sonst nennen Sie mir eine andere Position! -, dass bis heute kein einziges Bremer Unternehmen einen Antrag gestellt hat, so ist die Lage! Einen Antrag, hier einen Standort einer Spedition über diesen Feldversuch anzufahren, hat es nicht gegeben. Also, es ist doch auch in dieser Frage, wie es auch hier angenommen wird, vollkommen unangebracht.

Ich möchte noch einmal sagen, dass Rot-Grün, wenn wir diesen Feldversuch diskutieren, es immer so begründet, dass auch die gesellschaftlichen Kosten, die für eine wirkliche Umsetzbarkeit auf uns zukommen, in keiner Weise die möglichen Vorteile für dieses Transportwesen ausgleichen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das ist Hörensagen!)

Es ist unbestritten, es ist dargelegt worden - in der Fachdiskussion steht es allgemein zur Verfügung, was es für das Land Österreich bedeuten würde -, es ist klar, wenn wir das im Einzelnen herunterbrechen, was es für das gesamte Deutschland, auch mit den ganzen Transitwegen und -strecken, bedeuten würde. Ich stehe dazu zu sagen, dass es sich auch wirtschaftspolitisch, von den Fragen der notwendigen Investitionen, ganz einfach nicht rechnet. Das muss man ganz einfach so sagen!

Ich finde, Herr Kastendiek - das macht es ja auch so schön -, dass Logistikunternehmen und auch Wirtschaftsverbände sich nicht gern vor den Karren spannen lassen, sondern sie gehen auch sehr selbstbewusst und analytisch daran. Ich sage Ihnen das und betone das noch einmal, für sie ist die Frage der Gigaliner schon abgehakt worden.

Zum Schluss noch einmal: Ich glaube, der Weg kann nur sein, wenn wir über solche Investitionen sprechen, und bei all den Fragen, auch, was den Bahnlärm betrifft, ist und bleibt für meine Fraktion und mich die inhaltliche Position, dass auch die große politische Linie sein muss, diese Verkehre auf die Bahn zu legen und nicht auf die Straße. Dies ist auch die Stoßrichtung, wie wir hier in

Bremen agieren sollten, und deshalb lehnen wir inhaltlich voller Überzeugung Ihrem Antrag ab, den Sie gestellt haben! Er passt nicht in diese Landschaft, und deshalb bitte ich um Unterstützung. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kastendiek, vielen Dank für Ihre freundlichen Belehrungen! Wir werden uns noch einmal darüber unterhalten, wie es dann ist, wenn diese Gigaliner vielleicht irgendwann einmal mit 60 Tonnen durch die Gegend fahren, dann sieht es vielleicht alles ganz anders aus. Sie haben einfach einen handwerklichen Fehler bei diesem Antrag gemacht: Das GVZ kann nicht für den Betrieb von Gigalinern gewidmet werden. Das ist einfach ein ganz grundsätzlicher handwerklicher Fehler, und deswegen kann man diesem Antrag sowieso nicht zustimmen.

Es gibt fünf Verkehrsverbände, die sich in seltener Einmütigkeit alle gegen diesen Feldversuch ausgesprochen haben - normalerweise sind sie sich nie einig -, das waren ADAC, VCD, Allianz pro Schiene, BUND und ADFC. Alle haben ihn abgelehnt, weil es ihnen unverantwortlich erscheint. Sie als CDU sind auch in diesem Fall so eine Art Gallierdorf, weil auch 83 Prozent der Bundesbürger diesen Feldversuch Gigaliner nicht wollen. Hier sind alle gegen Sie in einem Strom, und Sie wissen dabei aber nicht, was Sie tun.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Bleiben 17 Prozent übrig! 20 Prozent haben Sie in Bremen bekommen, kommt ungefähr hin!)

Nächstes Mal sind es 17 Prozent!

Es werden wirtschaftspolitisch Arbeitsplätze durch den Einsatz von solchen Gigalinern verloren gehen, und es wird eine Konzentration im Speditionsgewerbe geben. Ich weiß gar nicht, warum Sie diese Gigaliner hier wirtschaftspolitisch als so eine Art Heil verkünden, ich kann das überhaupt nicht verstehen!

Sie haben die Ökobilanz angesprochen. Ja gut, wenn man das jetzt so verkürzt auf dieses eine Beispiel nimmt, trifft es auf dieses eine Beispiel zu. Es gibt aber auch noch ein Eisenbahnbundesamt und eine Bundesanstalt für Straßenwesen, die ausgerechnet und prognostiziert haben, was eigentlich passiert, wenn die Gigaliner kommen.

Es wird zu einer Verdrängung von Verkehren von der Schiene auf die Straße kommen, und das verhagelt eben leider auch Ihre Ökobilanz, die Sie uns hier postuliert haben. Also: Völlig unsinniger Antrag, handwerklich sehr schlecht gemacht, und deswegen lehnen wir ihn ab! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin ja bekanntermaßen ein Freund des Recyclings, muss aber sagen, dass ich diese Art des Debattenrecyclings überhaupt nicht verstehen kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines kann ich sehr gut verstehen, Herr Kastendiek, und das ist Ihre Anregung, sich zu informieren, bevor man eine Debatte führt. Das hätte ich mir von Ihnen und Herrn Strohmann heute auch gewünscht. Dann würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass es nicht darum geht, einen ignoranten Senator anzugreifen, sondern dass es einen Beschluss dieses Hauses gibt - einen mit einer Zweidrittelmehrheit gefassten Bürgerschaftsbeschluss! -, dass Bremen nicht an dem Feldversuch teilnimmt. Die Gründe sind hinreichend erörtert worden. Ich kürze es ein bisschen ab, die Zeit ist schon fortgeschritten.

Jetzt stellen Sie die Frage - auch dort hätten Sie sich vorher informieren können, bevor Sie diese Frage stellen -, ob Bremen für Lang-Lkws Ausnahmen für bestimmte Unternehmen erteilen kann, die das jetzt gern möchten, obwohl Bremen nicht am Feldversuch teilnimmt. Für solche Ausnahmen - jetzt bitte ich Sie, gut zuzuhören, damit uns diese sinnlosen Debatten nicht immer wieder unterlaufen! - gilt ein eiserner Grundsatz: Im Großraum- und Schwerverkehr dürfen Ausnahmegenehmigungen nur für den Transport unteilbarer Ladungen erteilt werden. Da Lang-Lkws vorwiegend teilbare Ladungen transportieren, wäre gerade aus diesem Grund die Ausnahmegenehmigung des Bundes erforderlich, sonst dürften sie es nicht. Unteilbare Ladungen sind Windrotorschafte, die nicht teilbar sind, und dergleichen, das sind keine Cornflakespackungen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das hat nichts miteinander zu tun, ich weiß!)

Deswegen kann sich Bremen entweder am Feldversuch beteiligen oder nicht.

Was Sie vorschlagen, geht nicht! Wir können keine Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge und Firmen erteilen, wir können ausschließlich Strecken freigeben, und wenn wir Strecken freigeben, dann machen wir das Gegenteil dessen, was dieses Haus beschlossen hat.

Es ist so, der Präsident dieses Hauses - er ist jetzt im Moment nicht im Raum - hat den Senat oft genug ermahnt, das Parlament ernst zu nehmen, Respekt vor dem Parlament zu haben. Ich finde, er hat seine Berechtigung, er hat seinen Grund. Was Sie machen, ist: Sie bringen mich in Gewissensnöte, Sie fordern mich zu zivilem Ungehorsam auf, dass ich Ihren Beschlüssen widerspreche.

Ich möchte daran erinnern, dass wir keinen Feldversuch brauchen, das haben wir oft genug erörtert. Es hat bereits einen Modellversuch gegeben, es gibt dazu einen 131 Seiten umfassenden Bericht, zu dessen Evaluierung es keines weiteren Feldversuchs bedarf.

Die Normenkontrollklage der Bundestagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beim Bundesverfassungsgericht steht an. In der letzten Woche habe ich die Information erhalten, dass das baden-württembergische Justizministerium die Verfassungswidrigkeit dieses Feldversuchs auch für gegeben ansieht, weshalb das Land Baden-Württemberg sich auch mit dem Gedanken trägt, eine Verfassungsklage einzureichen und andere Bundesländer dazu aufzufordern, sich diesem anzuschließen. Ich denke, wir werden hier in Bremen diskutieren müssen, ob wir den badenwürttembergischen Kollegen zur Seite stehen wollen.

Es wurde hier schon das "Handelsblatt" zitiert, das ich jetzt noch nicht gelesen habe. Ich habe vor einigen Wochen die "Süddeutsche" gelesen unter der Überschrift "Super lang und nutzlos". Da waren ähnliche Dinge dargestellt, wie sie hier auch dargestellt worden sind. Man konnte der überregionalen Presse auch entnehmen, dass es verschiedene Bundesländer gibt, die als Bundesland - hören Sie ruhig zu, Herr Strohmann, das ist für Sie auch interessant! -

(Abg. Strohmann [CDU]: Ich höre, ich kann das!)

zwar am Feldversuch teilnehmen, in denen aber die Spediteure schimpfen, weil die Kommunen nicht teilnehmen. Das ist so in Nürnberg, das ist so in Lübeck, wo die Lkws nicht an die Hafenanlagen heranfahren können, weshalb die Teilnahme des Landes Bayern und des Landes Schleswig-Holstein dort nichts nützt.

Was Sie hier machen, Herr Strohmann, ist ja verkehrte Welt, das ist genau das Gegenteil: Sie kommen hier in die Stadtgemeinde, wo das Land nicht teilnimmt. Sie sind hier in der Stadtbürgerschaft, wir sind auf der völlig falschen Veranstaltung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Strohmann [CDU]: Aber GVZ ist doch Stadtbürgerschaft!)

Der Landtag hat beschlossen, dass das Land Bremen nicht teilnimmt, und Sie kommen in die Stadtbürgerschaft und fordern die Stadtbürgerschaft auf: Machen Sie etwas anderes, als das Land Ihnen vorgibt. Dann gehen Sie doch in die Bürgerschaft (Landtag), und machen dort die Debatte neu auf!

(Abg. Strohmann [CDU]: Klasse Idee!)

Vielleicht bekommen Sie ein Relegationsspiel, das hier ist ein Abstiegsspiel für Sie!

Ich sage jetzt noch einmal, Ausnahmegenehmigungen für Lang-Lkws in Bremen gehen nicht, das ist Unfug, das ist nicht machbar, und wenn wir es machen würden, dann müssten wir es für alle machen. Dann müssten wir die Strecken freigeben, und dann dürften alle auf diesen Strecken fahren. Dann würden wir genau das, was Sie behaupten, was Sie vorgeben, bewerkstelligen zu wollen, dass wir dem GVZ etwas Gutes tun, vollständig verfehlen. Ich bin dankbar, wenn dieses Haus diesen Antrag ablehnt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) **Vizepräsidentin Schön:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/118 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 17.48 Uhr)